OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Dezember 2019

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2019

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 12. Dezember 2019

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Globale Konjunkturaussichten weiterhin gedämpft 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Stabile Konjunktur im dritten Quartal 11

Österreich: Schwacher Welthandel trübt Konjunkturausblick in Österreich 14

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 18

Geringere Geldmarktzinssätze ließen Zinskonditionen von Wohnbaukrediten weiter sinken 29

Finanzverhalten der privaten Haushalte: Liquide Vermögensstruktur dämpft Rendite 32

Spezielle Kurzanalysen 35

Fiscal Space im Euroraum 36

Neue Europäische Kommission: wirtschafts- und finanzpolitische Ausrichtung 43

Genderdiversität im IWF und in anderen Finanzinstitutionen - Ein Vergleich mit der OeNB 47

Annex 52

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Oktober bis 12. Dezember 2019 53

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 59

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die weltweite Konjunkturentwicklung ist weiterhin verhalten. Die seit dem Jahr 2018 zu beobachtende globale Konjunkturabschwächung hält an und wirkt sich zunehmend auch auf die Wachstumsaussichten für das Jahr 2020 aus. Daher revidierte da Eurosystem in seiner aktuellen Prognose das Weltwirtschaftswachstum für das laufende, aber vor allem für das kommende Jahr nach unten. Auch die Europäische Kommission und die OECD hatten zuletzt ihre jeweiligen Prognosen. gesenkt Die anhaltende Schwäche ist die Folge der nach wie vor hohen politischen Unsicherheiten: Die Verhandlungen zur Beilegung des Handelskonflikts zwischen den U.S.A und China dauern an, ein Durchbruch ist nach wie vor nicht greifbar. Darunter leidet vor allem die chinesische Wirtschaft, die eine abnehmende Dynamik verzeichnet. Mitte November lies die USA die Frist verstreichen, innerhalb der über Zölle auf importierte Autos aus der EU entschieden werden sollte – mit noch ungeklärten Folgen für die europäische Autoindustrie. Darüber hinaus bleibt angesichts der vorgezogenen Parlamentswahl in Großbritannien Mitte Dezember der weitere Brexit-Ablauf unklar. Neben den politischen Spannungen im Nahen Osten haben zuletzt auch die politischen Unruhen in Südamerika zugenommen. Auch Hong Kong ist von zunehmenden politischen Unruhen gekennzeichnet.

In den U.S.A. senkte die Federal Reserve Bank Ende Oktober den Leitzins ein drittes Mal in diesem Jahr auf nun ein Band zwischen 1,5% bis 1,75%. Das Wachstum war im zweiten und dritten Quartal schwächer als zu Jahresbeginn, aber mit annualisiert rund 2,0% robust; die Kerninflation betrug im September 1,7%. Das Wirtschaftswachstum in den EU Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas fiel im dritten Quartal 2019 überraschend stark aus, insbesondere in Ungarn und Polen. Obwohl die konjunkturelle Dynamik auch in dieser Region nachlässt, wird für 2020 mit einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung um rund 3% gerechnet; die durchschnittliche Inflation lag im Oktober bei 2,4%.

Gemäß der aktuellen Dezemberprognose des Eurosystems wird das BIP-Wachstum im heurigen Jahr um 1,2% wachsen und sich im Jahr 2020 weiter leicht auf 1,1% abschwächen. Im Jahr 2021 wird sich die wirtschaftliche Dynamik jedoch wieder auf 1,4% beschleunigen. Die HVPI-Inflation wird heuer 1,2% betragen, sich im kommenden Jahr auf 1,1% abschwächen und im Jahr 2021 wieder auf 1,4% steigen. Die Wachstumsdynamik des Euroraums wird in den Jahren 2020/21 sowohl von der Geldpolitik des Eurosystems als auch von expansiv wirkenden fiskalpolitischen Maßnahmen in einigen größeren Euroraumländern gestützt.

Der schwache Welthandel trübt auch den Konjunkturausblick in Österreich. Aufgrund eines robusten Wachstums zu Jahresbeginn erwartet die OeNB für das Gesamtjahr 2019 noch ein Wirtschaftswachstum von 1,6%. Für 2020 wird jedoch eine Abschwächung auf 1,0% prognostiziert. Dies bedeutet eine Abwärtsrevision gegenüber der Prognose vom Juni 2019 um 0,5 Prozentpunkte. Mit der unterstellten schrittweisen Erholung der Weltwirtschaft wird sich in den Folgejahren aber das Wachstum in Österreich wieder auf rund 1½% beschleunigen. Die HVPI-Inflation wird bei einem leicht ansteigenden Trend im Prognosehorizont bei durchschnittlich 1,5% liegen.

[1] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Globale Konjunkturaussichten weiterhin gedämpft[2]

Weltwirtschaft: Globales Wachstum bleibt schwach

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Phase des Abschwungs, die bereits 2018 einsetzte. Zunehmende Handelshemmnisse haben bereits zu einer deutlichen Dämpfung der weltweiten Handelsdynamik geführt und dies trübt, gepaart mit anhaltenden geopolitischen Spannungen, die globalen Konjunkturaussichten. Vor diesem Hintergrund senkte die OECD in ihrer jüngsten Prognose von Mitte November die globalen Wachstumsaussichten erneut. Für das Jahr 2019 geht die OECD nun von einem Weltwirtschaftswachstum von 2,9% aus.

Auch die für das Jahr 2020 erwartete Erholung sieht die OECD weniger ausgeprägt als noch im Frühjahr und nahm die Wachstumsprognose für das Jahr 2020 um 0,5 Pp. auf 2,9% zurück. Ausschlaggebend für die Abschwächung des Wachstums sind vor allem die starke Verlangsamung in der Dynamik des Welthandels- und der Industrieproduktion. Dazu beigetragen haben in erster Linie die Handelskonflikte, aber auch der Einbruch der Nachfrage in der Automobilindustrie, das allgemein schwache Geschäftsklima und die Verlangsamung des Wachstums in China – und in diesem Jahr auch in Indien.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

Wachstum des realen BIP in Prozent

	Europäische Kommission		IWF		OECD	
	07.11.2019		15.10.2019		21.11.2019	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
Euroraum	1,1	1,2	1,2	1,4	1,2	1,1
Ver. Königreich	1,3	1,4	1,2	1,4	1,2	1,0
Japan	0,9	0,4	0,9	0,5	1,0	0,6
China	6,1	5,8	6,1	5,8	6,2	5,7
USA	2,3	1,8	2,4	2,1	2,3	2,0
Welt gesamt	2,9	3,0	3,0	3,4	2,9	2,9

Im Kontrast dazu entwickelt sich der Dienstleistungssektor vorerst nach wie vor zufriedenstellend; dies erklärt auch die niedrige Arbeitslosigkeit und das zurzeit vergleichsweise robuste Lohnwachstum in den Industriestaaten. Hinzu fügt sich die Entwicklung der globalen Stimmungsindikatoren, die auf einen zwar verhaltenen, sich aber möglicherweise stabilisierenden Konjunkturverlauf hindeuten.

Angesichts einer möglichen erneuten Eskalation der Handelskonflikte und hoher Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit überwiegen aber noch immer die Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft deutlich. Eine fortwährende Zuspitzung der Handelsstreitigkeiten würde aller Voraussicht nach mit höheren Anpassungskosten für ein neues Handelssystem und im Zeitverlauf mit möglichen weiteren Störungen in den globalen Wertschöpfungsketten einhergehen. Dazu kommt eine möglicherweise langsamere Erholung in mehreren Schwellenländern. Das für 2020 prognostizierte Weltwirtschaftswachstum hängt weiterhin sehr stark an der Entwicklung einiger Schwellenländer, die sich aktuell aus unterschiedlichen Gründen in makroökonomischen Schwierigkeiten befinden. Neben China gehören dazu vor allem Länder in Lateinamerika und im Mittleren Osten.

[2] Paul Ramskogler (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

USA: Konjunkturentwicklung weiterhin moderat, aber robust

Das Wachstum des realen BIP betrug im zweiten Quartal 2019 annualisiert 2,0%, nachdem es im ersten Quartal noch 3,1% betragen hatte. Der Rückgang war dabei weitestgehend Ausdruck einer Umkehrung temporärer Faktoren. So dürften laut Schätzungen der nationalen Behörden alleine die mit den Problemen der Boeing 737Max verbundenen Effekte - über ausbleibende Investitionen und Exporte - im zweiten Quartal 0,4 Pp. Wachstum gekostet haben. Andere mit dem Außenhandel und den privaten Lagerbeständen verbundene Einmaleffekte, die das BIP-Wachstum im ersten Quartal noch gestützt hatten, entfielen dagegen. Laut Vorausschätzung des BIP setzte sich diese Entwicklung im dritten Quartal weiter fort und es kam zu einem Rückgang auf ein Wachstum von annualisiert 1,9%.

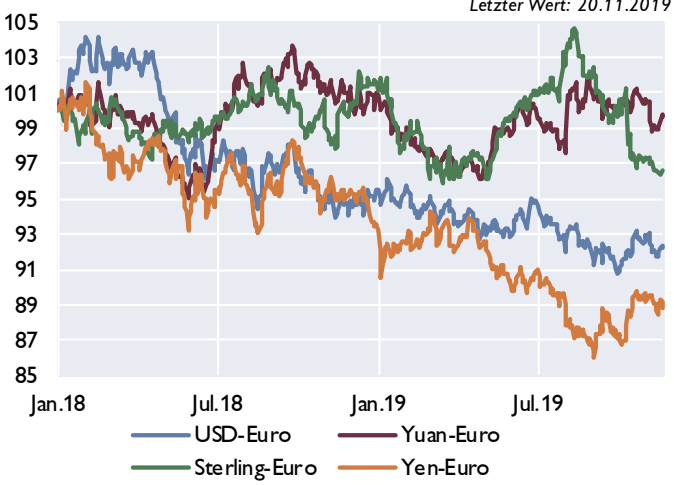
Allerdings ist davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum durch das rekordhohe Beschäftigungsniveau – die Arbeitslosenquote befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 1969 – über die Konsumnachfrage zumindest teilweise gestützt werden wird. Dazu kommen fiskalische Impulse, die durch die Anhebung der Ausgabenobergrenzen für das Haushaltsjahr 2020-2021 ermöglicht worden sind. Der Ausblick auf die Außenhandelsentwicklung ist allerdings durch den anhaltenden Handelskonflikt getrübt.

Ungeachtet der relativ niedrigen Arbeitslosigkeit lag das Wachstum des Kern-PCE[3] – der für die US-Notenbank *FED* wesentlichen Maßzahl der Preisstabilität – im September mit 1,7% weiterhin etwas unter der Zielwachstumsrate von 2%. Dies motivierte die *FED* dazu am 30. Oktober die bereits dritte Zinsanhebung in diesem Jahr vorzunehmen. Der Leitzins liegt nun in einem Band zwischen 1,5% und 1,75%. Bei der anschließenden Pressekonferenz signalisierte Chairman Jerome Powell allerdings, dass die *FED* vorerst eine abwartende Haltung einzunehmen gedenke und vor etwaigen weiteren Zinsschritten auf das Eintreffen handlungsrelevanter Informationen warten würde.

Ausgewählte Wechselkurse (ausl. Währung/EUR)

1.1.2018=100, Anstieg entspricht EUR-Aufwertung

Letzter Wert: 20.11.2019



Quelle: Macrobond.

China: Gedämpftes Wachstum mit globalen Implikationen

Der Anstieg des realen BIP in China verlangsamte sich im dritten Quartal auf 6,0% gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum des Landes befindet sich damit am unteren Ende des offiziellen Wachstumsziels und dies bedeutet für China das niedrigste Wachstum seit 27 Jahren. Sowohl die Konsumausgaben als auch der Außenbeitrag trugen mit einem Rückgang von jeweils 0,1Pp. zum

[3] Der PCE (*personal consumption expenditures*) ist eine etwas breitere Maßzahl als der VPI.

Wachstumsrückgang bei. Der Umstand, dass die chinesische Notenbank am 18. November zum ersten Mal seit vier Jahren expansiv agierte und die Zinsen senkte, unterstreicht, dass der Abschwung auch innerhalb der Volksrepublik als nachhaltig eingeschätzt wird.

Auf politischer Ebene wird die verhaltene Wachstumsentwicklung durch Verunsicherungen aufgrund der zunehmend eskalierenden Proteste in Hong Kong begleitet. Dazu kommen gemischte Signale hinsichtlich des zwischen China und den USA brodelnden Handelskonflikts, bei dem eine „Phase eins"-Einigung, die eine weitere – wohl wechselseitige – Erhöhung von Zöllen verhindern würde, vorerst noch immer aussteht. Ein Szenario einer möglichen weiteren Ausweitung der wechselseitigen Handelshemmnisse ist somit nicht auszuschließen. Die Ökonomien der Europäischen Union sind von diesen Entwicklungen indirekt deutlich betroffen, da sie bereits die sinkende Importnachfrage aus China zu spüren bekommen haben.

Hinsichtlich der Wachstumsaussichten gab es für China gegenüber der Frühjahrsprognose nur vergleichsweise geringe Änderungen. Die OECD prognostiziert ein Wachstum von 6,2% für das Jahr 2019, das auf 5,7% im Jahr 2020 – und damit auf ein Niveau unterhalb des momentanen Wachstumsziels – sinken soll.

UK: Positives Wachstum im dritten Quartal 2019

Im zweiten Quartal war es im Vereinigten Königreich noch zu einer negativen Wachstumsrate des BIP gekommen. Allerdings reflektierte dies vor allem eine Korrektur gegenüber den im ersten Quartal noch kräftigeren Wachstumsraten, die vor allem durch einen starken Lageraufbau in Hinblick auf die ursprünglich für Ende März avisierte erste Brexit-Frist getrieben waren. Im dritten Quartal lag nun das Wachstum bei 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Konsistent damit war es jüngst auch zu einer leichten Verbesserung von Vorlaufindikatoren wie dem ESI gekommen, die davor noch auf eine negativere Entwicklung hingedeutet hatten.

Die zwischenzeitliche Verbesserung der Wachstumsentwicklung fand vor dem Hintergrund einer Reduktion der Inflation statt, denn im Oktober sank die Inflationsrate auf 1,5%, dies allerdings auch im Zusammenspiel mit einem stärkeren Pfund. Durch diese Entwicklung dürfte sich der expansive Spielraum der *Bank of England* etwas erhöhen.

Die politischen Rahmenbedingungen führen aber zu deutlich gesteigerter Unsicherheit. Mittlerweile bereitet sich das Land auf allgemeine Wahlen am 12. Dezember vor. Vor diesem Hintergrund wurde auch das Datum des Brexits zum vorerst dritten Mal verschoben und ist nun für den 31. Jänner avisiert.

Euroraum: Wachstumsentwicklung stabilisiert sich vorerst

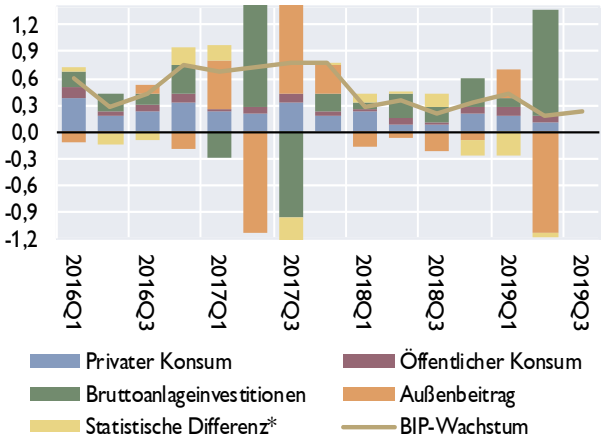
Im Euroraum war es in Q12019 mit 0,4% noch zu einem ungewöhnlich starken Wachstum gekommen, was aber primär auf temporäre Faktoren zurückzuführen war. Der Wachstumsrückgang in Q2 auf 0,2% war damit im Großen und Ganzen erwartet worden. Dass es in Q3 mit einem Wachstum von 0,2% zu keiner weiteren Verlangsamung mehr kam, überraschte dann positiv.

Grund dafür dürfte vor allem der Umstand sein, dass sich die Wirtschaftsleistung in Deutschland vorerst besser entwickelte als allgemein erwartet worden war. Während ein wesentlicher Teil der Abkühlung im zweiten Quartal auf die Verlangsamung des Wachstums in

Deutschland zurückzuführen (-0,2%) war, überraschte Deutschland in Q3 mit einem leicht positiven Wachstum (+0,1%) und verhinderte damit das allgemein erwartete Absinken Deutschlands in eine technische Rezession. Auch die anderen großen Euroraumländer wie Frankreich, Italien, Spanien oder die Niederlande zeigten in Q3 keine weitere Verlangsamung ihrer Wachstumsentwicklung.

Euroraum: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

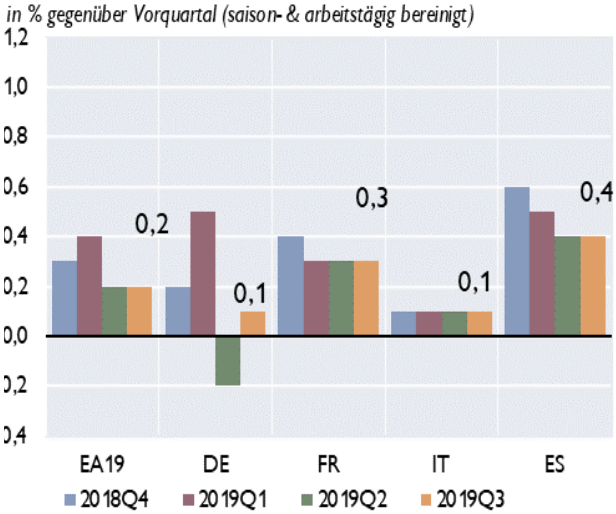
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Euroraum: Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber Vorquartal (saison- & arbeitstägig bereinigt)



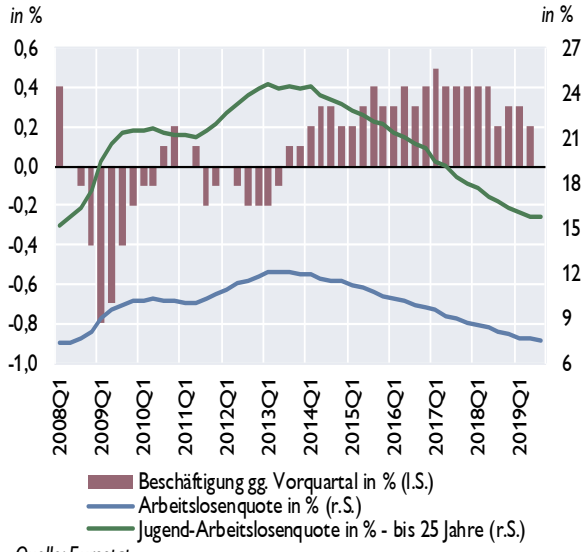
Quelle: Eurostat.

Ungeachtet dessen wird weiterhin nur mit einer moderaten Wirtschaftsentwicklung gerechnet. So revidierte die Europäische Kommission ihre Prognose für 2020 um 0,3 Pp. nach unten auf 1,2%. Die OECD reduzierte ihre Wachstumserwartung für das laufende Jahr auf 1,1%. Für 2021 erwarten sowohl die EK als auch die OECD 1,2%. Die Experten des Eurosystems rechnen in ihrer jüngsten Prognose mit einem Wachstum von 1,2% für das laufende Jahr und mit 1,1% für 2020. Auch wesentliche Stimmungsindikatoren wie der ESI, das Industrievertrauen oder der PMI setzten zuletzt ihre negative Entwicklung fort. Dabei zeigt sich aber, dass sich – konsistent mit der schlechteren Entwicklung der internationalen Handelsintensität – vor allem die Stimmung in der Industrie negativ entwickelt. Damit wird die Wirtschaftsdynamik vorerst vor allem von der soliden Konsumnachfrage getragen.

Stabile Entwicklung am Arbeitsmarkt

Gegenstück zur vorerst noch robusten Entwicklung der Konsumnachfrage ist die stabile Entwicklung des Arbeitsmarktes. Seit die Arbeitslosenquote im Euroraum im zweiten Quartal 2013 mit 12,1% ihren Höhepunkt erreicht hatte, war es zu einem beständigen Rückgang der Beschäftigungslosigkeit gekommen. Bemerkenswert ist dabei, dass es besonders in vormalig von krisenhaften Szenarien betroffenen Ländern wie Spanien, Portugal, Irland, Griechenland und Zypern – auch aufgrund der stark erhöhten Arbeitslosenquoten – in den letzten drei bis vier Jahren zu einem besonders starken Rückgang der Arbeitslosigkeit gekommen ist.

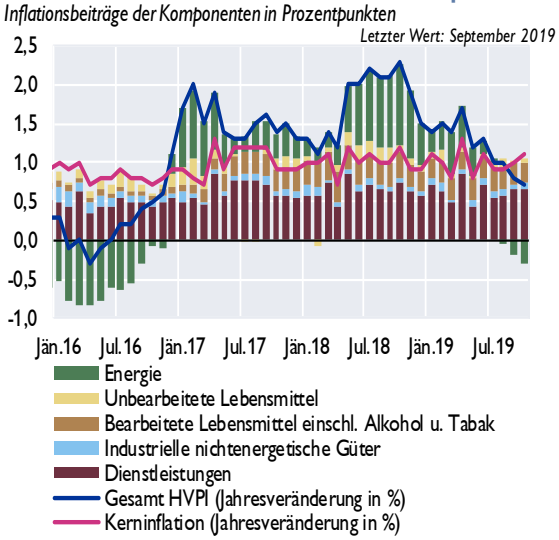
Euroraum: Beschäftigung und Arbeitslosenquote



Quelle: Eurostat.

Euroraum: HVPI-Inflationsrate und Komponenten

Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Diese Dynamik hat sich zurzeit spürbar verlangsamt, aber vorerst noch nicht umgekehrt. So ist es von August bis September im Euroraum zwar zu keinem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote mehr gekommen, sie befindet sich mit 7,5% weiterhin auf dem niedrigsten Stand seit Juli 2018. Sollte es hier aber zu einer deutlichen Verschlechterung kommen, ist davon auszugehen, dass letztlich auch der Konsum als Wachstumsstütze an Bedeutung verliert.

HVPI-Inflationsrate fiel im Oktober auf niedrigsten Wert seit 2016

Im Euroraum sank die HVPI-Inflationsrate im Oktober erneut auf mittlerweile 0,7%, wobei sich Zypern, Griechenland und Portugal sich bereits wieder in der Deflation befanden. Konstant trägt weiterhin die Entwicklung der Dienstleistungspreise zur Inflation bei und auch aus dem Bereich der bearbeiteten Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak kam es in den letzten Monaten zu einem moderater Preisruck. Dagegen kam es zuletzt bei industriellen Gütern und im Bereich der Energie sogar zu negativen Inflationsbeiträgen. Nachdem sich die Rohölpreise – nach dem starken Rückgang zu Beginn des Jahres – wieder auf deutlich niedrigerem Niveau befinden als vor einem Jahr, ist davon auszugehen, dass das weitere Inflationsprofil von vergleichsweise starken Basiseffekten dominiert werden wird. Die Experten des Eurosystems gehen in ihrer Prognose davon aus, dass die Inflation 2019 durchschnittlich 1,2% betragen und 2020 auf 1,0% absinken wird, um im Jahr 2021 wieder auf 1,4% zu steigen.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Stabile Konjunktur im dritten Quartal[4]

Starke Dynamik in Polen und Ungarn stützt Wirtschaftswachstum in der Region

Das Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) fiel laut ersten Schnellschätzungen im dritten Quartal 2019 überraschend stark aus. Vor allem die ungarische und polnische Volkswirtschaft dürften sich dynamisch entwickelt und damit weitestgehend vom schwachen internationalen Umfeld abgekoppelt haben. In beiden Ländern dürfte sich der private Konsum in einem Umfeld nach wie vor steigender Löhne, robusten Konsumentenvertrauens, höherer Transfers und einer lockeren Geldpolitik weiter positiv entwickelt haben. Öffentliche Investitionen profitierten von EU-Transfers, während sich die privaten Investitionen aufgrund schwächerer Vertrauenswerte in der Industrie und eines unsicheren Ausblicks hinsichtlich wichtiger Handelspartner etwas abgeschwächt haben könnten.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2018q4	2019q1	2019q2	2019q3
Bulgarien	0.8	1.2	0.8	0.7
Estland	1.2	0.9	0.4	..
Kroatien	0.3	1.5	0.2	..
Lettland	0.9	−0.1	0.7	0.7
Litauen	1.4	1.2	0.8	0.1
Polen	0.4	1.4	0.8	1.3
Rumänien	1.0	1.2	1.0	0.6
Slowakei	0.6	0.7	0.5	0.4
Slowenien	0.6	0.6	−0.0	..
Tschechische Rep.	0.9	0.6	0.7	0.3
Ungarn	1.1	1.4	1.1	1.1
Gesamte Region	0.7	1.2	0.8	..

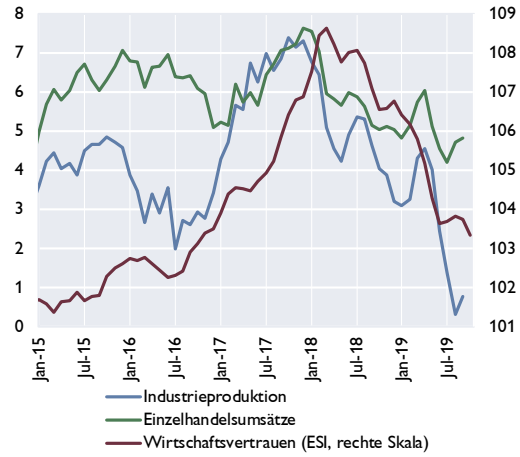
Quelle: Eurostat.

Trotz dieser positiven Entwicklung gilt es festzuhalten, dass auch in Polen und Ungarn das Wachstum im Jahresvergleich etwas schwächer ausgefallen ist. Das Gleiche gilt auch für die anderen Länder der Region. Vor allem aus der Tschechischen Republik und aus Rumänien wurden niedrigere Wachstumsraten berichtet. In beiden Fällen dürfte das vor allem auf die schwierige Situation in der Industrie zurückzuführen sein, während sich andere Sektoren – insbesondere Dienstleistungen – besser entwickelten.

Die Industrieproduktion wuchs im September 2019 im Durchschnitt um 0,8% (im Vergleich zum Vorjahr). Damit war die Dynamik – trotz einer leichten Verbesserung im Vergleich zum Vormonat – so schwach wie seit Anfang 2013 nicht mehr. Die regionale Entwicklung wurde darüber hinaus von Zuwächsen in Ungarn (+6,7%) und Polen (+2,9%) beeinflusst und etwas nach oben verzerrt.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten, Durchschnitt über 3 Monate



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

Auch das Wirtschaftsvertrauen war weiter rückläufig. Die für Polen und die Tschechische Republik verfügbaren Einkaufsmanagerindizes entwickelten sich in den letzten Monaten schwach und lagen mit Werten von rund 45 Punkten jeweils deutlich unter der eine Expansion anzeigenden Marke von 50 Punkten. Der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission sank im Oktober auf 103,3 Punkte, den niedrigsten Wert seit Herbst

[4] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

2016. Während das Konsumentenvertrauen leicht zunahm, waren in allen anderen Komponenten des Index (teils deutliche) Rückgänge zu beobachten.

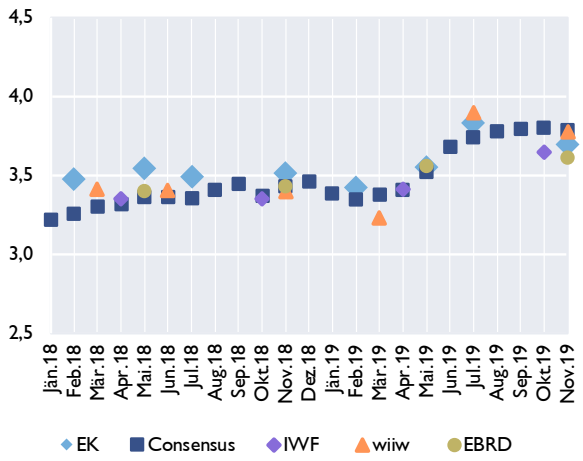
Die Einzelhandelsumsätze entwickelten sich demgegenüber relativ robust und lagen mit einem Zuwachs von 4,8% im September 2019 in etwa beim langjährigen Durchschnitt. Dies dürfte nicht zuletzt auch dem stabilen Wirtschaftsvertrauen der Konsumenten und der weiterhin dynamischen Lohnentwicklung zuzuschreiben sein. Ein kräftiges Wachstum wurde aus der Baubranche berichtet: Mit einem Plus von 12,6% wuchs die Produktion in diesem Sektor rund dreimal so stark wie im langjährigen Schnitt.

Leichte Wachstumsabschwächung für 2020 prognostiziert

Für das Gesamtjahr 2019 liegen die BIP-Prognosen für die CESEE-Region aktuell bei einem Wert von rund 3,8%, wobei bei den allerjüngsten Wachstumseinschätzungen ein gewisser Abwärtstrend festzustellen ist. Damit wird das Wachstum deutlich niedriger als im Jahr 2018 ausfallen (durchschnittlich 4,3%). Konkret erwartet etwa die Europäische Kommission in ihrer aktuellen Prognose ein durchschnittliches Wachstum von 3,7% in den CESEE EU-Mitgliedstaaten. Überdurchschnittlich stark werden sich dabei vor allem die größeren Länder der Region – Polen, Rumänien aber auch Ungarn – entwickeln, während die Wirtschaftsleistung in den anderen Ländern nur unterdurchschnittlich zulegen wird. 2020 wird das Wachstum dann weiter leicht nachlassen und im Durchschnitt etwa 3% betragen. Der Wachstumsvorsprung der großen Länder der Region wird dabei kleiner ausfallen als noch im Jahr davor.

CESEE EU-Mitgliedstaaten: Entwicklung der Wachstumsprognosen für 2019

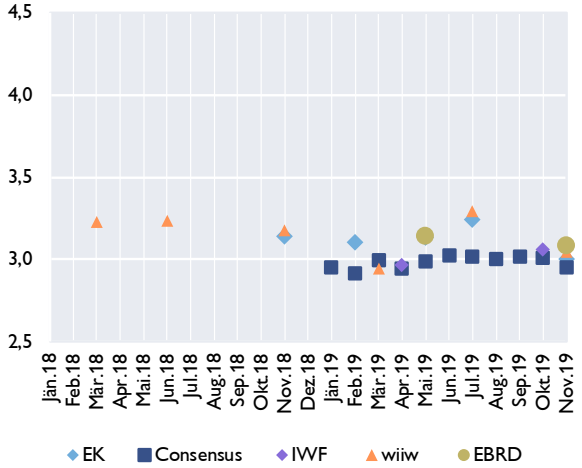
Reales Wachstum in %



Quelle: EK, EBRD, Consensus Economics, EZB, IWF, wiiw.

CESEE EU-MS: Entwicklung der Wachstumsprognosen für 2020

Reales Wachstum in %



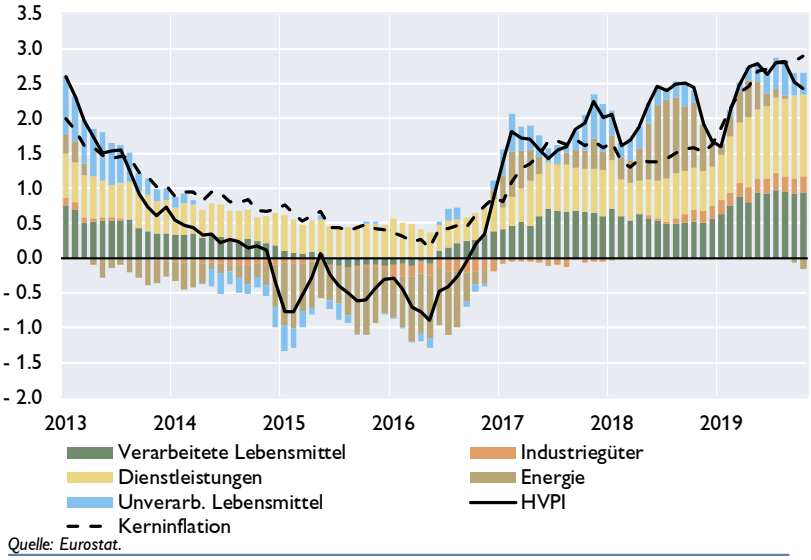
Quelle: EK, EBRD, Consensus Economics, EZB, IWF, wiiw.

Niedrigere Preise für Energie und Lebensmittel führen zu einem leichten Rückgang der Teuerung

Nach einem deutlichen Anstieg zu Jahresbeginn nahm die Teuerung in der CESEE-Region zuletzt etwas ab. Im Oktober 2019 betrug die durchschnittliche Inflationsrate 2,4% und lag damit um 0,4 Prozentpunkte unter ihrem Höchstwert vom August. Verantwortlich für diesen Rückgang waren die Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel, während die Preise für Dienstleistungen weiter leicht anstiegen. Vor diesem Hintergrund nahm die Kerninflationsrate (allgemeine Inflationsrate bereinigt um die volatilen und durch die Geldpolitik nur begrenzt steuerbaren Preise für Energie und unverarbeitete Lebens-mittel) weiter zu und stieg auf durchschnittlich 2,9% im Oktober 2019. Dies stellt den höchsten Wert seit Juni 2012 dar.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

in Prozentpunkten, HVPI und Kerninflation in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Darin dürfte sich nicht zuletzt die Vollauslastung der Produktionsfaktoren und die positive Produktionslücke widerspiegeln. Die Schätzungen zur Produktionslücke wurden von der Europäischen Kommission zuletzt etwas nach oben revidiert und liegen für 2019 im Durchschnitt bei 2% des BIP. Die Kapazitätsauslastung nahm zuletzt etwas ab, liegt aber weiterhin deutlich über dem langjährigen Durchschnitt; die Arbeitslosenquote verharrt auf einem historischen Tiefststand von unter 4%. Arbeitskräfteknappheit wird von 22% der Unternehmen im Dienstleistungssektor, von 37% der Unternehmen in der verarbeitenden Industrie und von 42% der Bauunternehmen als produktionshemmender Faktor genannt. Diese Werte gingen in den letzten Monaten allerdings etwas zurück, was auf eine gewisse Entspannung der Situation auf den Arbeitsmärkten hindeutet. Tatsächlich hat sich auch das Lohnwachstum weiter abgeschwächt. Das durchschnittliche Wachstum der nominellen Stundenlöhne ging von seinem Höchststand bei 10,5% im dritten Quartal 2018 auf 8,6% im zweiten Quartal 2019 zurück.

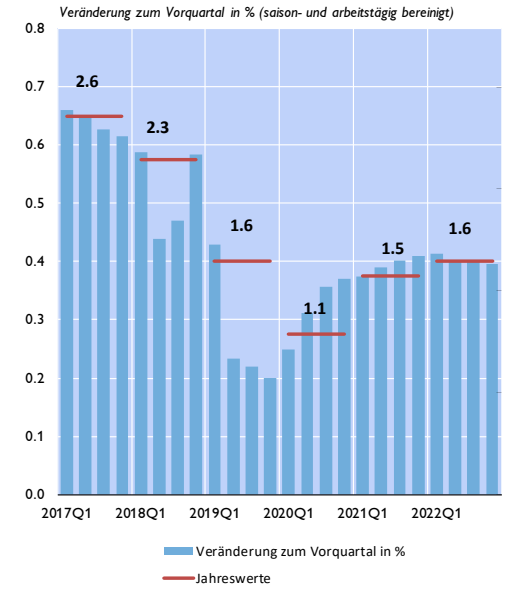
Österreich: Schwacher Welthandel trübt Konjunkturausblick in Österreich[5]

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2019 bis 2022 vom Dezember 2019

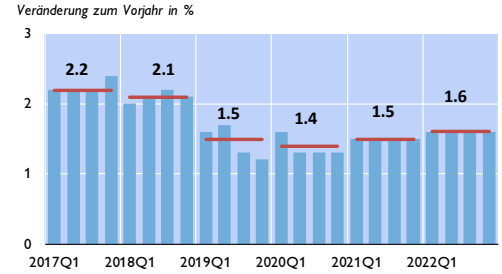
Im Sog der internationalen Konjunkturabkühlung schwächt sich auch das Wirtschaftswachstum in Österreich deutlich ab. Die exponierten Sektoren sind von dieser Entwicklung besonders betroffen. Das Exportwachstum lässt deutlich nach und die heimische Industrie befindet sich seit Jahresmitte 2019 in einer Rezession. Die heimische Nachfrage – insbesondere die Konsumnachfrage und der florierende Bausektor – wirkt einer stärkeren Konjunkturabschwächung entgegen. Aufgrund eines robusten Wachstums zu Jahresbeginn erwartet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) für das Gesamtjahr 2019 noch ein Wirtschaftswachstum von 1,6%. Für 2020 wird jedoch eine Abschwächung auf 1,0% prognostiziert. Dies bedeutet eine Abwärtsrevision gegenüber der Prognose vom Juni 2019 um 0,5 Prozentpunkte. Mit der unterstellten schrittweisen Erholung der Weltwirtschaft wird sich in den Folgejahren auch das Wachstum in Österreich wieder auf rund 1½% beschleunigen. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition steigt konjunkturbedingt von 4,6% im Jahr 2019 auf 4,8% im Jahr 2021. Die HVPI-Inflation wird bei einem leicht ansteigenden Trend im Prognosehorizont bei durchschnittlich 1,5% liegen. Der gesamtstaatliche Budgetsaldo wird in den Jahren 2019 bis 2022 einen Überschuss aufweisen. Die Schuldenquote wird ausgehend von 74,0% des BIP im Jahr 2018 auf 62,8% des BIP im Jahr 2022 sinken. Bis zur Bildung einer neuen Regierung ist die Budgetprognose jedoch mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Die Risiken der vorliegenden Konjunkturprognose sind mehrheitlich nach unten gerichtet.

Hauptergebnisse der Prognose

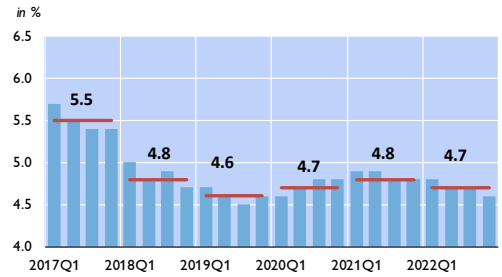
Wachstum des realen BIP (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Harmonisierter Verbraucherpreisindex



Arbeitslosenquote



Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Prognose vom Dezember 2018.

[5] Autoren: Martin Schneider und Gerhard Fenz (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Die Weltwirtschaft hat im Verlauf des Jahres 2019 deutlich an Schwung verloren. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe ist das Wachstum deutlich zurückgegangen. Die zyklische Abschwächung der globalen Industrieproduktion wird durch eine Reihe weiterer Faktoren verstärkt. Dabei sind in erster Linie die von den USA ausgehenden handelspolitischen Konflikte vor allem mit China, die Unsicherheiten in Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sowie die Probleme der Automobilindustrie im Zusammenhang mit der Einhaltung der Klimaziele und dem Übergang zur Elektromobilität zu nennen. Letzteres hat maßgeblich zu einer bereits länger anhaltenden Rezession der deutschen Industrie beigetragen. Die dämpfenden Faktoren werden sich nur langsam zurückbilden. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum durchschnittlich nur knapp mehr als 3% pro Jahr betragen.

Der von der globalen Industrieschwäche überaus stark betroffene Welthandel verringerte sich im ersten Halbjahr 2019. Für den Prognosezeitraum mussten die Wachstumsaussichten für den Außenhandel in allen großen Ländern und Regionen deutlich zurückgenommen werden. Auch die im Vergleich zum Euroraum überdurchschnittlich wachsenden CESEE-Staaten können sich nicht von der weltweiten Entwicklung entkoppeln. Im Jahr 2019 wird der Welthandel nahezu stagnieren und erst am Ende des Prognosehorizonts wieder ähnlich stark wachsen wie die Weltwirtschaft.

In den exponierten Sektoren der österreichischen Wirtschaft sind die Folgen des globalen Nachfragerückgangs bereits deutlich zu beobachten. Die nominellen Güterexporte verzeichneten in den letzten Monaten kaum noch Zuwächse und die Vorlaufindikatoren signalisieren für die nächsten Monate keine Trendwende. Das Wachstum der realen Exporte wird sich daher heuer deutlich verlangsamen und im Jahr 2020 mit +1,7% den Tiefpunkt erreichen. In der exportorientierten Industrie drehte das Wachstum zur Jahresmitte 2019 ins Minus. Damit ging eine seit 2015 anhaltende Hochkonjunkturphase recht abrupt zu Ende. Im Zuge der aktuellen Industrierezession ist auch der lange und ausgeprägte Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen ausgelaufen. Die Unternehmen erhöhten ihre Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal 2019 nicht weiter. Die Kapazitätsauslastung ist im vierten Quartal auf 85,3% gesunken und liegt damit knapp unter dem langjährigen Durchschnitt. Für das Gesamtjahr 2020 wird sich daher nur ein schwaches Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von +0,3% ergeben. Mit der erwarteten Erholung des Welthandels und den damit steigenden Absatzerwartungen der exportorientierten Industrie werden die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 wieder um bis zu 1½ % wachsen. Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen sind dabei eine wichtige Stütze.

Die binnenwirtschaftlich orientierten Branchen der österreichischen Wirtschaft profitieren von der stabilen Konsumnachfrage und dem florierenden Bausektor. Sie wirken einer stärkeren Konjunkturabschwächung entgegen. Im Gegensatz zu den Ausrüstungsinvestitionen blieb die Wachstumsdynamik der Wohnbauinvestitionen auch im bisherigen Jahresverlauf 2019 hoch. Für das Gesamtjahr 2019 wird ein Anstieg der Wohnbauinvestitionen um 4,0% erwartet, der sich aber in den Folgejahren angesichts eines Rückgangs bei Baubewilligungen etwas abschwächen wird. Neben dem Bausektor gehen auch vom privaten Konsum – basierend auf stabil wachsenden Haushaltseinkommen – wichtige Wachstumsimpulse aus. Das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte wird zwar konjunkturbedingt zurückgehen. Jedoch stützen die verzögerten Effekte des Familienbonus-Plus und die vom Nationalrat im Juli und September beschlossenen Maßnahmen die Haushaltseinkommen insbesondere im Jahr 2020. Von den zuletzt genannten Maßnahmen profitieren mehrheitlich Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen und hoher marginaler Konsumneigung. Positiv auf die Realeinkommensentwicklung wirkt auch die

vergleichsweise niedrige Inflation. Die HVPI-Inflation wird bei einem leicht ansteigenden Trend im Prognosehorizont bei durchschnittlich 1,5% liegen.

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2019 für Österreich1

	2018	2019	2020	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Wirtschaftliche Aktivität					
Bruttoinlandsprodukt	+2.3	+1.6	+1.1	+1.5	+1.6
Privater Konsum	+1.1	+1.2	+1.3	+1.3	+1.4
Öffentlicher Konsum	+0.7	+0.1	+1.1	+1.0	+1.0
Bruttoanlageinvestitionen	+4.2	+2.9	+1.0	+1.3	+1.5
Exporte insgesamt	+5.9	+3.1	+1.7	+2.8	+2.9
Importe insgesamt	+4.3	+3.4	+1.8	+2.4	+2.5
	in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanzsaldo	2.3	2.2	2.3	2.5	2.9
	in Prozentpunkten				
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP [2]					
Privater Konsum	+0.3	+0.4	+0.4	+0.4	+0.5
Öffentlicher Konsum	+0.1	+0.0	+0.2	+0.2	+0.2
Bruttoanlageinvestitionen	+0.5	+0.3	+0.1	+0.2	+0.2
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	+0.9	+0.7	+0.7	+0.7	+0.9
Exporte	+1.6	+0.8	+0.4	+0.7	+0.8
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	-0.3	+0.0	+0.0	+0.0	+0.0
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Preise					
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+2.1	+1.5	+1.4	+1.5	+1.6
Deflator des privaten Konsums	+2.1	+1.7	+1.5	+1.5	+1.6
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+1.6	+1.8	+1.6	+1.5	+1.7
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+2.3	+2.4	+1.7	+1.2	+1.5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+2.8	+2.8	+2.1	+2.1	+2.3
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	+2.9	+2.9	+2.3	+2.0	+2.2
Importpreise	+2.2	+0.7	+1.6	+1.8	+1.7
Exportpreise	+1.5	+0.6	+1.7	+1.8	+1.8
Terms of Trade	-0.7	-0.1	+0.2	+0.0	+0.1
Einkommen und Sparen					
Real verfügbares Haushaltseinkommen	+1.4	+1.1	+1.7	+1.3	+1.3
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	7.7	7.5	7.8	7.8	7.6
Arbeitsmarkt	*Veränderung zum Vorjahr in %*				
Unselbstständig Beschäftigte	+2.2	+1.5	+0.9	+0.9	+1.0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	+2.1	+1.4	+0.7	+1.0	+1.1
	in % des Arbeitskräfteangebots				
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4.8	4.6	4.7	4.8	4.7
Öffentliche Finanzen	*in % des nominellen BIP*				
Budgetsaldo	+0.2	0.5	+0.3	+0.3	+0.7
Schuldenstand	74.0	70.4	68.0	65.8	63.2

Quelle: 2018: WIFO, Eurostat, Statistik Austria; 2019 bis 2022: OeNB-Prognose vom Dezember 2019.

[1] *Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt („Trend-Konjunktur-Komponente", Stand: Schnellschätzung für Q3 19). Sie weichen von den seit der Umstellung auf ESVG 2010 im Herbst 2014 von Eurostat publizierten Quartalsreihen in ihrer Saisonbereinigungsmethode ab. Die von Eurostat publizierten Daten sind weitaus volatiler und ökonomisch teilweise nicht zu interpretieren. Die Werte für das Jahr 2018 weichen auch von den von Statistik Austria publizierten, nicht saisonbereinigten Daten ab.*

Im Gegensatz zur Entwicklung in den vergangenen Jahren verbessert sich die Arbeitsmarktlage im Prognosezeitraum nicht mehr weiter. Das Beschäftigungswachstum geht auf rund 1% zurück, während der Anstieg des Arbeitskräfteangebots ungebrochen hoch bleibt. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition steigt daher von 4,6% im Jahr 2019 auf 4,8% im Jahr 2021. Erst für das Jahr 2022 wird mit einem minimalen Rückgang auf 4,7% gerechnet.

Nach dem im Jahr 2018 – erstmalig seit den 1970-er Jahren – erzielten Budgetüberschuss wird sich der gesamtstaatliche Budgetsaldo im Jahr 2019 weiter auf etwa 0,5% des BIP verbessern. Diese Entwicklung ist vor allem dem steuerlich ertragreichen Umfeld geschuldet (insbesondere der sehr guten Arbeitsmarktentwicklung). Zudem setzt sich der rückläufige Trend der Zinsausgaben zumindest bis 2022 fort, da die bis zu diesem Jahr auslaufenden Bundesanleihen relativ hoch verzinst sind. Allerdings kommt es infolge der Abkühlung der Konjunktur und des Inkrafttretens neuer expansiv wirkender Fiskalmaßnahmen in den Jahren 2020 und 2021 zu einer geringfügigen Verschlechterung des Budgetsaldos auf jeweils etwa 0,3% des BIP. Die bessere gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie das Ausbleiben weiterer diskretionärer Maßnahmen führt im Jahr 2022 zu einer deutlichen Verbesserung auf 0,7% des BIP. Diese Projektion des gesamtstaatlichen Budgetsaldos basiert auf einer „no-policy-change"-Annahme. Durch das höhere Potenzialwachstum gegenüber den frühen 2010er-Jahren sowie den starken Abwärtstrend bei den Zinsausgaben entsteht (ausgehend vom derzeitigen strukturellen Haushaltsziel von -0,5% des BIP) für den Staat bis 2022 ein beträchtlicher Spielraum für weitere diskretionäre Maßnahmen. Die Schuldenquote wird bis 2022 auf etwa 63% des BIP sinken. Das ist das niedrigste Niveau seit Jahrzehnten.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[6]

EZB-Rat am 12. Dezember 2019

Auf Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 12. Dezember 2019 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Wir gehen davon aus, dass sie so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis wir feststellen, dass sich die Inflationsaussichten in unserem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2% liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt.

Am 1. November haben wir die Nettoankäufe im Rahmen unseres Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd € wieder aufgenommen. Wir gehen davon aus, dass sie so lange fortgesetzt werden, wie es für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung unserer Leitzinsen erforderlich ist, und dass sie beendet werden, kurz bevor wir mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnen.

Wir beabsichtigen darüber hinaus, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Die seit der letzten Sitzung des EZB-Rats Ende Oktober neu verfügbaren Daten deuten auf einen anhaltend gedämpften Inflationsdruck und eine schwache Wachstumsdynamik im Euroraum hin. Es gibt jedoch erste Anzeichen einer Stabilisierung bei der Wachstumsverlangsamung und eines leichten Anstiegs der zugrunde liegenden Inflation, was im Einklang mit den bisherigen Erwartungen steht. Die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft des Eurogebiets wird nach wie vor durch das anhaltende Beschäftigungswachstum und steigende Löhne gestützt.

Von dem umfangreichen Maßnahmenpaket, das der EZB-Rat bei seiner Sitzung im September beschlossen hat, gehen substanzielle geldpolitische Impulse aus, die für günstige Finanzierungsbedingungen in allen Wirtschaftssektoren sorgen. So fördern insbesondere die verbesserten Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte die Konsumausgaben und die Unternehmensinvestitionen. Dies wird das Wachstum im Euroraum, den kontinuierlichen Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und damit die deutliche Annäherung der Teuerungsrate an unser mittelfristiges Ziel unterstützen.

In Anbetracht der verhaltenen Inflationsaussichten unterstrich der EZB-Rat abermals die Notwendigkeit eines weiterhin äußerst akkommodierenden geldpolitischen Kurses für einen längeren Zeitraum, um den Druck auf die zugrunde liegende Inflation und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht zu unterstützen. Wir werden daher die Inflationsentwicklung und die Wirkung der geldpolitischen Maßnahmen auf die Konjunktur genau beobachten. Unsere Forward Guidance wird sicherstellen, dass sich die Finanzierungsbedingungen im Einklang mit Änderungen der Inflationsaussichten entwickeln. In jedem Fall ist der EZB-Rat nach wie vor bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit der Verpflichtung des EZB-Rats auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise seinem Ziel annähert.

[6] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat, die sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar sind: http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2019/html/index.en.html.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das vierteljährliche Wachstum des realen BIP im Euroraum wurde für das dritte Quartal 2019 mit 0,2% bestätigt und blieb damit gegenüber dem Vorquartal unverändert. Die fortdauernde Schwäche des Welthandels in einem Umfeld anhaltender globaler Unsicherheiten belastet weiterhin das verarbeitende Gewerbe im Eurogebiet und dämpft das Investitionswachstum. Unterdessen sind die aktuellen Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse zwar insgesamt weiterhin schwach, deuten aber darauf hin, dass sich bei der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Euroraum eine gewisse Stabilisierung einstellt. Trotz einer leichten Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte 2019 zeigen sich der Dienstleistungssektor und das Baugewebe nach wie vor widerstandsfähig. Das Wachstum im Eurogebiet wird weiterhin von den günstigen Finanzierungsbedingungen, erneuten Beschäftigungszuwächsen bei steigenden Löhnen, dem leicht expansiven finanzpolitischen Kurs im Euroraum und dem anhaltenden, wenn auch etwas schwächeren, weltweiten Wirtschaftswachstum getragen.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Dezember 2019. Das jährliche reale BIP wird demzufolge 2019 um 1,2%, 2020 um 1,1% und 2021 sowie 2022 um jeweils 1,4% wachsen. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom September 2019 wurde der Ausblick für das Wachstum des realen BIP für 2020 leicht nach unten korrigiert.

Die Risiken für die Wachstumsaussichten des Eurogebiets, die mit geopolitischen Faktoren, zunehmendem Protektionismus sowie Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften zusammenhängen, sind nach wie vor abwärtsgerichtet, haben sich aber etwas abgeschwächt.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerung im Eurogebiet stieg der Vorausschätzung von Eurostat zufolge von 0,7% im Oktober auf 1,0% im November 2019, was in erster Linie einem stärkeren Preisauftrieb bei Dienstleistungen und Nahrungsmitteln geschuldet war. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürfte die Gesamtinflation in den nächsten Monaten leicht steigen. Die Indikatoren der Inflationserwartungen liegen auf niedrigem Niveau. Die Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation haben sich insgesamt weiterhin verhalten entwickelt, es gibt jedoch Hinweise darauf, dass sie im Einklang mit den bisherigen Erwartungen leicht ansteigen. Obwohl sich der Arbeitskostendruck vor dem Hintergrund einer angespannteren Lage an den Arbeitsmärkten verstärkt hat, verzögert die schwächere Wachstumsdynamik das Durchwirken auf die Inflation. Getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und soliden Lohnzuwächsen dürfte die Inflation auf mittlere Sicht zunehmen.

Diese Einschätzung deckt sich auch weitgehend mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Dezember 2019. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird sich die jährliche HVPI-Inflation 2019 auf 1,2%, 2020 auf 1,1%, 2021 auf 1,4% und 2022 auf 1,6% belaufen. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom September 2019 wurde der Ausblick für die HVPI-Inflation für 2020 leicht nach oben und für 2021 leicht nach unten korrigiert, was hauptsächlich auf die erwartete Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen ist.

Was die monetäre Analyse betrifft, so blieb das Wachstum der weit gefassten Geldmenge M3 im Oktober 2019 mit 5,6% gegenüber dem Vormonat unverändert. Das fortgesetzte Wachstum ist auf die anhaltende Bankkreditvergabe an den privaten Sektor und die geringen Opportunitätskosten für das Halten von Komponenten der Geldmenge M3 im Vergleich zu anderen Finanzinstrumenten zurückzuführen. Betrachtet man die einzelnen Komponenten, so leistet das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 nach wie vor den größten Beitrag zum Anstieg der weit gefassten Geldmenge.

Die Buchkreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte verzeichnete weiterhin ein solides Wachstum. Dies war auf das anhaltende Durchwirken unseres akkommodierenden geldpolitischen Kurses auf die Kreditzinsen der Banken zurückzuführen. Die jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften stieg im Oktober auf 3,8%, nachdem sie sich im September auf 3,6% belaufen hatte. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte setzte ihren allmählichen Aufwärtstrend fort und lag im Oktober bei 3,5%. Unser akkommodierender geldpolitischer Kurs wird zur Wahrung der sehr günstigen Kreditvergabebedingungen der Banken beitragen und in allen Wirtschaftssektoren den Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln weiter unterstützen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass für eine fortgesetzte deutliche Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht weiterhin eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist.

Damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können, müssen andere Politikbereiche entschlossener dazu beitragen, das längerfristige Wachstumspotenzial zu steigern, die Gesamtnachfrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu stützen und Schwachstellen abzubauen. Die Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen muss in den Euro-Ländern deutlich intensiviert werden, um die Produktivität und das Wachstumspotenzial im Euroraum zu steigern, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Die länderspezifischen Empfehlungen 2019 sollten als relevanter Wegweiser dienen.

Was die Finanzpolitik betrifft, so dürfte der finanzpolitische Kurs im Euroraum 2020 leicht expansiv bleiben und damit die Wirtschaftstätigkeit stützen. Angesichts der eingetrübten Konjunkturaussichten begrüßt der EZB-Rat die Forderung der Eurogruppe nach differenzierten finanzpolitischen Antworten und ihre Bereitschaft zur Koordinierung. Regierungen, die über fiskalischen Spielraum verfügen, sollten zu wirksamen und zeitnahen Maßnahmen bereit sein. In hoch verschuldeten Ländern müssen die Regierungen eine umsichtige Politik verfolgen und die Zielvorgaben für den strukturellen Finanzierungssaldo erfüllen, damit ein Umfeld entsteht, in dem automatische Stabilisatoren frei wirken können. Alle Länder sollten ihre Anstrengungen im Hinblick auf eine wachstumsfreundlichere Ausgestaltung der öffentlichen Finanzen intensivieren.

Außerdem ist eine im Zeitverlauf und länderübergreifend transparente und einheitliche Umsetzung des finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der Europäischen Union nach wie vor unerlässlich, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft im Eurogebiet zu stärken. Die Verbesserung der Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion ist weiterhin eine Priorität. Der EZB-Rat begrüßt die aktuellen Anstrengungen und drängt auf weitere spezifische und entschlossene Schritte zur Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion.

EZB-Rat am 24. Oktober 2019

Auf Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 24. Oktober 2019 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Wir gehen davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis wir feststellen, dass sich die Inflationsaussichten in unserem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2% liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt.

Wie bei unserer letzten Sitzung im September beschlossen, werden wir die Nettoankäufe im Rahmen unseres Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd € ab dem 1. November wieder aufnehmen. Wir gehen davon aus, dass die Nettoankäufe

so lange fortgesetzt werden, wie es für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung unserer Leitzinsen erforderlich ist, und dass sie beendet werden, kurz bevor wir mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnen.

Wir beabsichtigen darüber hinaus, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Der EZB-Rat unterstrich abermals die Notwendigkeit eines äußerst akkommodierenden geldpolitischen Kurses für einen längeren Zeitraum, um den Druck auf die zugrunde liegende Inflation und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht zu unterstützen. Insbesondere wird die Forward Guidance des EZB-Rats sicherstellen, dass sich die Finanzierungsbedingungen im Einklang mit Änderungen der Inflationsaussichten entwickeln. In jedem Fall ist der EZB-Rat nach wie vor bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit der Verpflichtung des EZB-Rats auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise seinem Inflationsziel annähert.

Die seit der letzten Sitzung des EZB-Rats Anfang September neu verfügbaren Daten bestätigen unsere bisherige Einschätzung, dass die Schwäche der Wachstumsdynamik im Euroraum länger anhält, ausgeprägte Abwärtsrisiken andauern und der Inflationsdruck verhalten bleibt. Zugleich wird die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft des Eurogebiets nach wie vor durch das anhaltende Beschäftigungswachstum und steigende Löhne gestützt. Von dem umfangreichen Maßnahmenpaket, das wir bei unserer letzten Sitzung beschlossen haben, gehen substanzielle geldpolitische Impulse aus, die zu einer weiteren Verbesserung der Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte beitragen werden. Dies wird das Wachstum im Euroraum, den kontinuierlichen Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und damit die nachhaltige Annäherung der Teuerungsrate an unser mittelfristiges Inflationsziel unterstützen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das vierteljährliche Wachstum des realen BIP im Euroraum wurde für das zweite Quartal 2019 mit 0,2% bestätigt, nachdem es im ersten Jahresviertel bei 0,4% gelegen hatte. Die aktuellen Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse deuten weiterhin auf ein moderates, aber positives Wachstum in der zweiten Jahreshälfte hin. Die Wachstumsverlangsamung spiegelt in erster Linie die fortdauernde Schwäche im internationalen Handel in einem Umfeld persistenter globaler Unsicherheiten wider, die weiterhin das verarbeitende Gewerbe im Eurogebiet belasten und das Investitionswachstum dämpfen.

Unterdessen zeigen sich der Dienstleistungssektor und das Baugewerbe trotz einer leichten Abschwächung nach wie vor widerstandsfähig. Das Wachstum im Eurogebiet wird von den günstigen Finanzierungsbedingungen, erneuten Beschäftigungszuwächsen in Verbindung mit steigenden Löhnen, dem leicht expansiven finanzpolitischen Kurs im Euroraum und dem anhaltenden, wenn auch etwas schwächeren, weltweiten Wirtschaftswachstum getragen.

Die Risiken für die Wachstumsaussichten des Eurogebiets sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Sie betreffen vor allem länger anhaltende Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, einen zunehmenden Protektionismus sowie Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerung im Eurogebiet sank von 1,0% im August 2019 auf 0,8% im September, was einem geringeren Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln und Energie geschuldet war. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürfte die Gesamtinflation weiter leicht zurückgehen, bevor sie zum Ende des Jahres wieder anzieht. Die Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation entwickelten sich weiterhin insgesamt verhalten, und die Indikatoren der Inflationserwartungen liegen auf niedrigem Niveau. Obwohl sich der Arbeitskostendruck vor dem Hintergrund einer angespannteren Lage an den Arbeitsmärkten verstärkt hat, verzögert die schwächere Wachstumsdynamik das Durchwirken auf die Inflation. Getragen von unseren

geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und dem robusten Lohnwachstum dürfte die Inflation auf mittlere Sicht zunehmen.

Was die monetäre Analyse betrifft, so erhöhte sich das Wachstum der weit gefassten Geldmenge M3 von 5,1% im Juli auf 5,7% im August 2019. Das anhaltende Wachstum ist auf die fortdauernde Bankkreditvergabe an den privaten Sektor und die geringen Opportunitätskosten für das Halten von Komponenten der Geldmenge M3 zurückzuführen. Betrachtet man die einzelnen Komponenten, so leistet das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 nach wie vor den größten Beitrag zum Anstieg der weit gefassten Geldmenge.

Die Buchkreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte verzeichnete weiterhin ein solides Wachstum. Dies war auf das anhaltende Durchwirken unseres akkommodierenden geldpolitischen Kurses auf die Kreditzinsen der Banken zurückzuführen. Die jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften stieg im August 2019 auf 4,3%, nachdem sie sich im Juli auf 4,0% belaufen hatte. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte indessen blieb mit 3,4% unverändert. Aus der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euroraum für das dritte Quartal 2019 geht hervor, dass eine geringfügige Lockerung der Kreditvergaberichtlinien sowie ein Anstieg der Nachfrage nach Krediten an private Haushalte zu verzeichnen war, während die Nachfrage nach Unternehmenskrediten weitgehend stabil blieb. Unser akkommodierender geldpolitischer Kurs wird zur Wahrung der günstigen Kreditvergabebedingungen der Banken beitragen und den Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln weiter unterstützen.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass für eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht weiterhin eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist.

Damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können, müssen andere Politikbereiche entschlossener dazu beitragen, das längerfristige Wachstumspotenzial zu steigern, die Gesamtnachfrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu stützen und Schwachstellen abzubauen. Die Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen muss in den Euro-Ländern deutlich intensiviert werden, um die Produktivität und das Wachstumspotenzial im Euroraum zu steigern, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Die länderspezifischen Empfehlungen 2019 sollten als relevanter Wegweiser dienen.

Was die Finanzpolitik betrifft, so stützt der leicht expansive finanzpolitische Kurs im Euroraum die Wirtschaftstätigkeit aktuell in gewissem Maße. Angesichts der sich eintrübenden Konjunkturaussichten und der nach wie vor ausgeprägten Abwärtsrisiken sollten Regierungen, die über fiskalischen Spielraum verfügen, zeitnah wirksame Maßnahmen ergreifen. In hoch verschuldeten Ländern müssen die Regierungen eine umsichtige Politik verfolgen und die Zielvorgaben für den strukturellen Finanzierungssaldo erfüllen, damit ein Umfeld entsteht, in dem automatische Stabilisatoren frei wirken können. Alle Länder sollten ihre Anstrengungen im Hinblick auf eine wachstumsfreundlichere Ausgestaltung der öffentlichen Finanzen intensivieren.

Außerdem ist eine im Zeitverlauf und länderübergreifend transparente und einheitliche Umsetzung des finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der Europäischen Union nach wie vor unerlässlich, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft im Eurogebiet zu stärken. Die Verbesserung der Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion ist weiterhin eine Priorität. Der EZB-Rat begrüßt die aktuellen Anstrengungen und drängt auf weitere spezifische und entschlossene Schritte zur Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2018-2019

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse
12. Dezember 2019	Der EZB-Rat bestätigt alle geldpolitischen Maßnahmen, die im September getroffen wurden, und kündigt an, im Jahr 2020 eine Überprüfung seiner geldpolitischen Strategie vorzunehmen.
1. November 2019	Christine Lagarde tritt ihr Amt als Präsidentin der EZB an. Sie wurde am 18. Oktober 2019 vom Europäischen Rat für eine Amtszeit von acht Jahren ernannt und folgt auf Mario Draghi, der dieses Amt vom 1. November 2011 bis zum 31. Oktober 2019 innehatte.
25. Oktober 2019	Die EZB und die People's Bank of China haben beschlossen, ihre Vereinbarung zur Durchführung bilateraler Währungsswaps im Umfang von maximal 350 Mrd CNY bzw. 45 Mrd € zu unveränderten Bedingungen um weitere drei Jahre bis Oktober 2022 zu verlängern. Die Vereinbarung dient als vorsorgliche Kreditlinie zur Behebung plötzlicher und vorübergehender Liquiditätsengpässe bei Banken im Euroraum, die infolge von Störungen am Renminbi-Markt auftreten können.
24. Oktober 2019	Der EZB-Rat bestätigt alle geldpolitischen Maßnahmen, die im September getroffen wurden.
12. September 2019	Der EZB-Rat tätigt die folgenden geldpolitischen Beschlüsse: 1) Der Zinssatz für die Einlagefazilität wird um 10 Basispunkte auf -0,50% gesenkt. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität werden unverändert bei 0,00% bzw. 0,25% belassen. Der EZB-Rat geht inzwischen davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass sich die Inflationsaussichten in seinem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2% liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der Kerninflation durchgängig widerspiegelt. 2) Die Nettoankäufe werden im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd € ab dem 1. November wieder aufgenommen. Dabei ist der Erwerb von Vermögenwerten mit einer Rendite unter dem Zinssatz für die Einlagefazilität in allen Teilprogrammen im erforderlichen Umfang zulässig. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die Nettoankäufe so lange fortgesetzt werden, wie es für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung seiner Leitzinsen erforderlich ist, und dass sie beendet werden, kurz bevor er mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnt. 3) Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem der EZB-Rat mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder angelegt. 4) Die Modalitäten der neuen Serie vierteljährlicher gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) werden geändert. Der Zinssatz für die einzelnen Geschäfte wird nun auf das Niveau des durchschnittlichen Zinssatzes für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems während der Laufzeit des jeweiligen Geschäfts festgesetzt. Für Banken, deren anrechenbare Nettokreditvergabe eine Referenzgröße überschreitet, wird der Zinssatz für die TLTROs III niedriger sein, wobei der während der Laufzeit des Geschäfts geltende durchschnittliche Zinssatz für die Einlagefazilität die Untergrenze darstellt. Die Laufzeit der Geschäfte wird von zwei auf drei Jahre verlängert.

12. September (Fortsetzung)	5) Um die bankbasierte Transmission der Geldpolitik zu unterstützen, wird ein zweistufiges System für die Verzinsung der Reserveguthaben eingeführt, bei dem ein Teil der Überschussliquidität der Banken vom negativen Einlagenzinssatz befreit wird.
19. August 2019	Die Arbeitsgruppe des privaten Sektors zu risikofreien Euro-Zinssätzen empfiehlt den Marktteilnehmern, sich auf die folgenden Ereignisse vorzubereiten: a) die Umstellung des Veröffentlichungszeitpunkts des EONIA von 19:00 Uhr MEZ am Tag „t“ auf 9:15 Uhr MEZ am folgenden Geschäftstag „t+1“, die sich aus der Änderung der Berechnungsmethodik des EONIA ab dem 2. Oktober 2019 ergibt (für am 1. Oktober 2019 ausgeführte Transaktionen), und b) den Wegfall des EONIA am 3. Januar 2022.
26. Juli 2019	Die EZB und 21 weitere Notenbanken haben als Unterzeichnerinnen des Gold-abkommens (Central Bank Gold Agreement) beschlossen, das Abkommen nach dessen Auslaufen am 26. September 2019 nicht zu erneuern. Die unterzeichnenden Notenbanken bestätigen, dass Gold auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil der weltweiten Währungsreserven ist, da es nach wie vor Diversifizierungsvorteile biete. Zudem beabsichtigt keine der beteiligten Zentralbanken derzeit, nennenswerte Goldmengen zu veräußern.
25. Juli 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Er führt jedoch einen „easing bias“ ein, indem er ankündigt, dass die Leitzinsen der EZB mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Da die mittelfristigen Inflationsaussichten weiterhin hinter ihrem Ziel zurückbleiben, hat der EZB-Rat beschlossen, die entsprechenden Ausschüsse des Eurosystems mit der Überprüfung von Optionen zu beauftragen. Darunter befinden sich die Möglichkeiten zur Stärkung der Forward Guidance zu den Leitzinsen, die Entwicklung eines gestaffelten Systems bei der Verzinsung der Reserveguthaben sowie mögliche neue Nettoankäufe von Vermögenswerten.
16. Juli 2019	Die Arbeitsgruppe des privaten Sektors zu risikofreien Euro-Zinssätzen empfiehlt für alle Produkte und Zwecke die Verwendung des €STR zuzüglich eines festen Spread (Zinsaufschlags) in Höhe von 8,5 Basispunkten als Ersatzzinssatz für den EONIA. Die Marktteilnehmer sollten gegebenenfalls – soweit dies möglich und angemessen ist – keine Neuverträge mit dem EONIA als Referenzzinssatz abschließen; dies gilt insbesondere für neue Verträge mit einem Laufzeitende nach dem 31. Dezember 2021, da der EONIA ab diesem Stichtag wegfallen wird. Bei bestehenden Verträgen mit dem Referenzzinssatz EONIA und Laufzeitende nach Dezember 2021 sollten die Marktteilnehmer in Betracht ziehen, den EONIA als primären Zinssatz so früh wie möglich zu ersetzen oder wirksame Ersatzbestimmungen in die Verträge aufzunehmen.
11. Juli 2019	Die EZB hat beschlossen, dass der Referenzzinssatz €STR ab dem Starttermin am 2. Oktober 2019 an jedem TARGET2-Geschäftstag um 8:00 Uhr (MEZ) veröffentlicht wird. Werden im Anschluss an die Veröffentlichung Unstimmigkeiten festgestellt, die eine Veränderung des €STR um mehr als 2 Basispunkte zur Folge haben, wird die EZB eine Korrektur vornehmen und den €STR am selben Tag um 9:00 Uhr (MEZ) erneut veröffentlichen.

6. Juni 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat verlängert seine Forward Guidance und geht inzwischen davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über die erste Hälfte des Jahres 2020 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Der EZB-Rat beabsichtigt, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen. Was die Modalitäten der neuen Serie vierteljährlicher gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs III) betrifft, beschließt der EZB-Rat, dass der Zinssatz für die einzelnen Geschäfte auf ein Niveau von 10 Bp. über dem durchschnittlichen Zinssatz für die HRG des Eurosystems während der Laufzeit des jeweiligen TLTROs festgesetzt wird. Für Banken, deren anrechenbare Nettokreditvergabe eine Referenzgröße überschreitet, wird der Zinssatz für die TLTROs III niedriger sein und kann so niedrig sein wie der während der Laufzeit des Geschäfts geltende durchschnittliche Zinssatz für die Einlagefazilität zuzüglich 10 Bp. Für die Ausleihungen in den einzelnen der sieben Geschäfte im Rahmen der TLTROs III wird es eine Obergrenze von 10% des Bestands an anrechenbaren Krediten (Stand 28.2.2019) geben. Insgesamt können bis zu 30% (abzüglich bestehender Ausleihungen im TLTRO II) ausgeliehen werden. Vorzeitige Rückzahlungen werden nicht möglich sein.
31. Mai 2019	Die EZB hat den Spread zwischen €STR und EONIA auf Basis der Methodik berechnet, die von der Arbeitsgruppe zu risikofreien Euro-Zinssätzen empfohlen und vom European Money Market Institute (EMMI) zur Rekalibrierung der EONIA-Methodik ab dem 2. Oktober 2019 und bis zu ihrer Außerkraftsetzung durch das EMMI übernommen wird. Die EZB hat diesen Spread auf der Grundlage der im Zeitraum vom 17. April 2018 bis zum 16. April 2019 verzeichneten EONIA- und Pre-€STR-Tageswerte auf 0,085% (8,5 Basispunkte) festgesetzt.
10. April 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht zudem davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über das Ende 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
14. März 2019	Die Arbeitsgruppe des privaten Sektors zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet empfiehlt den Marktteilnehmern, bei allen Produkten und Kontrakten den EONIA schrittweise durch den €STR zu ersetzen. Zudem empfiehlt sie dem für den EONIA zuständigen Administrator, die derzeit geltende EONIA-Methodik bis Ende 2021 auf €STR plus einem Spread umzustellen, um den Marktteilnehmern ausreichend Zeit für den Übergang auf €STR einzuräumen. Schließlich schlägt sie eine Systematik zur Berechnung einer zukunftsgerichteten Termin-Zinsstrukturkurve vor, die auf €STR-Derivatemärkten basiert und als Rückfalllösung für an den EURIBOR gekoppelte Kontrakte verwendet werden könnte. Die EZB wird den €STR ab dem 2. Oktober 2019 veröffentlichen, wobei die Daten die Handelsaktivität vom 1. Oktober 2019 widerspiegeln werden. Außerdem unterstützt die EZB den privaten Sektor bei seinen Arbeiten zur Umstellung im Referenzzinssatz dahingehend, dass sie den Spread zwischen dem €STR und dem EONIA einmalig berechnen wird. Die Berechnung wird gemäß der von der Arbeitsgruppe empfohlenen Methodik erfolgen. Der daraus resultierende Spread beruht auf den öffentlich verfügbaren EONIA- und Pre-€STR-Daten.

12. März 2019	Die EZB kommt überein, das Akronym für „Euro Short-Term Rate“, also den Taggeldsatz für Ausleihungen von Banken im Euroraum, von „ESTER“ in „€STR“ zu ändern. Die technischen Vorbereitungen zur Nutzung des Zinssatzes für kurzfristige Euro-Einlagen können somit beginnen.
7. März 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Jedoch verlängert er seine *Forward Guidance* und geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über das Ende 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Dementsprechend verlängert sich auch der Zeitraum, in dem die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere wieder angelegt werden. Weiters einigt sich der EZB-Rat auf eine neue Reihe von vierteljährlichen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs III). Von September 2019 bis März 2021 werden diese Operationen mit jeweils zweijähriger Laufzeit einmal im Quartal angeboten werden. Der Zinssatz ist über die Laufzeit der einzelnen Geschäfte an den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte indexiert. Schließlich werden die Kreditgeschäfte des Eurosystems mit einer Laufzeit von einer Woche bzw. drei Monaten so lange wie erforderlich und mindestens bis zum Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, die im März 2021 beginnt, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt
5. März 2019	Die EZB und die Bank of England (BoE) haben beschlossen, eine unbefristete Swap-Vereinbarung zu aktivieren, wodurch die BoE in der Lage sein wird, britischen Banken auf wöchentlicher Basis Euro zu leihen. Im Tausch gegen Euro wird die EZB Pfund Sterling von der BoE erhalten. Im Rahmen dieser Vereinbarung wäre auch das Eurosystem bereit, Banken im Euroraum bei Bedarf Pfund Sterling zu leihen.
30. Jänner 2019	Ab April 2019 wird die EZB regelmäßig eine Umfrage zu den Erwartungen im Hinblick auf den geldpolitischen Kurs durchführen, um umfassende, strukturierte und systematische Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung wesentlicher geldpolitischer Parameter zu sammeln. Sie soll achtmal pro Jahr durchgeführt werden, wobei die Befragung auf die Termine der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt sein wird. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist nach einer Pilotphase (sieben Umfragerunden) vorgesehen.
24. Jänner 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden
13. Dezember 2018	Der EZB-Rat wird die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) mit Ende Dezember 2018 beenden. Gleichzeitig beabsichtigt er, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, wenn er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

13. Dezember 2018 (Fortsetzung)	Die Reinvestitionen in allen vier Teilprogrammen des APP sollen das Volumen des jeweiligen Portfolios mit Endstand Dezember 2018 aufrechterhalten. Der Bestand an Anleihen im PSPP orientiert sich am aktuellen Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der EZB. D.h., es wird eine graduelle Anpassung an den neuen Kapitalschlüssel stattfinden. Der Bestand an Wertpapieren in den drei anderen Teilpro-grammen orientiert sich an der jeweiligen Marktkapitalisierung. Käufe am Primär-markt sind hier (nicht jedoch beim PSPP) zulässig, sollen aber nur durchgeführt werden, wenn es notwendig ist.
3. Dezember 2018	Der neue Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der EZB, der ab 1. Jänner 2019 gelten wird, wurde heute bekannt gegeben. Die NZBen werden durch die Übertragung von Kapitalanteilen untereinander dafür sorgen, dass die Verteilung der Anteile dem angepassten neuen Schlüssel entsprechen wird. Insgesamt beläuft sich das gezeichnete Kapital der EZB weiterhin unverändert auf 10 825 007 069,61 EUR. Bei jeder Anpassung des Kapitalschlüssels alle fünf Jahre wird auch die Gruppen-einteilung der Zentralbankpräsidenten in Bezug auf das Rotationssystem ihrer Stimmrechte überprüft. Diese bleibt jedoch unverändert.
25. Oktober 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
13. September 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Nettoerwerb im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) von September bis Dezember 2019 auf einen Umfang von 15 Mrd € zu reduzieren. Sofern die neu verfügbaren Daten die mittelfristigen Inflationsaussichten bestätigen, geht der EZB-Rat davon aus, dass die Nettoankäufe mit Ende Dezember 2018 beendet werden. Zudem hat heute die Arbeitsgruppe des privaten Sektors zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet ESTER als neuen risikofreien Euro-Zinssatz empfohlen. Die Arbeitsgruppe spricht sich insbesondere dafür aus, den EONIA durch ESTER zu ersetzen. Grund hierfür ist, dass der EONIA in seiner jetzigen Form nicht länger den Kriterien der EU-Benchmark-Verordnung genügt und seine Verwendung daher ab dem 1. Januar 2020 eingeschränkt wird. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe ist für die Marktteilnehmer nicht rechtsverbindlich. Sie bietet allerdings eine Orientierungshilfe und bildet den Marktkonsens in Bezug auf den präferierten risikofreien Euro-Zinssatz ab, auf den die Marktteilnehmer nun beginnen können umzustellen.
26. Juli 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
28. Juni 2018	Die EZB wird ab Oktober 2019 einen neuen unbesicherten Geldmarktzinssatz für Übernachtkredite in Euro von Banken im Euroraum veröffentlichen, der komplementär zum EONIA zu verstehen ist. Der neue Zinssatz wird ESTER heißen und basiert auf der Aggregation von sämtlichen Einzeltransaktionen von 52 Melde-banken. Ab Sommer 2018 werden bereits pre-ESTER Daten veröffentlicht, damit der Markt das Verhalten dieses Zinssatzes kennenlernen kann und – sollte ESTER ein neuer Benchmarkzinssatz werden – ein nahtloser Übergang ermöglicht wird.

14. Juni 2018	Der EZB-Rat wird den Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des APP im Umfang von monatlich 30 Mrd EUR bis Ende September 2018 fortsetzen. Sofern die neu verfügbaren Daten die mittelfristigen Inflationsaussichten des EZB-Rats bestätigen, wird der Nettoerwerb von Oktober bis Ende Dezember 2018 auf monatlich 15 Mrd EUR reduziert. Danach wird der Nettoerwerb enden. Die Reinvestition der abreifenden Papiere wird für längere Zeit nach Dezember 2018 und in jedem Fall so lange wie erforderlich fortgeführt. Die EZB-Leitzinsen werden unverändert beibehalten; sie werden mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben, um sicherzustellen, dass die Inflationsentwicklung weiterhin mit den derzeitigen Erwartungen eines nachhaltigen Anpassungspfads übereinstimmt.
26. April 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
15. März 2018	Die EZB startet einen zweiten Konsultationsprozess zur Ausgestaltung des geplanten Referenzzinssatzes für den unbesicherten Euro-Übernachtgeldmarkt. Marktteilnehmer sowie alle anderen interessierten Parteien können ihre Meinung bezüglich der dem Zinssatz zugrunde liegenden Methodik sowie zu den wesentlichen operativen und technischen Parametern einbringen.
8. März 2018 25. Jänner 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.

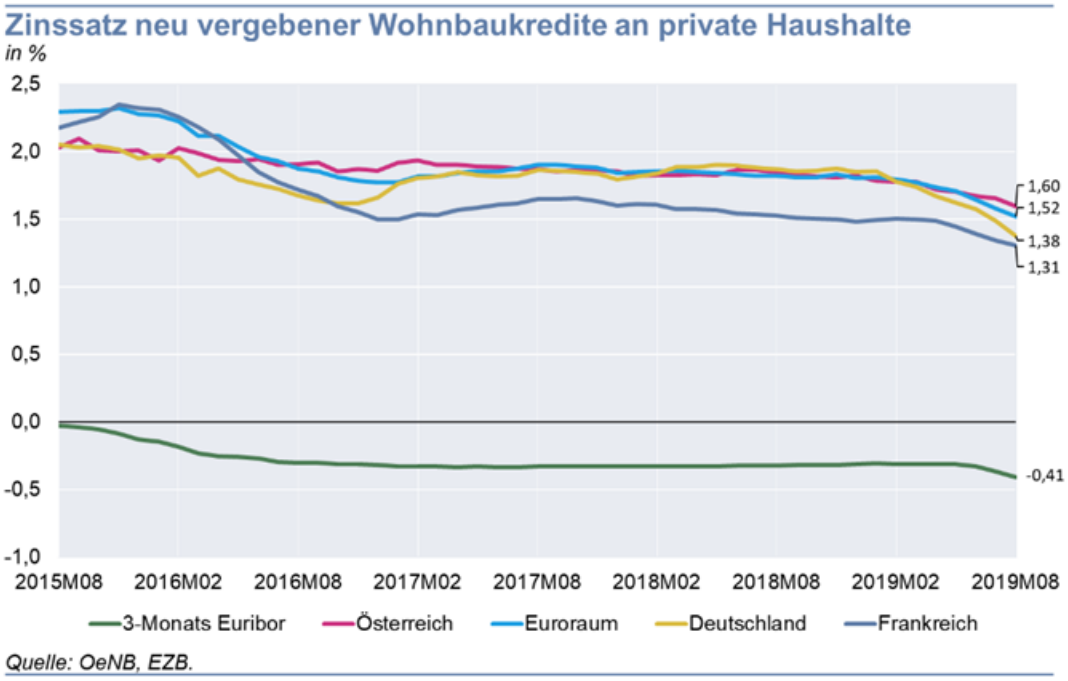
Quelle: EZB.

Geringere Geldmarktzinssätze ließen Zinskonditionen von Wohnbaukrediten weiter sinken[7]

In Erwartung weiterer expansiver geldpolitischer Maßnahmen – der EZB-Rat beschloss in seiner Sitzung am 12. September 2019, den Zinssatz der „Deposit Facility" um 10 Basispunkte (BP) auf -0,5% zu senken – kam es im August 2019 zu geringeren Geldmarktzinssätzen. So ging der 3-Monats-Euribor, welcher häufig als Referenzzinssatz bei Kreditverträgen herangezogen wird, im Vergleich zum Vormonat um 4 BP auf -0,41% im August 2019 zurück. Im Jahresvergleich lag der Rückgang des 3-Monats-Euribors bei 9 BP.

Die Änderungen bei den Geldmarktzinssätzen schlugen sich im August auch auf die Zinskonditionen neu vergebener Wohnbaukredite privater Haushalte durch, die im August 2019 mit 1,60% einen neuen historischen Tiefststand erreichten. Die rückläufige Entwicklung zum Vormonat lag in diesem Bereich mit 6 Basispunkten in einem ähnlichen Bereich wie bei den Geldmarktzinssätzen, im Jahresvergleich kam es hingegen mit -25 Basispunkten bei Wohnbaukrediten zu einem deutlich stärkeren Rückgang. Im Euroraum-Durchschnitt war die Entwicklung im August 2019 bei neu vergebenen Wohnbaukrediten mit -6 BP ähnlich wie jene in Österreich, während im Jahresvergleich der Rückgang mit -30 BP noch stärker ausgeprägt war. Der aktuelle Zinssatz von 1,52% bedeutete wie in Österreich einen historischen Tiefststand. Deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt lagen die Zinssätze für neu vergebene Wohnbaukredite in Deutschland (1,38%) und Frankreich (1,31%).

Grafik 1



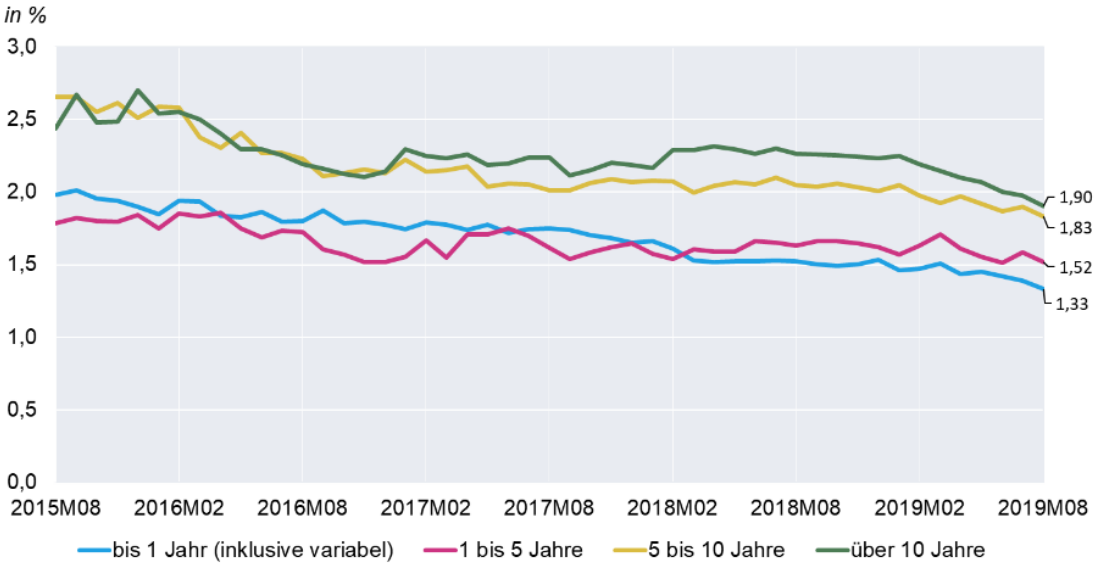
Betrachtet man die Zinssätze auf Basis der anfänglichen Zinsbindung, so ist erkennbar, dass die geringeren Geldmarktzinssätze in allen Kategorien zu sinkenden Zinssätzen bei neu vergebenen Wohnbaukrediten führten. Im Jahresvergleich waren die Zinskonditionen mit längerfristig fixierten Zinssätzen von über 10 Jahren am stärksten rückläufig. Der Zinssatz für neu vergebene

[7] Autor: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

Wohnbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren ging in Österreich im Jahresverlauf um 36 Basispunkte zurück und lag im August 2019 bei 1,90%, was ebenfalls einen historischen Tiefststand bedeutete. Der Zinsaufschlag zwischen variabel verzinsten Krediten (1,33%) und Krediten mit über 10-jähriger Zinsbindung wies damit in Österreich nur noch einen Wert von 57 Basispunkten auf. Trotz des deutlichen Rückganges beim Zinsniveau stieg die Nachfrage nach Krediten mit sehr langer Zinsbindung in Österreich verglichen mit dem Vorjahr nicht weiter an, blieb jedoch auf sehr hohem Niveau bestehen. So lag der Anteil von Krediten mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren am gesamten Neugeschäft von Wohnbaukrediten im August 2019 bei 34%, was dem Durchschnitt der letzten Monate entsprach.

Grafik 2

Zinssätze neu vergebener Wohnbaukredite nach anfänglicher Zinsbindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB.

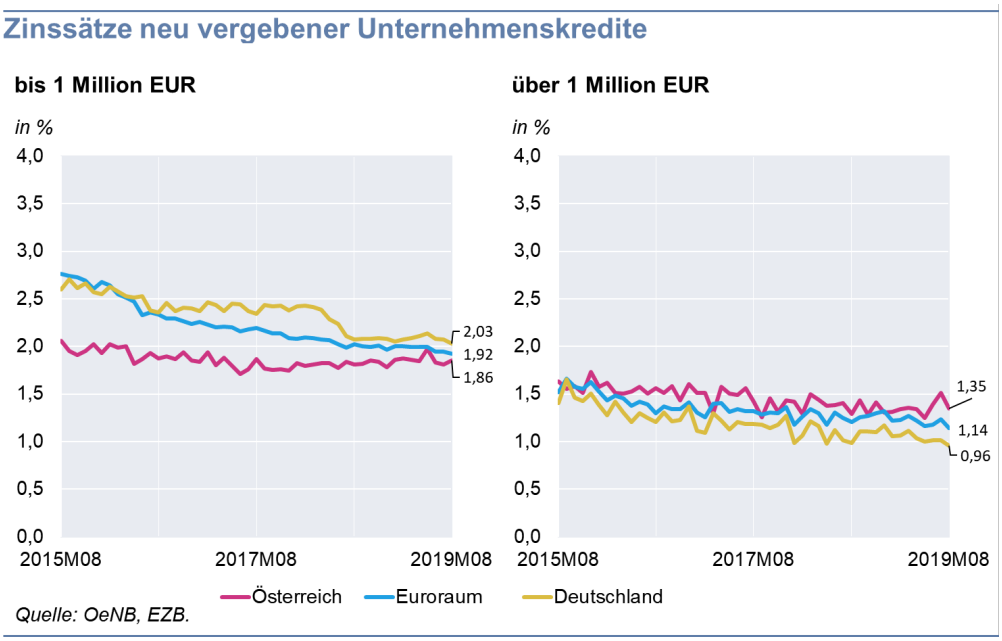
Im Euroraum-Durchschnitt waren es ebenfalls die Kredite mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren, die mit -35 BP den stärksten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr aufwiesen. Mit einem kapitalgewichteten Durchschnittszinssatz von 1,50% im August 2019 lag der Euroraum-Vergleichswert in dieser Kategorie deutlich unter jenem Österreichs (1,90%). Der geringe Zinssatz bei Krediten mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren wurde im Euroraum vor allem von Frankreich (1,33%) und Deutschland (1,36%) beeinflusst. Der Anteil von Krediten mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren am gesamten Neugeschäft von Wohnbaukrediten lag im Euroraum mit 56% noch deutlich über jenem Österreichs.

Der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz neu vergebener Konsumkredite blieb trotz geringerer Geldmarktzinssätze auf dem Niveau des Vormonats (5,14%) bestehen. Im Jahresvergleich war hingegen ein Rückgang des Zinssatzes um 14 BP erkennbar. Der historische Tiefststand bei Konsumkrediten lag bei 4,29% (Dezember 2009), trotz deutlich geringerer Leit- und auch Geldmarktzinssätze ist dieses Niveau aufgrund höherer Risikoaufschläge bei Konsumkrediten nicht mehr erreicht worden. Im Euroraum stieg der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz neu vergebener Konsumkredite im Vergleich zum Vormonat um +6 BP auf 5,79% an und lag über dem Österreich-Wert. Zinssätze über dem Euroraum-Durchschnitt wiesen in dieser Kategorie insbesondere die südlichen Euroraum-Länder wie zum Beispiel Spanien (7,41%) oder Italien (6,81%) auf.

Keine neuen Impulse bei Zinssätzen von Unternehmenskrediten

Die geringeren Geldmarktzinssätze haben in Österreich beim Kreditneugeschäft nichtfinanzieller Unternehmen im August 2019 zu keinen neuen Impulsen geführt. Beim Rückgang des kapitalgewichteten Durchschnittszinssatzes für Kredite über eine Million EUR von -16 BP im Vergleich zum Vormonat handelt es sich um einen Sondereffekt, da der Zinssatz im Vormonat von größeren Kreditgeschäften mit vergleichsweise hohen Zinssätzen beeinflusst worden war. Der im August 2019 ausgewiesene Wert von 1,35% befand sich hingegen im Bereich der letzten Monate. Im Vorjahresvergleich wurde in Österreich sowohl bei Krediten über eine Million EUR als auch bei Krediten bis eine Million EUR (1,86%) ein geringfügig höherer Zinssatz ausgewiesen. Im Euroraum-Durchschnitt wurde hingegen im August 2019 in beiden Kategorien mit 1,92% (bis eine Million EUR) bzw. 1,14% (über eine Million EUR) ein neuer historischer Tiefststand erreicht. Bei neu vergebenen Großkrediten über eine Million EUR gehörten insbesondere Italien (0,77), Deutschland (0,96%), aber auch die Niederlande (1,03%) zu den Euroraum-Ländern mit den niedrigsten Zinssätzen. Bei Krediten bis eine Million EUR waren es Österreich (1,86%), Belgien (1,57%), Frankreich (1,58%) und Luxemburg (1,61%), die das geringste Niveau aufwiesen.

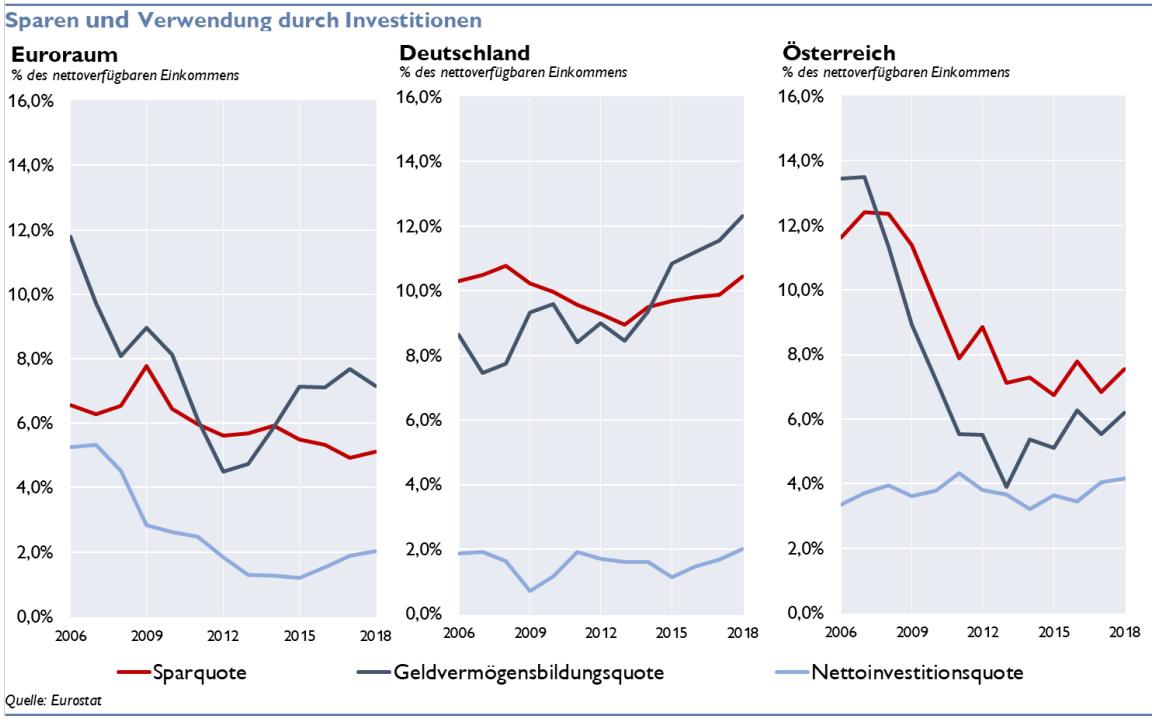
Grafik 3



Finanzverhalten der privaten Haushalte: Liquide Vermögensstruktur dämpft Rendite[8]

Österreichs Haushalte sparten 2018 7,7% des verfügbaren Einkommens. Die Sparquote liegt damit noch immer über dem Euroraum-Durchschnitt von 5,1%, der Abstand verkleinerte sich in den letzten zehn Jahren aber merklich. Für das Jahr 2019 sagen WIFO und IHS in ihrer Oktoberprognose eine Stabilisierung der Sparquote voraus, da es zwischen Einkommen und Konsum kaum Wachstumsdifferenziale geben wird. Das bedeutet auch: 72% der gesamten verfügbaren Mittelherkunft auf Sparen, Kreditaufnahmen und Kapitaltransfers (23,2 Mrd EUR) entfiel auf das Sparen (16,6 Mrd EUR). Rund 60% der gesamten Mittelverwendung wurden von den Österreichern für Neuveranlagungen in Finanzvermögen investiert (14,3 Mrd EUR). Österreichs Haushalte verwendeten rund 4% des Einkommens – neben dem Konsum – für realwirtschaftliche Investitionen (vor allem als Selbständige bzw. für Wohnungsbau bzw. -renovierung). Diese Nettoinvestitionsquote[9] lag auch im Durchschnitt der letzten 20 Jahre (und 2018) bei der 4%-Marke. 6% des Einkommens gingen 2018 in Finanzanlagen (Geldvermögensbildung).

Grafik 1



Aktuelle Daten (Stand: September 2019) aus der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung zeigen eine kumulierte Geldvermögensbildung in den letzten vier

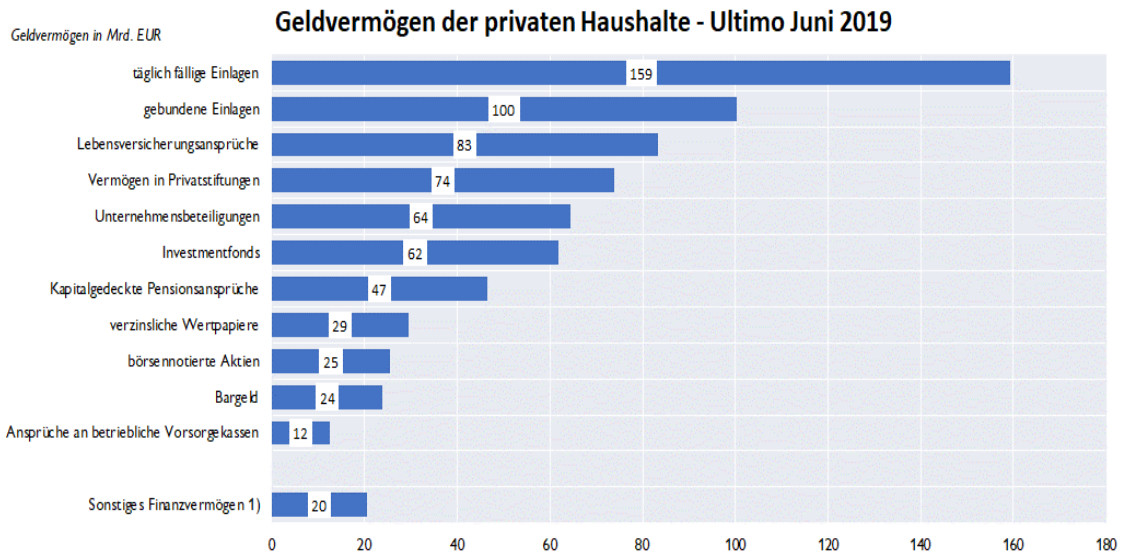
[8] Autoren: Erza Aruqaj, Stefan Wiesinger (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

[9] Die Nettoinvestitionsquote definiert sich aus dem Anteil der realwirtschaftlichen Investitionen (ohne Ersatzinvestitionen aus Abschreibungen) am verfügbaren Nettoeinkommen. Zu den Nettoinvestitionen zählen u.a. Investitionen von Selbstständigen, aber auch die Errichtung bzw. Renovierung von Wohnraum. Dazu zählt jedoch nicht der Erwerb von Grundstücken.

Quartalen von 12,3 Mrd EUR und damit eine leichte Abschwächung gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018.

Die Anteile der sehr flexiblen und damit weniger ertragreichen Einlagenkomponenten an der Geldvermögensbildung sind seit der Finanzkrise anhaltend hoch (97%) und spiegelt die laufende Umschichtung von gebundenen Einlagen zu täglich fälligen Einlagen wider. Hingegen waren nur geringe Umschichtungseffekte in flexible aber mit Marktrisiken behafteten Investments in Form von handelbaren Wertpapieren (9% der gesamten Geldvermögensbildung) bzw. in Altersvorsorgeprodukte (18%) zu bemerken. Dies spiegelt sich auch in der Struktur des Geldvermögens wider: Von den insgesamt 701 Mrd EUR entfielen Ende Juni 2019 26% auf Bargeld und täglich fällige Einlagen. Der Anteil der flexiblen Finanzierungsinstrumente aus diesen und handelbaren Wertpapieren stieg damit in den letzten zehn Jahren von 31% auf 43%. Ein internationaler Vergleich anhand der Daten zum Ultimo 2018 zeigt, dass die Verschiebung zu flexiblen Finanzierungsinstrumenten auch in Deutschland zu beobachten ist. Dennoch unterscheidet sich die Struktur des Geldvermögens nach wie vor deutlich: der Anteil der kapitalgedeckten Altersvorsorge liegt in Österreich bei 20%, in Deutschland bei 36% und im Durchschnitt des Euroraums bei 34%.

Grafik 2



Quelle: OeNB. Sonstige Finanzvermögen = Kredite, Finanzderivate, offene Ansprüche, ATS-Bargeld

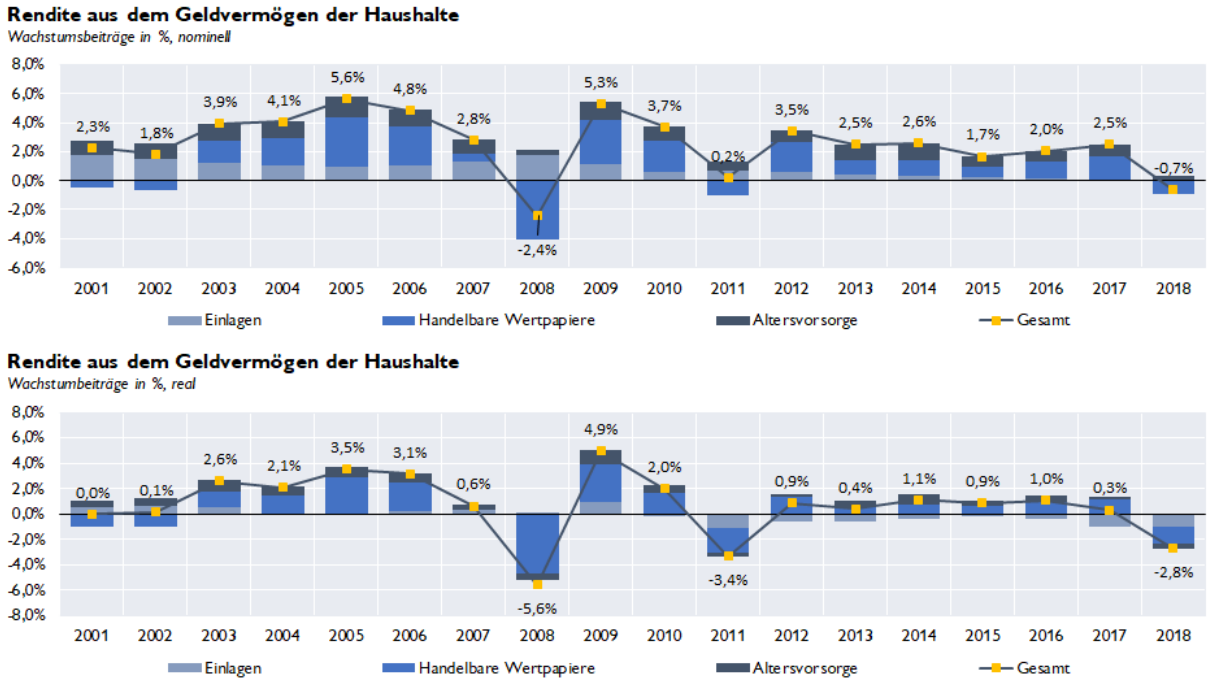
Das Vermögenseinkommen (aus Einlagen, handelbaren Wertpapieren und Altersvorsorgeprodukten) als Beitrag zum netto verfügbaren Einkommen ist seit der Finanzkrise rückläufig. Betrug der Anteil 2009 noch 6,2%, so lag er 2018 bei 2,5%. Die Bedeutung von Arbeitseinkommen für das Einkommenswachstum wird damit noch höher. Die Rendite aus dem Geldvermögen betrug in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt 2,4%, in den letzten fünf Jahren nur mehr 1,7%. Durch die Kurseinbrüche im vierten Quartal 2018 verzeichneten Haushalte im Jahr 2018 eine negative Rendite von -0,7%. Nach Abzug der Inflation lag die Rendite im Durchschnitt der letzten fünf Jahre bei 0,1% bzw. war 2018 mit -2,8% negativ.

Ein Langfristvergleich zeigt, dass selbst über einen Zeitraum von 20 Jahren die reale Rendite des Geldvermögens der Haushalte im Durchschnitt nur 0,7% p.a. ausmachte. Deutsche Haushalte erzielten in dieser Periode im Durchschnitt einen Ertrag von rund 1,9% p.a. (Euroraum 1,7% p.a.). Die Differenz von Österreich zu Deutschland lässt sich mit 0,9 Prozentpunkten (¾) aus

dem höheren Anteil der kapitalgedeckten Altersvorsorge und mit 0,3 Prozentpunkten (¼) aus dem Inflationsdifferenzial begründen.

Grafik 3

Vermögenseinkommen und Preiseffekte in Relation zum Geldvermögen der Haushalte



Quelle: OeNB, Statistik Austria

Spezielle Kurzanalysen

Fiscal Space im Euroraum[10]

Fiscal Space beschreibt den Spielraum, den ein Staat für eine fiskalische Expansion in einer konjunkturellen Schwächephase oder Rezession hat, ohne die EU-Fiskalregeln zu verletzen und ohne die Tragfähigkeit seiner Staatsschulden zu gefährden. Nach gängigen Definitionen verfügen derzeit innerhalb des Euroraums vor allem Deutschland, die Niederlande und Österreich über Spielraum für eine fiskalische Expansion. Im Vergleich zu anderen Ländern haben diese Länder allerdings einen vergleichsweise geringeren Bedarf nach einem Fiskalstimulus.

Einleitung

"In view of the weakening economic outlook and the continued prominence of downside risks, ***governments with fiscal space should act in an effective and timely manner****."* Introductory Statement, EZB, 24.10.2019.

Der vorliegende Beitrag analysiert die Forderung des EZB-Rats zur Nutzung eines eventuell vorliegenden Fiscal Space in den Mitgliedstaaten des Euroraums. Dazu werden zuerst verschiedene Konzepte von Fiscal Space vorgestellt, bevor mittels eines konkreten Konzepts der Fiscal Space in den einzelnen Euroraum-Mitgliedstaaten ermittelt wird. Den Abschluss bildet die Diskussion, ob und wie Fiscal Space in der gegenwärtigen Konjunkturlage effektiv genutzt werden kann bzw. welche fiskalischen Optionen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums jene Mitgliedstaaten haben, die keinen Fiscal Space aufweisen.

Was ist unter dem Begriff Fiscal Space zu verstehen?

Wiewohl Fiscal Space in der politökonomischen Diskussion eine immer größere Rolle spielt, unterliegt ihm kein eindeutig definiertes und messbares Konzept. Theoretisch könnte man Fiscal Space als Möglichkeit für zusätzliche diskretionäre Fiskalmaßnahmen zur Konjunkturstabilisierung definieren, die die langfristige Tragfähigkeit der Staatschuld und somit den Kapitalmarktzugang eines Staates nicht beeinträchtigen (Heller, 2005). Operationell sollte die Beurteilung von Fiscal Space anhand eines multidimensionalen Systems durchgeführt werden. Dieses System sollte Indikatoren für die aktuelle und zukünftige Entwicklung der Schuldenquote, die impliziten Verbindlichkeiten eines Staates, die gegenwärtigen sowie die künftigen Budgetsalden, die Finanzierungsnotwendigkeiten und -bedingungen umfassen. Ebenso sollten die Indikatoren die Verwundbarkeit einer Volkswirtschaft bei Wechselkursänderungen und bei Änderungen der Zinssätze sowie der Determinanten des mittel- und langfristigen Wirtschaftswachstums abbilden können.

Praktisch wird Fiscal Space in den Mitgliedstaaten des Euroraums üblicherweise anhand folgender Kriterien bestimmt:[11]

[10] Autoren: Doris Prammer und Lukas Reiss (beide Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).
[11] Vgl. beispielsweise IMF (2018), European Fiscal Board (2019), ESZB (2019)

1) **Bewertung der (langfristigen) Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen**: Dabei kommt meist eine Schuldennachhaltigkeitsanalyse zum Einsatz. Die von verschiedenen internationalen Organisationen durchgeführten Schuldennachhaltigkeitsanalysen sind unterschiedlich ausgestaltet. Oftmals werden Berechnungen vorgenommen, die angeben, um wieviel der strukturelle Primärsaldo angepasst werden muss, um die Schuldenquote an einem gegebenen Stichtag in der Zukunft 1) auf 60% zu reduzieren bzw. 2) beim gegenwärtigen Wert zu stabilisieren. Bei derartigen Schuldennachhaltigkeitsanalysen kann die Differenz zwischen notwendigem und tatsächlichem strukturellen Primärsaldo als Maß für Fiscal Space verwendet werden. In diesen Berechnungen werden zudem häufig die geschätzten Effekte der Alterung auf die Staatsausgaben miteinbezogen (siehe beispielsweise EK, 2019). Eine große Rolle bei der Schuldennachhaltigkeitsanalyse spielen die Annahmen zur Differenz zwischen der Verzinsung der Staatsschuld und dem BIP-Wachstum, die für die meisten Euroraum-Staaten infolge der Geldpolitik des Eurosystems seit geraumer Zeit negativ ist. Geht man von einem dauerhaften Fortbestand dieser Situation aus, sinkt mit einer höheren Schuldenquote ceteris paribus der für die Schuldenquotenstabilisierung notwendige Primärsaldo, was zu größerem geschätzten Fiscal Space führen kann (siehe beispielsweise den Fiscal Space von den Niederlanden und Österreich in de Grauwe und Ji, 2019). Um diesen Effekt zu vermeiden, wird in anderen Simulationen von einem weit über die jetzigen Forward Rates hinausgehenden Anstieg der Zinsen auf Staatsanleihen ausgegangen (siehe wiederum EK, 2019).

2) **Einhaltung des fiskalischen Regelwerks der EU**: Eine notwendige Bedingung für das Vorliegen von Fiscal Space ist, dass das mittelfristige Budgetziel (MTO) erreicht ist. Das mittelfristige Budgetziel wird länderspezifisch festgesetzt und beinhaltet bereits Schätzungen zur langfristigen Schuldentragfähigkeit (z.B. für den Effekt der erwarteten Bevölkerungsalterung) und zu Verwundbarkeiten bei Wirtschaftsabschwüngen. Der exakte Wert wird als von den Mitgliedstaaten anzustrebender bzw. den Mitgliedstaaten zu erreichender struktureller Budgetsaldo definiert. Der Abstand zwischen dem tatsächlichen strukturellen Budgetsaldo eines Landes und dem MTO gibt ein Maß für Fiscal Space.

Die Kombination dieser beiden Kriterien bestimmt das Vorliegen (Kriterium 1 und 2) und die Höhe des Fiscal Space (Kriterium 2) eines Mitgliedslandes. Da die Berechnung des strukturellen Budgetsaldos mit großer Unsicherheit verbunden ist, ist naturgemäß auch die ermittelte Höhe des Fiscal Space mit großer Unsicherheit behaftet.

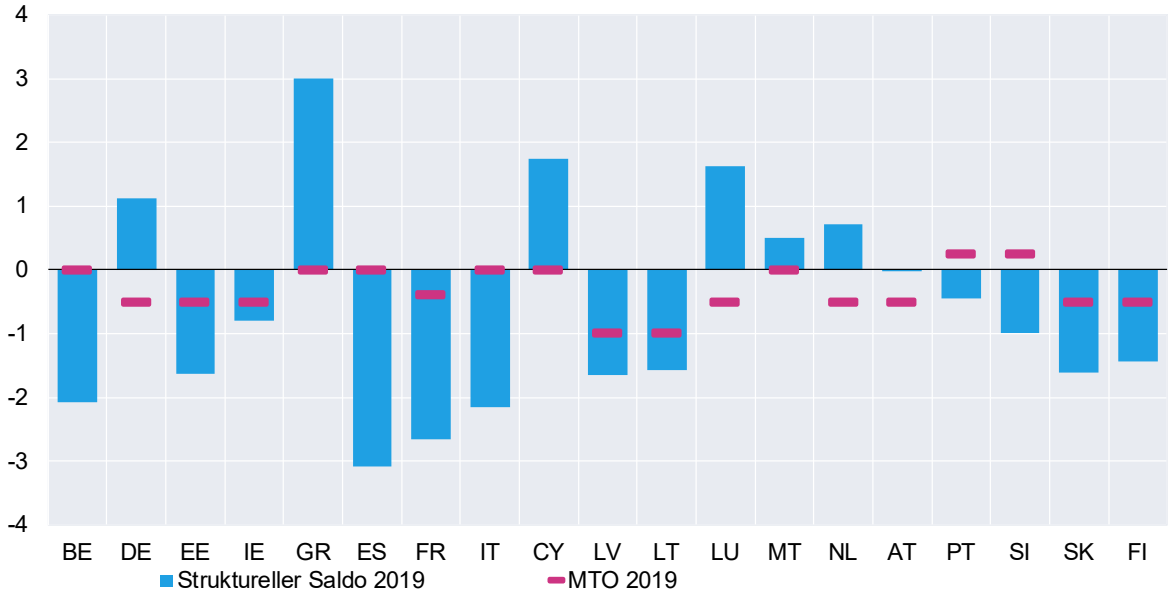
Welche Euroraum-Staaten haben gemäß dieser Kriterien Fiscal Space?

Laut der aktuellen Herbstprognose 2019 der Europäischen Kommission werden 2019 sieben Euroraum-Staaten ihr MTO erreichen (Grafik 1). Davon haben mit Griechenland und Zypern allerdings zwei noch einen hohen bzw. relativ hohen Schuldenstand, während die anderen fünf Länder – Deutschland, Luxemburg, Malta, die Niederlande und Österreich – eine Schuldenquote unter oder zumindest relativ nahe 60% des BIP aufweisen (Grafik 2), die in allen diesen Staaten auch rückläufig ist. Belgien, Spanien, Frankreich und Italien haben hingegen strukturelle Salden, die unter -2% des BIP liegen, und Schuldenquoten von zumindest 90% des BIP. Diese Länder haben entsprechend den europäischen Fiskalregeln demnach wenig bis keinen Spielraum.

Grafik 1

Strukturelle Salden der Euroraum-Staaten

% des BIP

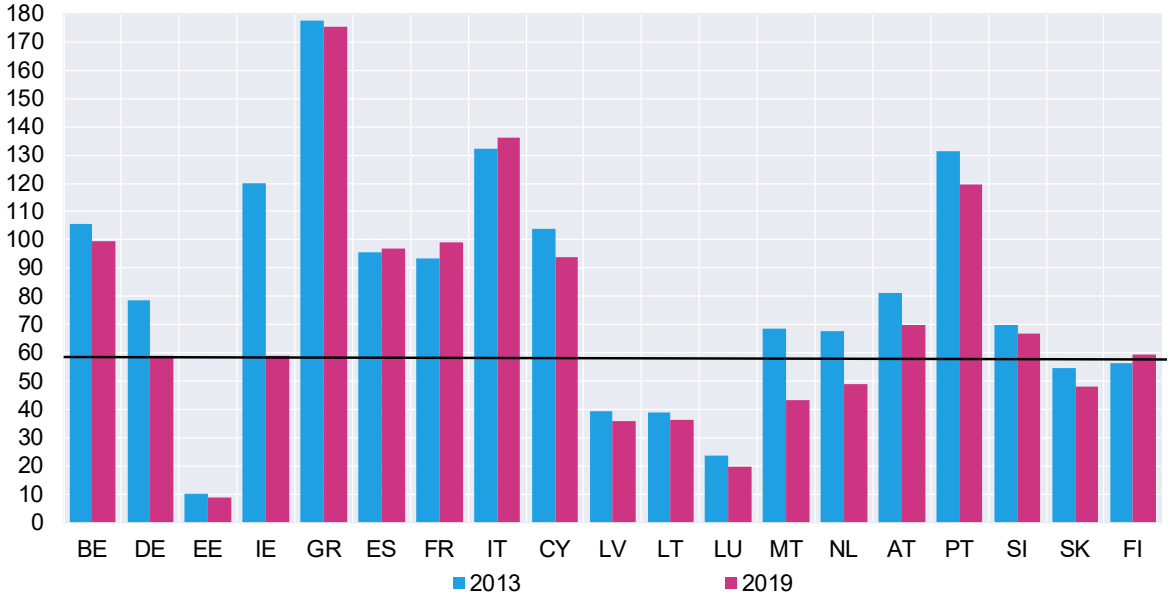


Quelle: Europäische Kommission.

Grafik 2

Öffentliche Verschuldung der Euroraum-Staaten

% des BIP



Quelle: Europäische Kommission.

Dies schlägt sich auch in der Nachhaltigkeitsanalyse der Europäischen Kommission (2019) nieder (Tabelle 1). Bei den vier zuletzt genannten Staaten sowie bei Portugal werden mittelfristig große Tragfähigkeitsrisiken gesehen. Aufgrund der in den meisten Mitgliedstaaten des Euroraums erwarteten hohen Kosten der Alterung (auf Basis des Ageing Reports der Europäischen Kommission, 2018) attestiert die EK nur den baltischen Staaten (niedrige Kosten der Alterung) und Deutschland (hoher struktureller Saldo) geringe langfristige Tragfähigkeitsrisiken. Aufgrund der derzeit sehr günstigen Marktlage werden die kurzfristigen Nachhaltigkeitsrisiken hingegen als größtenteils niedrig eingestuft.

Tabelle 1

Hauptergebnisse des Sustainability Reports 2018 und des Ageing Reports 2018

	Tragfähigkeitsrisiken laut Sustainability Report 2018						Anstieg altersbedingter Ausgaben bis 2070				
	Kurzfristig	Mittelfristig	S1	DSA	S2	Langfristig	**Gesamt**	Pensionen	Gesundheit	Pflege	Rest
BE	niedrig	hoch	hoch	hoch	mittel	hoch	**5.0**	2.9	0.4	1.7	0.0
DE	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	**4.2**	2.4	0.7	0.6	0.4
EE	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	**−0.8**	−1.8	0.3	0.5	0.2
IE	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	mittel	mittel	**4.1**	1.6	1.0	1.9	−0.5
GR	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	**−6.4**	−6.6	1.2	0.1	−1.0
ES	niedrig	hoch	hoch	hoch	mittel	hoch	**−0.2**	−1.5	0.5	1.3	−0.6
FR	niedrig	hoch	hoch	hoch	niedrig	mittel	**−3.0**	−3.3	0.5	0.6	−0.8
IT	niedrig	hoch	hoch	hoch	mittel	hoch	**−0.4**	−1.7	0.7	1.2	−0.6
CY	hoch	mittel	niedrig	mittel	niedrig	mittel	**1.0**	2.3	0.4	0.3	−1.9
LV	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	**−1.4**	−2.6	0.6	0.1	0.4
LT	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	**−0.4**	−1.7	0.4	1.0	−0.1
LU	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	hoch	hoch	**12.9**	8.9	1.2	2.8	−0.0
MT	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	mittel	mittel	**6.8**	2.9	2.7	1.4	−0.1
NL	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	mittel	mittel	**3.0**	0.6	0.8	2.5	−0.8
AT	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	mittel	mittel	**3.6**	0.5	1.3	1.9	−0.2
PT	niedrig	hoch	hoch	hoch	niedrig	mittel	**0.1**	−2.2	2.4	0.9	−0.9
SI	niedrig	mittel	mittel	niedrig	mittel	mittel	**6.3**	3.9	1.0	0.9	0.5
SK	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	mittel	mittel	**3.0**	1.2	1.2	0.6	−0.0
FI	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	mittel	mittel	**2.6**	0.6	0.8	2.1	−0.8

S1-Indikator: fiskalischer Anpassungsbedarf um bis 2033 eine Schuldenquote von 60% zu erreichen (für mittelfristige Tragfähigkeit)

DSA: Analyse der Schuldenquotenentwicklung unter verschiedenen Szenarien bezüglich Zinsen, Wachstum, Primärsaldo (für mittelfristige Tragfähigkeit)

S2-Indikator: fiskalischer Anpassungsbedarf um langfristig die Schuldenquote zu stabilisieren (für langfristige Tragfähigkeit)

Quelle: Europäische Kommission.

(Wie) kann der vorhandene Fiscal Space effektiv genutzt werden?

Liegt in einem Staat Fiscal Space vor, stellt sich die Frage, wie der Fiskalstimulus bestmöglich gesetzt werden soll, um einen maximalen Effekt auf Wirtschaftswachstum (und Inflation) zu erzielen. Die exakte Wirkung eines Fiskalstimulus auf das Wachstum einer Volkswirtschaft ist in der akademischen Literatur umstritten. Allerdings scheint es, dass öffentliche Investitionen den wirksamsten Fiskalstimulus darstellen[12]; sie können langfristig private Investitionen fördern und erhöhen damit dauerhaft Wachstum und Beschäftigung.[13,14] Indirekte Impulse, wie Steuersenkungen und monetäre Transfers haben geringere Multiplikatoren als direkte Impulse auf der Ausgabenseite (Investitionen, öffentlicher Konsum).[15]

Die Höhe der Multiplikatoren wird stark vom Zustand der öffentlichen Finanzen und von den ökonomischen Rahmenbedingungen bestimmt, wie etwa der Geldpolitik (EZB, 2012, 2014).

[12] Diese Ausgaben wirken sofort auf Wachstum und Beschäftigung und erhöhen das langfristige Wachstumspotenzial.

[13] Christine Lagarde (Rede 22.11.2019): "*Investment is a particularly important part of the response to today's challenges, because it is both today's demand and tomorrow's supply.*"

[14] Abiad et al. (2015). Gechert (2015) zieht diesen Schluss anhand einer Metastudie.

[15] Der Vollständigkeit halber soll erwähnt werden, dass einige Studien der Aussage widersprechen, dass Ausgabenmultiplikatoren signifikant höher sind als Einnahmenmultiplikatoren (e.g. Alesina et al 2017).

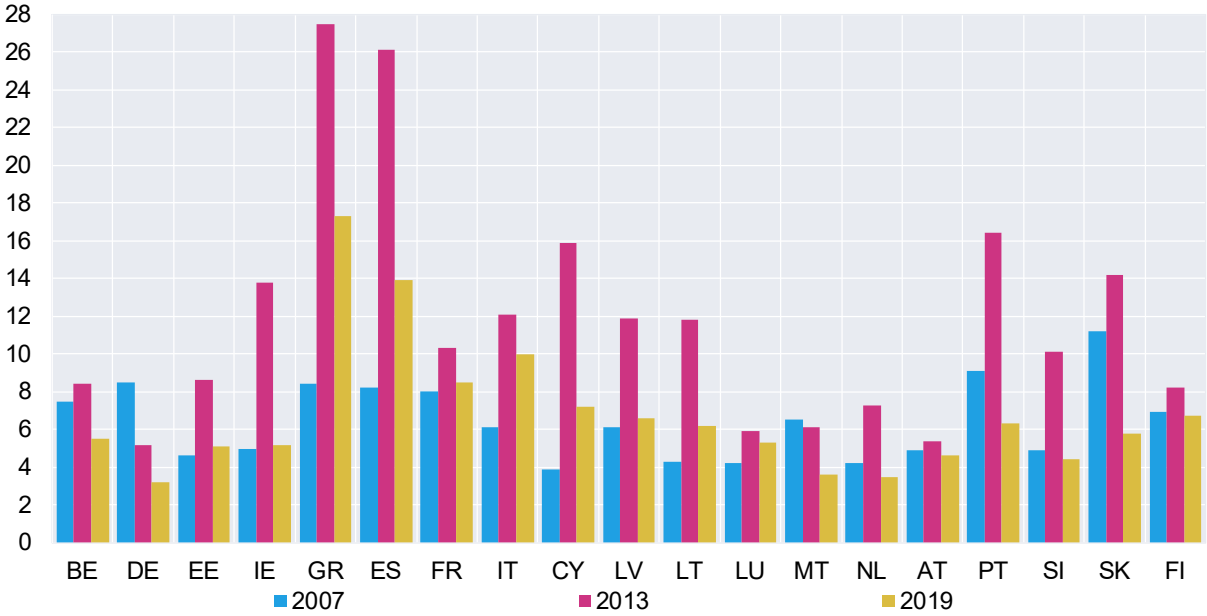
Studien zeigen, dass die Fiskal-Multiplikatoren am Beginn einer Rezession und insbesondere bei vorliegender „Effective-Lower-Bound" für die Geldpolitik höher sein dürften.[16]

Allerdings muss bei Betrachtung des vorliegenden fiskalischen Spielraums mitbedacht werden, dass jene Länder mit Fiscal Space (Deutschland, Niederlande und Österreich) vergleichsweise geringeren Bedarf nach einem Fiskalstimulus haben; deren Arbeitslosenquoten liegen unter (DE, NL) bzw. in etwa auf dem Niveau vor der großen Rezession 2008/09 (Grafik 3). Gleichzeitig hatten bzw. haben Länder mit einer deutlich schlechteren Arbeitsmarkt-Performance keinen Fiscal Space (insbesondere Italien).[17] Allerdings können Staaten ohne Fiscal Space von einer fiskalischen Expansion in anderen Staaten profitieren – und zwar durch Spillovers: So zeigt die EZB (2019a) in einer Simulation, dass ein Fiskalstimulus in Deutschland über eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen nicht nur positive Wachstumseffekte für Deutschland, sondern aufgrund der Handels- und Finanzmarktverflechtungen auch für den Euroraum hätte. Diese Effekte sind höher an der „Effective-Lower-Bound", das heißt, wenn die Gelpolitik nicht mit Zinserhöhungen reagiert.

Grafik 3

Arbeitslosigkeit in den Euroraum-Staaten

% der Erwerbsbevölkerung



Quelle: Europäische Kommission.

Kein Fiscal Space – was tun?

Für den Fall des Fehlens von Fiscal Space spielt die „Qualität der öffentlichen Finanzen" eine vergleichsweise größere Rolle. Einige Analysen[18] weisen darauf hin, dass bei gleichbleibendem Budgetsaldo durch eine Umschichtung von Steuern bzw. von Ausgaben zu jenen mit höheren Multiplikatoren positive Wachstumseffekte erzielt werden können. Als (auch langfristig) wachstumsfördernd wird eine Reduktion der Abgaben auf Arbeit oder eine Erhöhung der

[16] Siehe Coenen et al. (2013) und Batini et al. (2014) für einen Überblick; Almunia et al. (2010) für historische Evidenz.

[17] Diese Problematik ist auch eine der Gründe für die seit längerem geführte Diskussion über eine Erhöhung der fiskalischen Risikoteilung zwischen den Euroraum-Staaten (siehe z.B. Prammer und Reiss, 2018).

[18] EZB (2014), IMF (2016), Attinasi et al (2019).

öffentlichen Investitionen gesehen, die durch höhere Umweltsteuern oder Steuern auf Konsum finanziert wird.[19] Attinasi et al. (2019) zeigen zudem, dass eine Erhöhung der Konsumsteuern bei gleichzeitiger Entlastung der Arbeitnehmer insbesondere dann vorteilhaft ist, wenn Arbeitgeber flexibel auf die ausgelösten Nachfrageänderungen reagieren können. Für Arbeitgeber ist eine Ausweitung der Arbeitszeit kostengünstiger als die Nachfrageschwankungen über Neueinstellungen zu kompensieren. Dadurch sind die positiven Effekte auf das Wirtschaftswachstum höher.

Referenzen

Abiad, A., Furceri, D. and Topalova, P. 2015. The Macroeconomic Effects of Public Investment; Evidence from Advanced Economies, IMF Working Paper 15/95, International Monetary Fund.

Alesina, A., Barbiero, O., Favero, C., Giavazzi, F. and Paradisi, M. 2017. The effects of fiscal consolidations: Theory and evidence, NBER wp. 23385.

Arnold, J. M., Brys, B., Heady, C., Johansson, Å., Schwellnus, C. and Vartia, L. 2011. Tax Policy for Economic Recovery and Growth. The Economic Journal, 121.

Attinasi, M.G., Prammer, D., Stähler, N., Tasso, M. and van Parys, S. 2019. Budget-Neutral Labor Tax Wedge Reductions: A Sumulation-Based Analysis for the Euro Area, International Journal of Central Banking, 2019, vol. 15, issue 4, 1-54.

Batini, N., Eyraud, L., and Weber, A. 2014. A Simple Method to Compute Fiscal Multipliers, IMF Working Paper 14/93, International Monetary Fund.

Bi, H. and Kumhof, M. 2011. Jointly optimal monetary and fiscal policy rules under liquidity constraints, Journal of Macroeconomics 33(3), 373-389.

Coenen, G., Erceg, C. J., Freedman, C., Furceri, D., Kumhof, M., Lalonde, R., Laxton, D., Linde, J., Mourougane, A., Muir, D., Mursula, S., de Resende, C., Roberts, J., Roeger, W., Snudden, S., Trabandt, M. and in't Veld, J. 2012. Effects of Fiscal Stimulus in Structural Models, American Economic Journal: Macroeconomics 4(1), 22-68.

Corsetti, G., A. Meier and G. Muller. 2012. What Determines Government Spending Multipliers? Economic Policy.

De Grauwe p and Ji, Y. 2019. Rethinking fiscal policy choices in the euro area. VOX. CEPR Policy Portal. https://voxeu.org/article/rethinking-fiscal-policy-choices-euro-area

European Fiscal Board. 2019. Assessment of the fiscal stance appropriate for the euro area in 2020.

Europäische Kommission. 2018. The 2018 Ageing Report: Economic and Budgetary Projections for the EU Member States (2016-2070). European Economy Institutional Paper 079.

Europäische Kommission. 2019. Fiscal Sustainability Report 2018. European Economy Institutional Paper 094.

ESZB. 2019. June 2019 Fiscal Policy Note. mimeo.

EZB. 2012. The role of fiscal multipliers in the current consolidation debate, Monthly Bulletin, December.

EZB. 2014. Fiscal multipliers and the timing of consolidation, Monthly Bulletin, April.

EZB. 2019a. Fiscal spillovers in a monetary union. ECB Economic Bulletin, January.

[19] Arnold (2011), Johansson (2008), Prammer (2011), IMF (2016), EZB (2016).

EZB. 2019b. Introductory statement Press Conference 24.10.2019. https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2019/html/ecb.is191024~78a5550bc1.en.html

Gechert, S. 2015. What fiscal policy is most effective? A meta-regression analysis, Oxford Economic Papers 67(3), 553-580.

Heller, P. 2005. Understanding Fiscal Space. IMF Policy Discussion Paper 05/4. International Monetary Fund, Washington, DC.

IMF. 2012. Fiscal Monitor. April 2012.

IMF. 2016. World Economic Outlook.

Johansson A, C. Heady, J. Arnold, B. Brys and L. Vartia. 2008. Tax and Economic Growth. OECD Economics Department Working Papers, No. 620, OECD Publishing.

Lagarde, C. 2019. The future of the euro area economy. https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2019/html/ecb.sp191122~0c1f115db0.en.html

Prammer, D. 2011. Quality of taxation and the crisis: Tax shifts from a growth perspective. Taxation Papers 29, Directorate General Taxation and Customs Union, European Commission.

Prammer, D. and Reiss, L. 2018. How to increase fiscal stabilization at the euro area level? Monetary Policy & the Economy Q2/18, S. 111-131.

Neue Europäische Kommission: wirtschafts- und finanzpolitische Ausrichtung [20]

Die neue Europäische Kommission

Am 16. Juli 2019 wurde **Ursula von der Leyen** vom Europäischen Parlament zur **Präsidentin der Europäischen Kommission** gewählt.[21] Am 27. November hat das Europäische Parlament über das Team der künftigen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit einer breiten Mehrheit abgestimmt, sodass von der Leyen am 1. Dezember die Amtsgeschäfte von Jean-Claude Juncker übernehmen wird.

In *„Eine Union, die mehr erreichen will"*[22] erklärt Ursula von der Leyen die politischen Leitlinien für die künftige Europäische Kommission: *„Meine Kommission wird eine geopolitische Kommission sein, die sich für eine nachhaltige Politik einsetzt."*

Dreh- und Angelpunkt ist die Notwendigkeit, auf den **Klimawandel** sowie auf die **technologischen und demografischen Entwicklungen** zu reagieren: *„If we do it right, Europe will be the leader in climate friendly funding models, an exporter of green innovations and a role model for a social transition towards resource-efficient living, working and production."* [23]

Im Zentrum stehen u.a. die folgenden übergreifenden Themen unter der Leitung von drei exekutiven Vizepräsidenten:

- Europäischer „Green Deal" (Frans Timmermans)
- Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist (Margarethe Vestager)
- Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen (Valdis Dombrovskis)

Die **wirtschafts- und finanzpolitische Ausrichtung** spiegelt sich im Wesentlichen im **Ressort „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen"** des exekutiven Vizepräsidenten Valdis Dombrovskis[24] wider. Er ist gleichzeitig Kommissar für den Bereich **Finanzdienstleistungen**. Seinem Ressort unterstellt ist u.a. der Bereich **Wirtschaft** unter Kommissar Paolo Gentiloni[25].

Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen

[20] Autorin: Andrea Untersperger (Abteilung Repräsentanz Brüssel/Bilanzierung und Steuerangelegenheiten).

[21] Für eine neue Kommission (2019-2024): https://ec.europa.eu/commission/towards-new-commission_de

[22] Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf

[23] Europe address; Rede von Ursula von der Leyen am 10. November 2019: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_19_6248

[24] Mission Letter Valdis Dombrovskis: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/mission-letter-valdis-dombrovskis-2019_en.pdf

[25] Mission Letter Paolo Gentiloni: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/mission-letter-paolo-gentiloni_en.pdf

Dem Ressort „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen" obliegt die Leitung der Schaffung einer *„zukunftsbereiten Wirtschaft, die im Dienste der Menschen steht, und Stabilität, Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen fördert"*. Prioritär ist die **Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)**. Die wichtigsten übergreifenden Aufgaben des Ressorts in diesem Zusammenhang sind:

- **Nachhaltiger europäischer Investitionsplan** (Sustainable Europe Investment Plan), welcher eine Billion Euro für klimabezogene Investitionen bereitstellen soll. Dazu gehört die Umwandlung der Europäischen Investitionsbank[26] (European Investment Bank, EIB) in die Klimabank Europas (Europe's climate bank). Die Hälfte der Finanzierungen soll bis 2025 Klimainvestitionen gewidmet sein.
- **Stärkung der internationalen Rolle des Euro**: Stärkung der globalen Verwendung des Euro für Zahlungen, als Währungsreserve und Erhöhung von auf Euro lautenden Anleiheemissionen.
- **Langfristige Strategie für Europas industrielle Zukunft** (gemeinsam mit der geschäftsführenden Vizepräsidentin Margarethe Vestager, die für das Ressort *„Europa fit für das digitale Zeitalter"* zuständig ist). Darunter fällt auch die **Strategie für kleinere und mittlere Unternehmen, sogenannte KMU-Strategie** (Verbesserung des Zugangs zu Finanzierung).
- Koordination der Arbeiten zur **Unterstützung von Strukturreformen** in Mitgliedstaaten (Ziele: schnelleres integratives Wachstum und territoriale Kohäsion). Dazu gehört die Koordinierung der Arbeiten am **Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit**[27] (Budgetary Instrument for Convergence and Competitiveness, BICC).

Kommissar für Finanzdienstleistungen

Unter Dombrovskis Zuständigkeiten als Kommissar für Finanzdienstleistungen fallen insbesondere:

- **Vollendung der Bankenunion**[28]:
  - Gemeinsamer Backstop im Einheitlichen Abwicklungsfonds (als Teil der Überarbeitung des ESM-Vertrags; Einigung in Euro-Gruppe im Dezember 2019 erwartet).
  - Einigung auf ein Europäisches Einlagensicherungssystem (EDIS). Politische Beratungen sollen im Dezember 2019 aufgenommen werden.
- **Errichtung einer Kapitalmarktunion**:
  - Diversifikation von Finanzierungsquellen, Erleichterung grenzüberschreitender Investitionen, Harmonisierung von Insolvenz- und Steuerverfahren.
  - **High-Level Forum zur Kapitalmarktunion**[29] (eingerichtet November 2019): Ziel ist die Sicherstellung, dass Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen unter gleichen Bedingungen europaweit Zugang zu den Kapitalmärkten haben. Ende Mai 2020 sollen politische Empfehlungen vorgelegt werden.

[26] https://www.eib.org/de/

[27] Festlegung der Modalitäten für Steuerung, Finanzierung sowie Zuweisung und Anpassung erfolgte in der Euro-Gruppe am 9. Oktober 2019. https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2019/10/09/

[28] https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2019/11/07/

[29] https://ec.europa.eu/info/publications/cmu-high-level-forum_en

Die Expertengruppe (Leitung: Thomas Wieser) besteht aus drei Untergruppen:
  - Ökosystem zur Kapitalbeschaffung (besonderer Fokus auf KMUs)
  - Gesamteuropäische Kapitalmarktarchitektur
  - Beteiligung von Kleinanlegern und Diversifizierung Investorenbasis
- **Strategie Green Finance**[30]: Investitionen und Finanzierung für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft.
  - Regelungen zur Offenlegung und Klima-Benchmarks bereits beschlossen; aktuell wird an einem EU-Klassifikationssystem zur Definition von nachhaltigen wirtschaftlichen Aktivitäten (sogenannte Taxonomie) gearbeitet.
  - Vorbereitungen für „Green Finance"-Initiativen: könnten u.a. „grüne Hypothekarkredite" und Erweiterung von EU-Ecolabels auf Finanzprodukte umfassen.
  - Ausarbeitung von EU-Standards für grüne Anleihen („green bonds"): Unterstützung von lokalen und regionalen Behörden und KMUs zur Emission von Anleihen zur Beteiligung an nachhaltigen Projekten.
- **FinTech-Strategie**: Unterstützung neuer digitaler Technologien im Finanzsystem.
- Neuer ganzheitlicher Ansatz für die **Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung**[31]: bessere Durchsetzung von Rechtsvorschriften, bessere Aufsicht, Anpassung an Risiken aufgrund neuer Technologien.
- **Kryptowährungen**: Möglichkeiten nutzen und Risiken evaluieren.

Kommissar für Wirtschaft

Unter Gentilonis Zuständigkeiten als Kommissar für Wirtschaft fallen in Bezug auf die wirtschafts- und finanzpolitische Ausrichtung insbesondere folgende Aufgaben:

- **Europäisches Semester**: Neuausrichtung entsprechend den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und Koordinierung der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.
- Sicherstellung Anwendung **Stabilitäts- und Wachstumspakt**[32] und Nutzung der vollen Flexibilität zur Erreichung eines wachstumsfreundlichen finanzpolitischen Kurses und Förderung von Investitionen.
- Einführung des künftigen **InvestEU-Programms** und Sicherstellung des Beitrags zur Zielerreichung (Klimaneutralität, digitaler Wandel). Dazu gehört auch der nachhaltige europäische Investitionsplan.

---

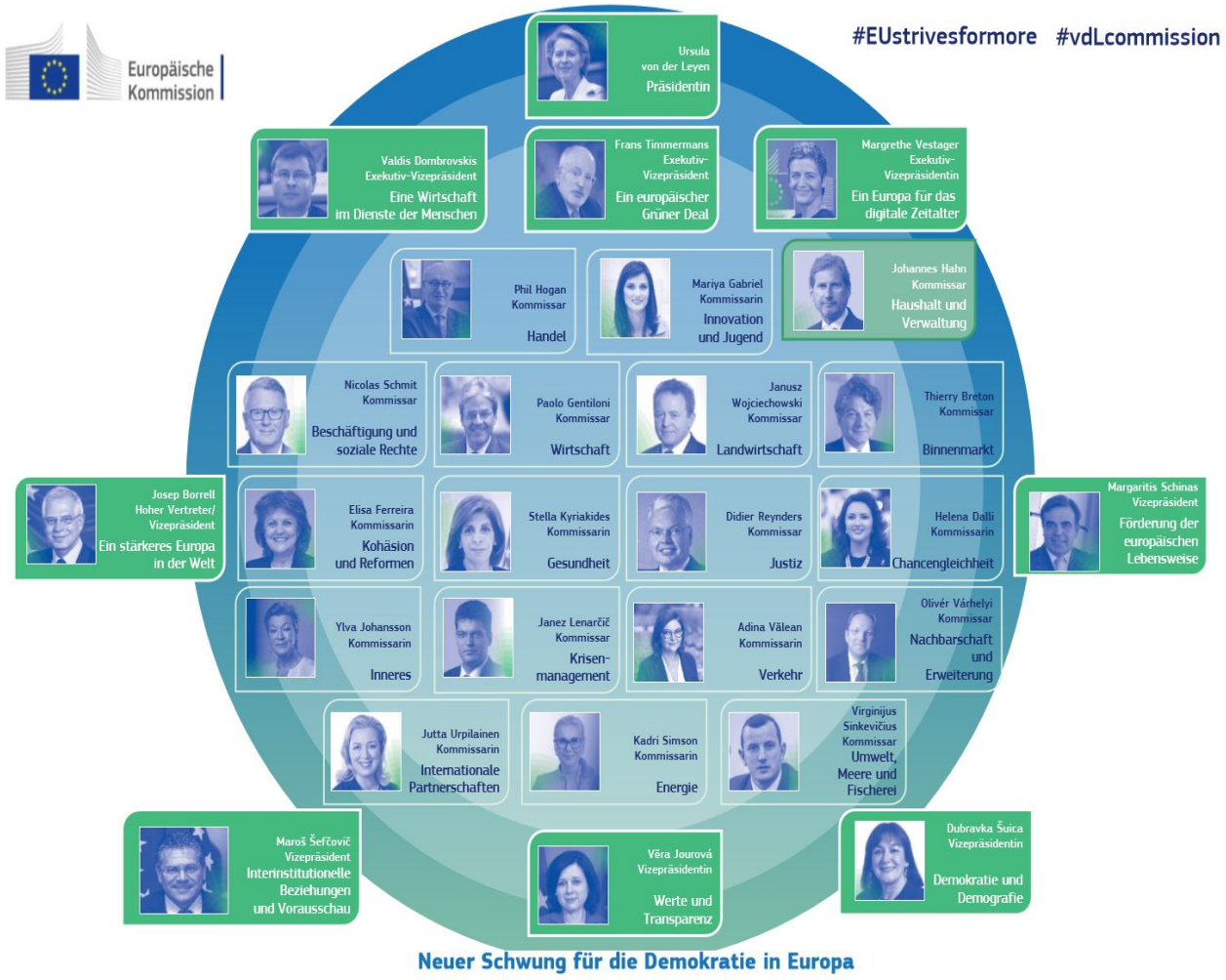
[30] Reeboting the Capital Markets Union; Rede von Vladis Dombrovskis am 6. November 2019
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_19_6229

[31] Wiederholt wird seitens der Europäischen Kommission öffentlich betont, dass die Übertragung von bestimmten Aufsichtsagenden auf und die Koordination durch eine EU-Behörde vorteilhaft wäre. Vgl. z.B. Rede von Vladis Dombrovskis am 12. November 2019
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_19_6285

[32] Im Rahmen der aktuell laufenden Überarbeitung der Fiskalregeln mit Fokus auf die Twopack- und Sixpack-Regelungen forderte die Kommission den Europäischen Fiskalausschuss zur Überprüfung der Regeln und Vorschlag zur Vereinfachung auf. Der Bericht wurde im September 2019 vorgelegt:
https://ec.europa.eu/info/publications/assessment-eu-fiscal-rules-focus-six-and-two-pack-legislation_en

Annex: Die neue Europäische Kommission im Überblick

Die neue Kommission unter Ursula von der Leyen hätte planmäßig ihre Arbeit am 1. November 2019 aufnehmen sollen. Aufgrund der Ablehnung von drei Kandidaten durch die zuständigen Ausschüsse im Europäische Parlament mussten die betroffenen Länder Ungarn, Frankreich und Rumänien Ersatzkandidaten nominieren. Die Billigung durch das gesamte Plenum des Europäischen Parlaments erfolgte am 27. November 2019[33], wodurch das neue Kollegium der Kommissare am 1. Dezember 2019 ins Amt tritt.



[33] https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20191121IPR67111/parlament-bestatigt-von-der-leyens-kommission

Genderdiversität im IWF und in anderen Finanzinstitutionen - Ein Vergleich mit der OeNB[34]

Der Frauenanteil in internationalen Finanzorganisationen (IFIs) und Zentralbanken bleibt weiterhin niedrig. Dies betrifft insbesondere die Anzahl von Frauen in Führungspositionen. In diesem Sinne haben sowohl die IWF Working Group on Gender Diversity (WGGD) als auch die EZB Berichte zum Thema Genderdiversität verfasst, worin die gegenwärtige Verteilung von Frauen im Personalstand sowie in den Führungspositionen beschrieben wird. Beide Institutionen schließen in Bezug auf Genderdiversität schlecht ab, vor allem in Bezug auf Aufstiegschancen, und dies besonders aufgrund von Elternschaft.

Der EZB-Bericht zeigt jedoch, dass die Einführung radikaler Maßnahmen zur Verbesserung der Genderdiversität im Jahre 2010 zu einer deutlichen Verbesserung in Hinblick auf Karrieremöglichkeiten für Frauen geführt hat. Die IWF WGGD schlägt ebenfalls Maßnahmen vor, die zusätzlich zur 2016 verabschiedeten Strategie zu einer stärkeren Vertretung von Frauen im Exekutivdirektorium und in den Büros der Exekutivdirektoren beitragen sollen. Nachdem die Besetzung vieler Positionen jedoch unterschiedlichen nationalen Auswahlverfahren obliegt (offene Auswahlverfahren oder Direktvergabe), kann nur schwer herausgefunden werden, ob Genderziele einen Einfluss auf diese Prozesse haben.

Die Anzahl von Frauen in den unterschiedlichen Entscheidungsgremien der EU-Notenbanken hat sich in den 15 Jahren kaum verändert und einen durchschnittlichen Wert von 20% nicht überschritten. Auch in der OeNB ist die Situation in den letzten Jahren weitgehend konstant geblieben und weist viel Verbesserungspotenzial auf. 2018 lag der Anteil von Frauen in den Fachkarrieren bei 38%. Bei den Führungspositionen liegt der Frauenanteil jedoch nur bei 28%, dieser Wert ist seit 2015 unverändert.

Genderdiversität im IWF: Bestandsaufnahme

Die Working Group on Gender Diversity (WGGD) des IWF legte dem Gouverneursrat Anfang Oktober 2019 einen Bericht zum Thema Genderdiversität im Exekutivdirektorium vor. Darin bekräftigen die Exekutivdirektoren die Dringlichkeit des Themas und betonen, dass die Herangehensweise an diese Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu einer besseren Entscheidungsfindung führen würde. Auch die IWF-Mitglieder sowie das International Monetary and Financial Committee (IMFC) haben dieses Thema mehrfach beleuchtet. Genauer werden die folgenden Vorteile von Genderdiversität hervorgehoben:

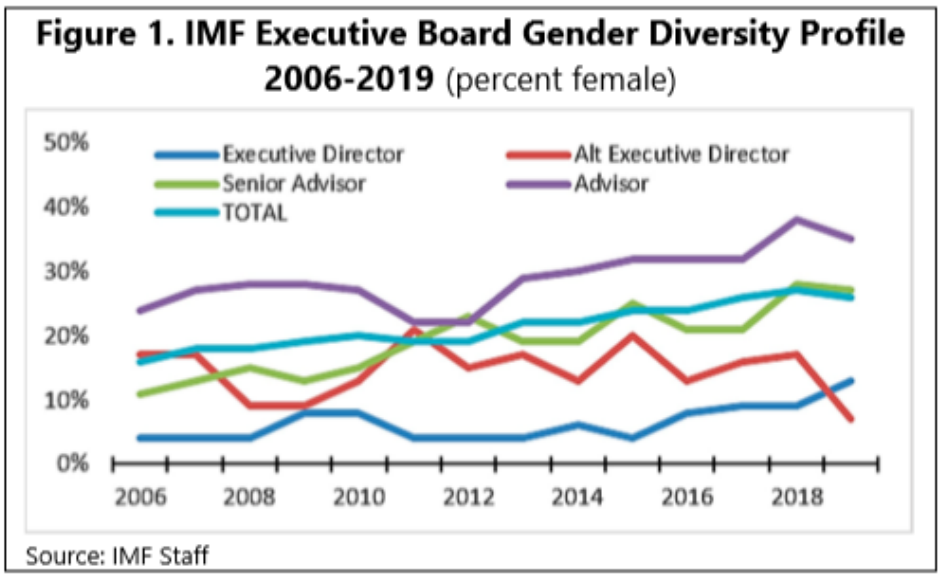
- Bessere Entscheidungsfindung durch breitere Perspektive, unterschiedliche Fähigkeiten und Erfahrungen;
- Bessere finanzielle Ergebnisse, geringere Risiken und stärkere Resilienz (basierend auf IWF-Studien);
- Niedrigeres Konfliktpotenzial, Konzentration auf Transparenz und Ethik und ein stärkerer Sinn für Unternehmensverantwortung.

Der Bericht beschreibt die gegenwärtige Verteilung von Frauen im Exekutivdirektorium. Im Durschnitt waren zwischen 2014 und 2019 lediglich zwei von 24 Exekutivdirektoren (EDs) und vier von 31 Stellvertretende Exekutivdirektoren (Alternate Executive Directors, AEDs) Frauen. Auch die Anzahl von weiblichen Senior Advisors und Advisors befand sich mit respektive 24% und 33% unter den 2016 beschlossenen Zielwerten, bis 2020 35-45 % der Senior Advisor

[34] Autorin: Alice Radzyner (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen).

Positionen und 40-50% der Advisor-Positionen sollen mit Frauen besetzt werden[35]. In den letzten 14 Jahren ist zwar die Gesamtanzahl von Frauen im Board gestiegen, allerdings betrifft diese Entwicklung vor allem die Anzahl von Frauen in den Senior Advisor- und Advisor-Funktionen. Der Anteil von weiblichen AEDs ist im Vergleich zum 2017 veröffentlichten Bericht gesunken.

Genderdiversität im IWF Exekutivdirektorium: Entwicklung 2006-2019



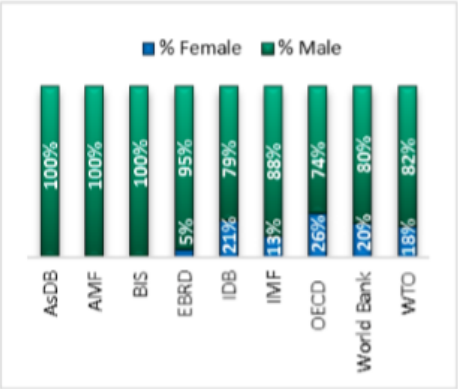
Genderdiversität in anderen Internationalen Finanzinstitutionen

Der Bericht des IWF-WGGD vergleicht außerdem die Genderdiversität im IWF-Exekutivdirektorium mit anderen internationalen Finanzinstitutionen (IFIs). Die Grafiken zeigen, dass die meisten IFIs nicht besonders gut abschneiden, der IWF aber besonders schlecht in Bezug auf Genderdiversität in Entscheidungsgremien aufgestellt ist. Im Vergleich zu Zentralbanken ist der Unterschied am größten. Hinsichtlich des privaten Sektors ist die Situation nicht viel besser. Die Frauenquote ist dort zwar immer noch niedrig, aber immer noch deutlich höher als im IWF.

[35] IMF WGGD, 2019 Report Working Group on Gender Diversity at the Executive Board, EBAP/19/86, 2019,S.2

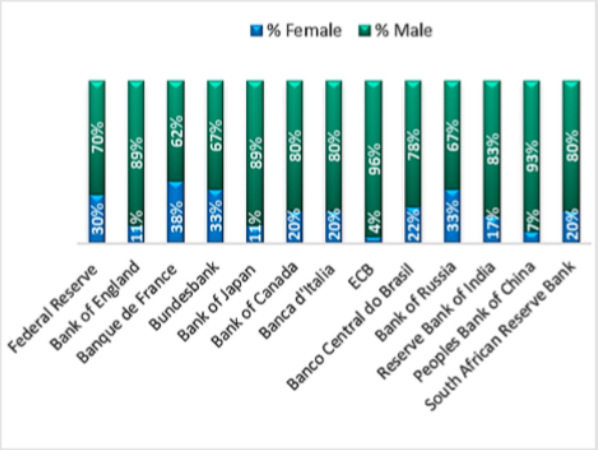
Genderdiversität in IFI Entscheidungsgremien, EZB sowie Zentralbanken[36]

Figure 2. Gender Diversity Profiles of IFI Boards



Sources: Data was provided by the WTO. All other data taken from publicly-available data published on the websites of each organization.
Note: Data as of July,2019.

Figure 3. Gender Diversity in the G7 Central Banks, ECB, and BRICS



Source: All information is taken from publicly-available data published on the websites of each central bank, as of August 2019. The data was validated by the Offices of Executive Directors.
Note: The information refers to the central banks' monetary policy decision-making bodies, except for the Bundesbank (Executive Board), Banca d'Italia (Directorate), and Banque de France (General Council).

Auch die EZB hat im April 2019 einen Bericht zu diesem Thema herausgegeben[37]. Der Bericht analysiert u.a. die Unterschiede in den Gehaltsentwicklungen zwischen Frauen und Männern und zeigt, dass auch hier höhere Positionen weniger wahrscheinlich von Frauen als von Männern besetzt sind. So liegt in den Gehaltsschemata F/G (economist, senior economist) der Anteil von Frauen bei 31,6%, im Gehaltsschema H (principal economist) bei 24,2% und im Gehaltsschema I (advisor) bei 16,8%[38]. Während die Ausgangssituation (Alter, Berufserfahrung) zum Zeitpunkt des Einstiegs in die EZB bei Männern und Frauen sehr ähnlich ist, ist schon nach wenigen Berufsjahren ein Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu konstatieren. Der Bericht zeigt auch, dass Frauen weniger dazu tendieren sich für höhere Positionen zu bewerben. Im Falle eines beruflichen Aufstiegs schließen Frauen in weiterer Folge bei Gehaltserhöhungen sogar besser ab als Männer. Einer der wichtigsten Treiber für diese Entwicklung ist Elternschaft. Tatsächlich ist das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ohne Kinder geringer als jenes zwischen Männern und Frauen mit Kindern.

Genderdiversität in Zentralbanken: Das Beispiel der OeNB

Im Jahr 2018 wurden lediglich 11 (6%) von 173 Notenbanken von Frauen geführt. Unter Berücksichtigung von Vizegouverneurinnen steigt diese Statistik laut dem 2018 OMFIF Gender

[36] N.B.: AsDB = Asian Development Bank; AMF = Asian Monetary Fund; BIS = Bank of international Settlement; EBRD = European Bank of Reconstruction and Development; IDB = Islamic Development Bank; OECD = Organisation for Economic Cooperation and Development;IMF = International Monetary Fund; WTO = World Trade Organization.

[37] Hospido, Laeven, Lamo. The gender promotion gap: evidence from central banking. ECB Working Paper Series. No 2265 April 2019.

[38] Die Analyse bezieht sich auf die Gehaltsschemata F/G, H und I. Gehaltsschema F: economist; G: senior economist; H: principal economist, I: advisor.

Balance Index Bericht auf etwas über 30%. Die Anzahl von Frauen in den unterschiedlichen Entscheidungsgremien der EU-Notenbanken hat sich in den 15 Jahren laut einer Studie der Banque de France kaum verändert und den Wert von 20% nicht überschritten[39].

In der OeNB ist die Situation in den letzten Jahren weitgehend konstant geblieben und weist Verbesserungspotenzial auf. Der Frauenanteil am Personalstand liegt bei ca. 39%. Im Jahr 2018 lag der Anteil von Frauen in der Fachkarriere bei 37,9% (im Jahr 2017 bei 33,1%, 2015 ebenfalls bei 37%), für das Jahr 2019 liegt die Prognose bei 36%[40]. In den Führungspositionen beträgt der Anteil von Frauen nur 28% und ist seit 2015 unverändert[41].

Laut einer Information des Gleichbehandlungsteams der OeNB konnte das Bewusstsein im Haus sichtbar erhöht werden. Dies spiegelt sich im deutlichen Anstieg weiblicher Bewerbungsquoten und deren Präsenz in internen und externen Recruiting-Prozessen wider. U.a. aufgrund zunehmend technischer Berufsrollen konnte der Frauenanteil in der Grundgesamtheit bis dato noch nicht weiter angehoben werden und liegt relativ konstant bei 39%. Diese strukturelle Problematik macht es nicht leichter, das Ziel einer 50-prozentigen Frauenquote in den hierarchischen Ebenen zu erreichen und erfordert daher umso konkretere Maßnahmen. So richten sich gezielte Maßnahmen im externen Recruiting insbesondere an Frauen in technisch-mathematischen Studienrichtungen.

Maßnahmen zur Verbesserung von Genderdiversität in Internationalen Finanzinstitutionen

2016 wurde im IWF eine Strategie zur stärkeren Vertretung von Frauen im Exekutivdirektorium und in den Büros der Exekutivdirektoren (OED) verabschiedet. Diese setzt dem IWF u.a. das Ziel, bis 2020 35-45 % der Senior Advisor- und 40-50% der Advisor-Positionen mit Frauen zu besetzen. Da diese Positionen jedoch von Land zu Land auf unterschiedliche Weise vergeben werden (offene Auswahlverfahren oder Direktvergabe), kann nur schwer herausgefunden werden, ob Genderziele einen Einfluss auf diese Prozesse haben. Darüber hinaus wurde die bereits schon erwähnte Arbeitsgruppe WGGD gegründet, die sich aus sieben Exekutivdirektoren zusammensetzt. Diese empfiehlt einige Maßnahmen, basierend auf den Ergebnissen des vorliegenden Berichts, wie zum Beispiel:

- Alle EDs sollen die Wichtigkeit von Genderdiversität gegenüber ihren Behörden sowie innerhalb ihrer Stimmrechtsgruppen betonen;
- Informationsmaterial verteilen, um die Dringlichkeit des Themas zu unterstreichen;
- Im Exekutivdirektorium die Aufmerksamkeit auf das Thema lenken;
- Das Thema auch bei den Frühjahrestagungen und Jahrestagungen auf die Agenden der Constituency-Meetings setzen, und in offenen Events (besonders in jenen, wo die Zivilgesellschaft auch eingeladen ist) anbringen.

Die EZB hat 2010 radikale Maßnahmen eingeführt, um die Genderdiversität im eigenen Stab zu stärken. Diese Maßnahmen können in vier grobe Kategorien eingeteilt werden: (i) weibliche

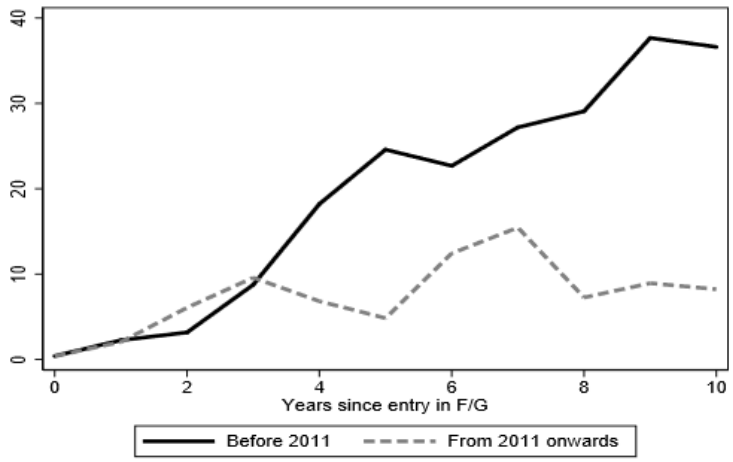
[39] Istrefi, K., Sestieri, G. Central banking at the top: it's a man's world, Banque de France.

[40] Information des Gleichbehandlungs-Teams der OeNB.

[41] OeNB. Geschäftsbericht 2018. Mit Wissensbilanz und Umwelterklärung. Nachhaltigkeitsbericht 2018.

Bewerberinnen bei gleicher Qualifikation bevorzugen, (ii) Intern die Pipeline für weibliche Bewerberinnen verbessern, (iii) die „work-life-balance“ vereinfachen und (iv) die Verantwortung und Verpflichtung (commitment) intern stärken. Im „diversity plan“ der EZB wurden auch konkrete Zielwerte vereinbart; genauer sollen bis Ende 2019 35% Frauen in Management-Positionen und 28% Frauen in Senior Management Positionen arbeiten. Darüber hinaus hat die EZB 2013 eine Regel eingefügt, wonach mehr Frauen in den Auswahlkomitees vertreten sein sollen. Außerdem stellt die EZB seit Ende 2014 Mentoren zur Verfügung, die jüngere Mitarbeiterinnen beraten und coachen sollen, um sie auf Führungspositionen vorzubereiten. Die Grafik (Figure 4) zeigt, dass vor der Einführung dieser Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit in ein höheres Gehaltsschema aufzusteigen für Frauen weit niedriger war als für Männer. Tatsächlich war der „gender gap“ in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit mit den Berufsjahren in den Gehaltsschemata aufzusteigen vor 2011 (schwarze Linie) noch weit höher als nach 2011 (gestrichelte Linie). Vor 2011 lag der “gender promotion gap” zehn Jahre nach dem Berufseinstieg bei über 36%; nach 2011 war er in Schnitt um 80% kleiner und lag nur mehr bei 8%.

Figure 4: Gender gap in the probability of promotion from salary band F/G, % (before 2011 and from 2011 onwards)



Notes: Gender gap on the average annual probability of promotion (moving from salary band F/G to H or I) since entry in F/G before 2011 and from 2011 onwards.

Quelle: Hospido, Laeven, Lamo, 2019

In der OeNB wurde gemäß Bundesgleichbehandlungsgesetz (B-GlBG) seitens des Direktoriums per 1.1.2016 der erste offizielle Frauenförderungsplan der OeNB mit der Wirkungsdauer 2016 bis 2021 in Kraft gesetzt. Als quantitative Zielvorgabe wurde darin beschlossen, den Frauenanteil in der Grundgesamtheit sowie in allen relevanten Gruppen und Ebenen ausgehend vom Vorjahresniveau jeweils um einen Prozentpunkt pro Jahr zu erhöhen. Gesetzlich verankertes Monitoring und ggf. daraus resultierende Anpassungen im Frauenförderungsplan erfolgen im 2-Jahresrhythmus und damit wieder im Q1/2020.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Oktober bis 12. Dezember 2019[42]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
16./17. Oktober 2019	ER	Schwerpunkte • Mehrjähriger Finanzrahmen (2021 – 2027): Es fand ein Meinungsaustausch zu den Schlüsselthemen des kommenden Mehrjährigen Finanzrahmens über die Gesamthöhe, das Volumen für die wichtigsten Politikbereiche, die Finanzierung, inklusive Einnahmen und Korrekturen, sowie über Auflagen und Anreize statt. Der finnische Vorsitz wurde aufgerufen, im Vorfeld des nächsten Europäischen Rates im Dezember, die Verhandlungsbox mit Zahlenangaben vorzulegen. • Der nächste institutionelle Zyklus: Im Plenum des Europäischen Parlaments wurden alle 26 nominierten Kommissarinnen und Kommissare bestätigt. Damit kann die Europäische Kommission, mit einem Monat Verspätung, am 1. Dezember die Arbeit aufnehmen. Österreich ist in der neuen Kommission zum dritten Mal durch Johannes Hahn (ÖVP) vertreten. Der Frauenanteil der neuen Europäischen Kommission beträgt 44 Prozent. • Sobald das EP seine Zustimmung erteilt hat, wird der ER auf der Basis des Art. 17(7) EUV die Kommission formell ernennen. Es wird erwartet, dass die neue Kommission ihr Arbeitsprogramm kurz nach der offiziellen Amtsübernahme vorlegt. Der ER führte mit der designierten EK-Präsidentin Ursula von der Leyen einen Gedankenaustausch über den Beitrag der Kommission zur Umsetzung der im Juni vom Europäischen Rat angenommenen Strategischen Agenda. Christine Lagarde wurde durch den ER zur Präsidentin der EZB ernannt. • Klimawandel: Der ER begrüßte die Ergebnisse des UN-Klimagipfels vom 23. September 2019 und betonte, dass die EU weiterhin eine Führungsrolle bei einem sozial gerechten und fairen Übergang zu einer grünen Wirtschaft wahrnehmen soll. Der ER wird im Dezember seine Leitlinien für die langfristige Strategie der EU zum Klimawandel festlegen. • EU Erweiterung: Die Entscheidung über eine Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien wurde wegen mangelnder Einstimmigkeit auf den EU-Westbalkan-Gipfel im Mai 2020 vertagt.

[42] Autoren: Sylvia Gloggnitzer, Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

28. Oktober 2019	Rat	Der Europäische Rat beschließt eine weitere Verlängerung der Frist nach Artikel 50 EUV Die Staats- und Regierungschefs der EU haben die (dritte) Verschiebung des Brexits bis Ende Jänner im Einvernehmen mit dem Vereinigten Königreich endgültig beschlossen. Die Verlängerung gilt bis zum 31. Januar 2020. Wenn das Austrittsabkommen von beiden Parteien ratifiziert wurde, kann der Austritt auch früher (am 1. Dezember 2019 oder am 1. Januar 2020) erfolgen. Für die Dauer der Verlängerung bleibt das Vereinigte Königreich ein Mitgliedstaat mit allen Rechten und Pflichten gemäß den Verträgen und dem EU-Recht.
31. Oktober 2019	EZB	Sabine Lautenschläger legt ihre Funktion als EZB Direktoriumsmitglied vorzeitig zurück.
1. November 2019	EZB	Neue Präsidentin der Europäischen Zentralbank Christine Lagarde, die ehemalige geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds, tritt ihr Amt als Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) an. Sie wurde am 18. Oktober 2019 vom ER für eine Amtszeit von acht Jahren ernannt und folgt auf Mario Draghi, der dieses Amt vom 1. November 2011 bis zum 31. Oktober 2019 innehatte.
7. November	EK	Veröffentlichung der Herbstprognose der Europäischen Kommission Laut Einschätzung der EK wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums 2019 um 1,1 % und in den Jahren 2020 und 2021 um jeweils 1,2 % wachsen. Die EK erwartet ein geringeres Wirtschaftswachstum als zuletzt: Für die EU insgesamt wird für die Jahre 2019, 2020 und 2021 ein Wachstum von jeweils 1,4 % erwartet. Die EK stellt für Österreich allgemein eine Mäßigung („moderation") des Wachstums fest, wobei der Privatkonsum robust und der hauptsächliche Wachstumstreiber bleibt. Das reale BIP wird für 2019 mit 1,5 % und für 2020 und 2021 mit jeweils 1,4 % prognostiziert.
7. November 2019	Eurogruppe	Eurogruppe (19 MS) • EZB Direktorium: Die Eurogruppe unterstützte einstimmig die Kandidatur von Isabel Schnabel, die einzige Kandidatin für die Nachfolge von Sabine Lautenschläger. Christine Lagarde wurde als neue EZB-Präsidentin seitens der Finanzminister begrüßt. Eurogruppe inklusives Format (27 MS) • Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC): Mario Centeno (Präsident der Eurogruppe), informierte über den Stand der technischen Arbeiten zu BICC. Entsprechende Rechtsakte des neuen Haushaltsinstruments sind in Ausarbeitung und die Arbeiten an einem zwischenstaatlichen Abkommen schreiten voran. • ESM-Vertragsüberarbeitung: Mario Centeno präsentierte den aktuellen Stand der technischen Arbeiten im Rahmen der ESM-

		Reform. Der ESM-Leitfaden zu Vorsorgeinstrumenten und ein Kooperationsmemorandum zwischen der EK und dem ESM sind beinahe abgeschlossen. Das Gesamtpaket soll Ende 2019 verabschiedet werden. • Bankenunion: Die Finanzminister nahmen Kenntnis von den Fortschritten, die bei den Rechtsdokumenten im Zusammenhang mit dem Vertrag über ESM, insbesondere den Rechtstexten zur gemeinsamen Letztsicherung für die Bankenabwicklung und zu den vorsorglichen Instrumenten, erzielt wurden. Über das gesamte Paket soll noch im Dezember eine Einigung erzielt werden.
8. November 2019	ECOFIN-Rat	Schwerpunkte • Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen: Als Beitrag für die EU-Position zu der jährlich stattfindenden UN-Klimakonferenz verabschiedete der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen zur Frage der internationalen Klimafinanzierung. • Digitalsteuer: Der finnische Vorsitz berichtete über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Bis jetzt war eine EU-weite Lösung nicht in Sicht, deswegen arbeitet man an einer internationalen Regelung auf OECD-Ebene. Die OECD strebt eine politische Einigung zur Architektur der Reform bis Jänner 2020 an. • Stablecoins: Der finnische Vorsitz informierte die Finanzminister über den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Rates und der Kommission zu Stablecoins. Dieser Entwurf soll auf der Tagung des ECOFIN-Rats im Dezember vereinbart werden.
3. Dezember 2019	Eurogruppe	Schwerpunkte • Griechenland: Die Eurogruppe erörterte den Bericht der vierteljährlichen Prüfmission vom 12. November zur verstärkten Überwachung Griechenlands. Griechenland hatte die bis Mitte 2019 nötigen Reformschritte getätigt, daher werden die Finanzminister der Auszahlung (Anfang 2020) der 2. Tranche (EUR 767 Mio.) zustimmen können. • Zypern und Spanien: Die Europäische Kommission und die EZB informieren die Eurogruppe über Ergebnisse der 7. Mission in Zypern (September 2019) und der 12. Mission in Spanien (Oktober 2019). Zypern und Spanien weisen eine gute Wirtschaftslage auf, beide Mitgliedstaaten müssen sich aber bestehenden Ungleichgewichten und Schwächen des Finanzsektors widmen. • Bewertung der Budget-Entwürfe des Euroraums und der Mitgliedstaaten: Die Euroraum-Wachstumsaussichten sind positiv, aber abgeschwächt angesichts erhöhter Unsicherheiten. Bei weiterer Abschwächung seien Fiskalmaßnahmen nötig. Das aggregierte Euroraum-Defizit sinkt dank Niedrigzinsumfeld und geplanten Primärbudgetüberschüssen. Mitgliedstaaten, die ihre mittelfristigen Budgetziele (MTO) noch nicht erreichten,

		müssen Fiskalpuffer aufbauen. Einige Mitgliedstaaten sollten das Niedrigzinsumfeld zur Schuldenreduktion nutzen. Wesentlich ist die Wahrung der langfristigen Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen.
4. Dezember 2019	ECOFIN-Rat	Schwerpunkte • Klimapolitik: Der ECOFIN-Rat diskutierte aktuelle Aktivitäten im Kontext der UN-Klimakonferenz in Madrid (COP25). Es kam zur Annahme der Schlussfolgerungen zur Aktualisierung des EU-Rechtsrahmens für Energiebesteuerung, der zum Übergang zu einer klimaneutralen EU sowie den wirtschafts- und umweltpolitischen Zielen der EU beitragen soll. • Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung: Der ECOFIN-Rat nahm die Schlussfolgerungen zu den strategischen Prioritäten bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung an und ersuchte die Europäische Kommission, weitere Maßnahmen zur Verbesserung des bestehenden Rahmens zu explorieren. • „Stable Coins“: Beim ECOFIN-Rat wurde eine gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission zu „Stable Coins“, zu deren Nutzen und Risiken, angenommen. Einigkeit bestand darin, dass es zu keiner Zulassung von „Stable Coins“ in der EU, ohne Vorabklärung der rechtlichen, regulatorischen, aufsichtlichen Herausforderungen und Risiken, kommen wird. Die Europäische Kommission plant eine öffentliche Konsultation zu „Stable Coins“ noch bis Ende 2019. • Europäischen Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung: Annahme der Schlussfolgerungen zur Überprüfung der Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung, die damit stärker, flexibler, kohärenter, strategischer und responsiver hinsichtlich Klimawandel und Entwicklungsbedürfnissen gestaltet werden soll. • Vertiefung der Kapitalmarktunion: Beim ECOFIN-Rat wurden Schlussfolgerungen angenommen, die u.a. die folgenden Ziele für eine gestärkte Kapitalmarktunion skizzieren: Erleichterungen bei Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen, Steigerung grenzüberschreitender Kapitalflüsse sowie Sicherstellung ausreichender Kapitalmittel und Liquidität, Anreize zur Förderung von Investitionen in Kapitalmärkte bei hohem Gläubigerschutz und starkem Aufsichtsrahmen, Übergang zu nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen sowie Nutzung der Vorteile aus Digitalisierung und technologischem Fortschritt. • Stärkung der Bankenunion: Präsentation eines Fortschrittsberichts mit den Themen - Europäisches Einlagensicherungssystem (EDIS): Die Ad-Hoc-Working-Party (AHWP) zu EDIS diskutierte die Datensammlung zur Erarbeitung einer möglichen

		Methodologie zur Errechnung risikobasierter Beiträge. Es gab keine Einigung zu Fahrplan oder Struktur. - Umsetzung des Aktionsplans für den Abbau notleidender Kredite (NPLs) in Europa: Die EK präsentierte den Status quo der Umsetzung des Aktionsplans. Attestiert wurde ein insgesamter Rückgang von NPLs. In einigen Mitgliedstaaten müssen weiterhin Maßnahmen zum Abbau von NPLs erfolgen.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

18. Oktober 2019	IWF/IMFC	Künftige (finanzielle) Ressourcenausstattung des IWF Das International Monetary and Financial Committee (IMFC) hält die Höhe bzw. das Ausmaß der derzeitigen Ausstattung des IWF mit Finanzmitteln für angemessen. Das IMFC befürwortet demgemäß eine Verdopplung der Gesamtbetragshöhe der Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow, NAB) sowie den neuerlichen Abschluss bilateraler Kreditvereinbarungen mit dem IWF nach 2020. Ferner soll im Rahmen der kommenden 16. Allgemeinen Quotenrevision eine Abänderung der Quotenformel sowie eine Erhöhung der Gesamtquote des IWF beschlossen werden, die u.a. zu einer Erhöhung des relativen Anteils der Schwellenländer entsprechend den globalen wirtschaftlichen Entwicklungen führen soll.
19. Oktober 2019	IWF/IMFC	IMFC-Communiqué anlässlich der IWF/Weltbank-Jahrestagung Gemäß Communiqué des IMFC wird das globale Wachstum für das laufende Jahr voraussichtlich rund 3% betragen - damit würde seit Ausbruch der globalen Finanzkrise vor über zehn Jahren der geringste vergleichbare Wert erreicht werden. Ausschlaggebende Faktoren sind zahlreiche Risiken wie u.a. der Handelsstreit zwischen U.S. und China, der BREXIT bzw. die globale hohe Staatsverschuldung. Das IMFC empfiehlt in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine Ausweitung der staatlichen Investitionen und forderte verstärkt Strukturreformen, um für mehr Wirtschaftswachstum zu sorgen. Gleichzeitig müssten politische Unsicherheiten reduziert werden, Länder stärker international kooperieren sowie ein freier und fairer Handel gewährleistet werden. Bewusste Währungsabwertungen zur Erzielung von Wettbewerbsvorteilen sollten vermieden und Arbeiten an einer faireren Besteuerung internationaler Konzerne fortgesetzt werden.
5. November 2019	IWF	Inkrafttreten der Verlängerung der bilateralen Kreditlinien Nach bereits erfolgtem Beschluss im Exekutivdirektorium des IWF ist die Verlängerung der bilateralen Kreditlinien bis Ende 2020 durch die vollständig abgeschlossene Ratifizierung durch alle 40 Kreditgeberländer nunmehr in Kraft getreten. Der Gesamtbetrag der bilateralen Kreditlinien beträgt rd. 318 Mrd SZR (rd. 433 Mrd USD), der bilaterale Kreditbetrag Österreichs beläuft sich auf 6,13 Mrd. EUR. Mit der in Kraft getreten Verlängerung beträgt die Kreditvergabekapazität (lending capacity) des IWF bis Ende 2020 weiterhin unverändert rd. 1.000 Mrd USD.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 12. Dezember 2019

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,3	1,8	1,6	1,8	2,1	2,0	3,7	3,7	3,7	−6,7	−6,7	−6,7	110,8	113,6	116,7	−2,5	−2,5	−2,5
Japan	0,9	0,4	0,6	0,5	1,1	0,7	2,3	2,2	2,2	−2,9	−2,7	−2,4	236,8	237,3	236,3	3,5	3,5	3,3
China	6,1	5,8	5,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	0,8	0,7	0,6
Euroraum	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	7,6	7,4	7,3	−0,8	−0,9	−1,0	86,4	85,1	84,1	3,3	3,2	3,1
EU28	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5	1,7	6,3	6,2	6,2	−0,9	−1,1	−1,2	80,6	79,4	78,4	1,9	1,8	1,8
Österreich	1,5	1,4	1,4	1,5	1,6	1,6	4,6	4,6	4,6	0,4	0,2	0,4	69,9	67,2	64,6	2,2	2,1	2,2
Deutschland	0,4	1,0	1,0	1,3	1,2	1,4	3,2	3,4	3,5	1,2	0,6	0,2	59,2	56,8	55,0	7,0	6,8	6,4
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,4	1,8	2,0	2,2	3,8	4,0	4,1	−2,2	−2,4	−2,3	85,2	84,7	84,2	−4,3	−4,2	−4,2
Polen	4,1	3,3	3,3	2,2	2,6	2,5	3,5	3,6	3,5	−1,0	−0,2	−0,9	47,4	45,5	44,3	−0,4	−0,4	−0,1
Ungarn	4,6	2,8	2,8	3,4	3,1	3,0	3,4	3,4	3,4	−1,8	−1,0	−0,8	68,2	66,7	64,4	−1,2	−0,8	−0,7
Tschechische Republik	2,5	2,2	2,1	2,6	2,3	2,0	2,1	2,2	2,3	0,2	−0,1	−0,3	31,5	30,7	30,1	0,0	0,5	0,7

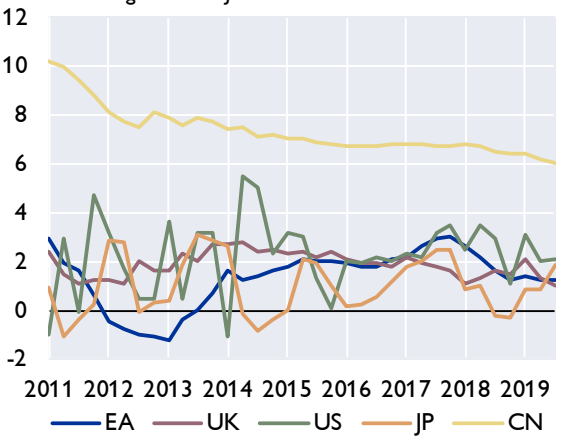
Quelle: Prognose der EK vom November 2019.

[1] *HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.*

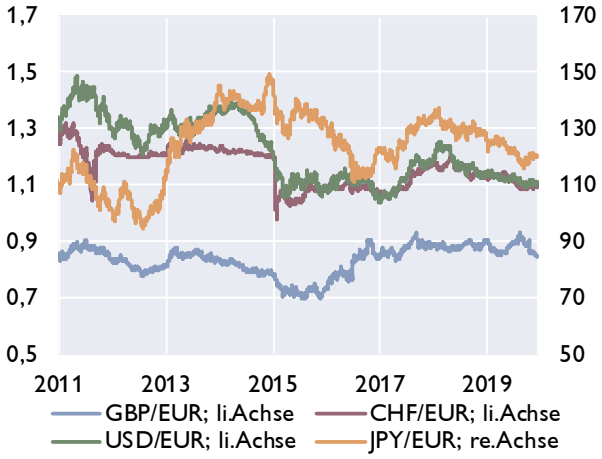
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

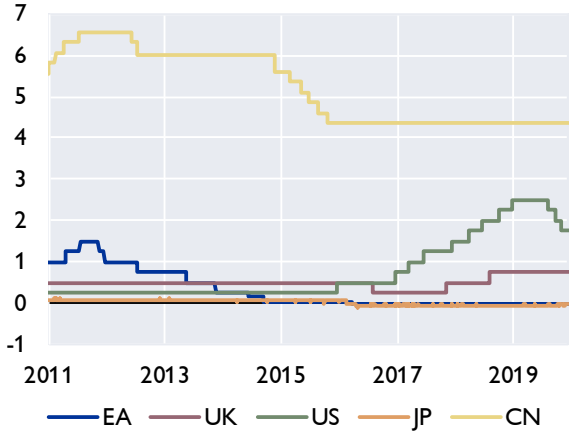


Wechselkurse zum Euro



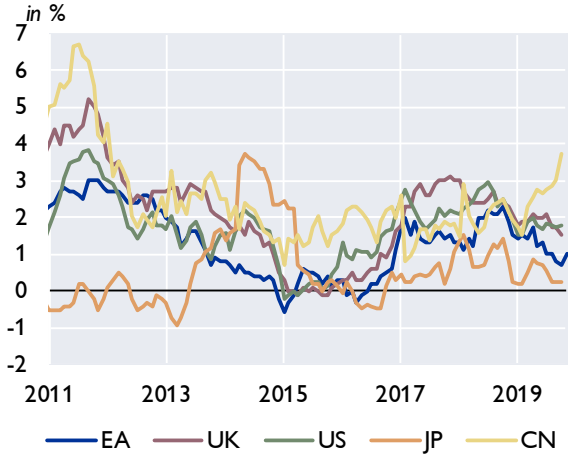
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



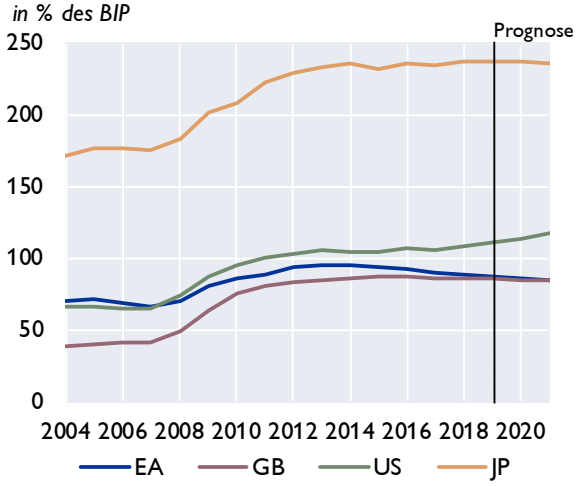
Verbraucherpreisindizes

in %



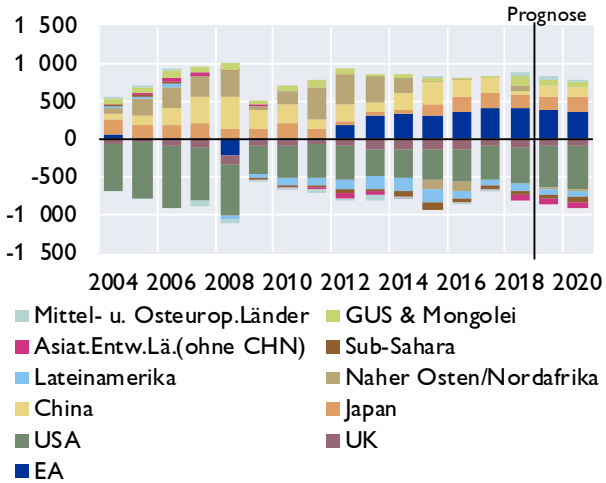
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

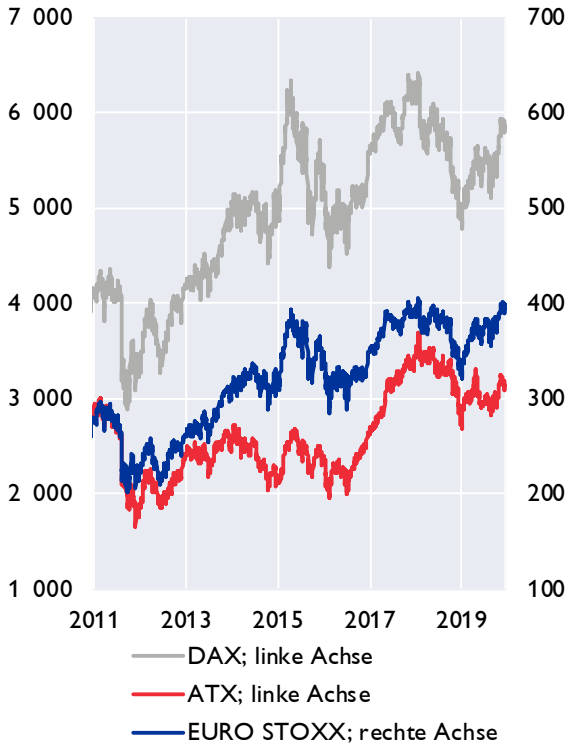


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK November 2019 und IWF WEO Oktober 2019.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

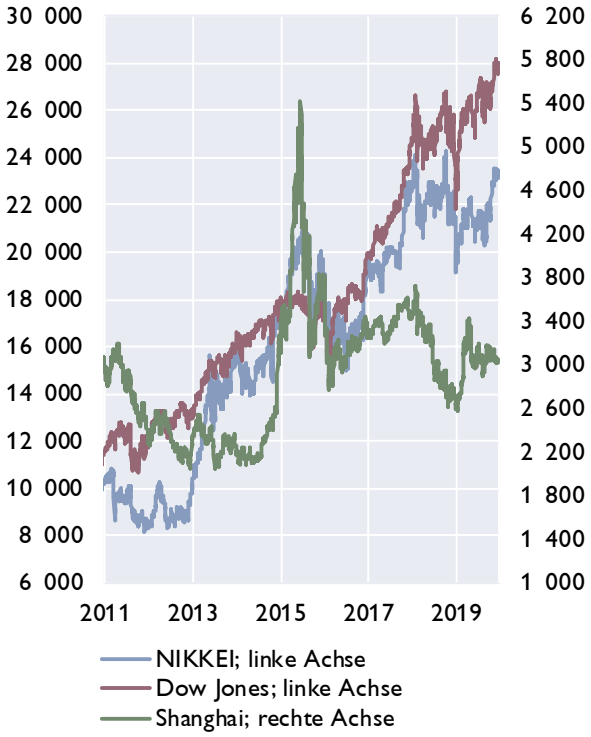
Aktienkurse - Europa

in Punkten



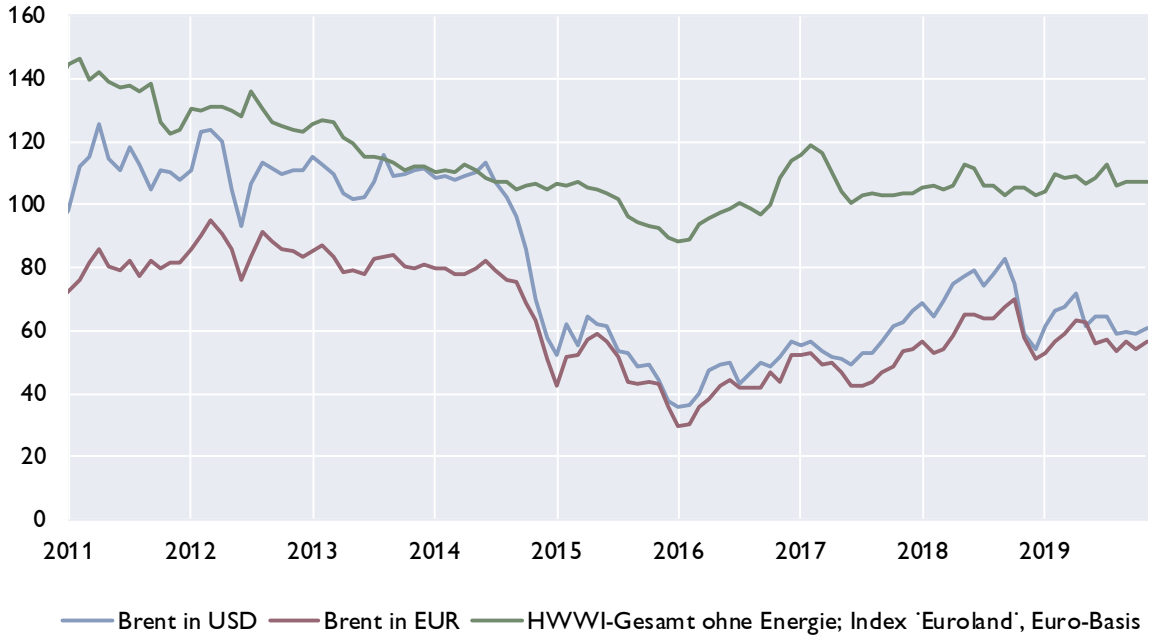
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem				OECD			IWF		EU-Kommission		
	Dezember 2019				November 2019			Oktober 2019		November 2019		
	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2019	2020	2019	2020	2021
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real	1,2	1,1	1,4	1,4	1,2	1,1	1,2	1,2	1,4	1,1	1,2	1,2
Privater Konsum, real	1,3	1,4	1,3	1,2	1,2	1,3	1,2	1,2	1,3	1,1	1,2	1,2
Öffentlicher Konsum, real	1,5	1,6	1,5	1,5	1,5	1,4	1,3	1,2	1,3	1,6	1,5	1,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,5	1,7	1,9	2,1	4,4	0,3	1,8	3,1	2,6	4,3	2,0	1,9
Exporte, real	2,3	1,9	2,5	2,6	×	×	×	2,2	2,9	2,4	2,1	2,3
Importe, real	3,1	2,5	2,8	2,8	×	×	×	2,6	3,3	3,2	2,6	2,7
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP Deflator	1,7	1,5	1,5	1,6	1,6	1,3	1,5	1,5	1,6	1,5	1,5	1,5
HVPI	1,2	1,1	1,4	1,6	1,2	1,1	1,4	1,2	1,4	1,2	1,2	1,3
Lohnstückkosten	2,0	1,5	1,4	1,4	2,4	1,8	1,6	2,4	1,1	2,0	1,4	1,4
	Veränderung zum Vorjahr in %											
Beschäftigte	1,1	0,6	0,5	0,4	1,0	0,5	0,5	0,9	0,5	1,1	0,5	0,5
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition											
Arbeitslosenquote	7,6	7,4	7,2	7,1	7,6	7,5	7,4	7,7	7,5	7,6	7,4	7,3
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	2,6	2,4	2,3	2,3	3,2	3,1	2,9	2,8	2,7	3,3	3,2	3,1
Öffentliches Defizit	−0,7	−0,9	−1,1	−1,1	−0,8	−0,9	−1,0	−0,9	−0,9	−0,8	−0,9	−1,0
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel	63,8	59,6	57,4	56,8	63,4	60,0	60,0	61,8	57,9	63,3	57,4	56,1
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,4	−0,4	−0,4	−0,3	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,6	−0,4	−0,5	−0,5
USD/EUR	1,1	1,1	1,1	1,1	1,12	1,11	1,11	1,12	1,12	1,12	1,11	1,11
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real USA	×	×	×	×	2,3	2,0	2,0	2,4	2,1	2,3	1,8	1,6
BIP, real Welt	2,7	2,9	3,1	3,1	2,9	2,9	3,0	3,0	3,4	2,9	3,0	3,1
Welthandel[1]	0,0	0,8	2,4	2,7	1,2	1,6	2,3	1,1	3,2	1,4	2,3	2,6

[1] *EZB: Welthandel (ohne Euroraum), EK: Welthandel (Weltimporte).*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2017	2018	2018 Q4	2019 Q1	2019 Q2	2019 Q3	2019 Q4	2019 Aug.	2019 Sept.	2019 Okt.	2019 Nov.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,5	1,8	1,9	1,4	1,4	1,0	..	1,0	0,8	0,7	..
Kerninflation	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	0,9	..	0,9	1,0	1,1	..
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,3	1,4	1,7	1,3	1,5	1,3	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	0,7	1,8	2,3	2,4	2,3	1,9	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,7	2,2	2,3	2,3	2,2	2,5	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,9	0,4	0,0	-0,1	-0,1	0,6	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	3,0	3,2	4,0	3,0	1,6	-0,6	..	-0,8	-1,2	-1,9	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	107,1	106,2	104,7	107,3	108,0	108,9	..	106,0	107,5	107,1	107,1
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	48,5	60,6	59,6	56,2	60,7	55,7	..	53,5	56,5	53,9	56,6
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	54,8	71,5	68,3	63,6	68,4	62,0	..	59,5	62,1	59,5	62,5
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	2,5	1,9	0,3	0,4	0,2	0,2	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,7	1,4	0,4	0,4	0,2	0,5	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,3	1,1	0,4	0,4	0,5	0,4	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,3	1,6	0,4	5,7	0,3	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,9	1,5	0,6	0,4	1,4	0,4	..	×	×	×	×
Nettoexporte	0,5	0,4	-0,1	0,3	-1,2	-0,1	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	0,2	0,0	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	241,4	195,1	47,7	41,5	57,0	57,0	..	14,3	18,7	..	..
Leistungsbilanz	350,4	357,7	81,2	91,4	70,7	77,7	..	28,5	28,2	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,1	3,1	2,8	3,1	2,4	2,6	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	110,1	111,2	108,8	106,0	104,1	102,5	..	103,1	101,7	100,8	101,3
Industrievertrauen (Saldo)	5,6	6,6	3,6	-0,5	-4,3	-7,3	..	-5,8	-8,9	-9,5	-9,2
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	57,4	55,0	51,7	49,1	47,7	46,4	..	47,0	45,7	45,9	46,9
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	103,2	103,1	102,0	99,6	98,4	95,0	..	94,3	94,7	94,7	95,0
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	2,9	0,9	-2,0	-0,5	-1,3	-2,1	..	-2,6	-1,9	..	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-5,4	-4,9	-6,4	-7,0	-7,0	-6,7	..	-7,1	-6,5	-7,6	-7,2
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	2,5	1,6	1,6	2,4	2,1	2,6	..	2,7	2,8	1,6	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	83,0	83,9	83,6	83,6	82,8	82,0	81,2	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	9,1	8,2	7,9	7,8	7,6	7,6	..	7,5	7,6	7,5	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,6	1,5	0,3	0,3	0,2	0,1	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	4,7	4,2	4,2	4,6	4,5	5,6	..	5,7	5,6	5,6	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	5,5	5,6	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	3,2	3,0	3,0	3,1	3,2	3,2	..	3,2	3,2	3,3	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,33	-0,32	-0,32	-0,31	-0,32	-0,40	..	-0,41	-0,42	-0,41	-0,40
10-Jahres Zinssatz (%)	1,17	1,27	1,39	1,11	0,80	0,17	..	0,10	0,05	0,14	0,31
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	1,50	1,59	1,71	1,42	1,12	0,57	..	0,51	0,47	0,55	0,71
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	102,1	115,3	129,0	133,4	114,3	114,5	..	112,8	119,7	120,2	109,7
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	377,0	375,2	348,6	353,1	372,9	374,4	..	363,6	379,7	382,8	398,4
Wechselkurs USD je EUR	1,13	1,18	1,14	1,14	1,12	1,11	..	1,11	1,10	1,11	1,11
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	96,6	98,9	98,5	97,4	97,3	97,7	..	98,1	97,4	97,4	96,7
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	91,4	93,4	93,0	91,7	91,4	91,4	..	91,9	91,1	90,8	90,2
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-0,9	-0,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	89,8	87,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

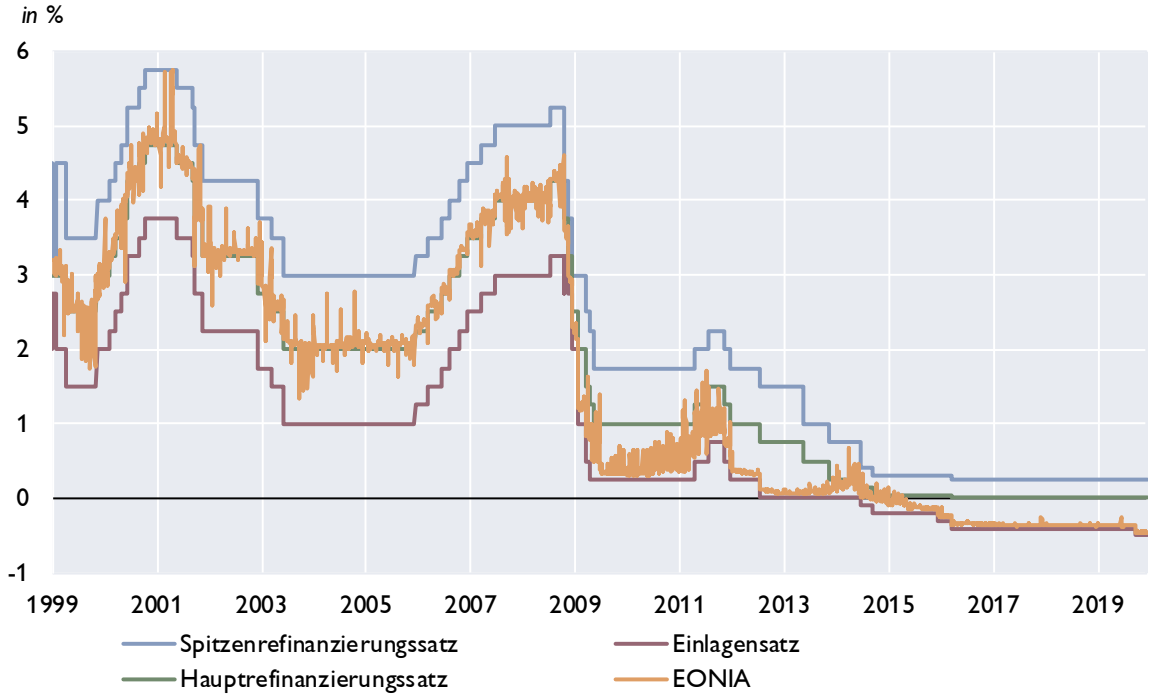
[1] ***ILO-Definition.***

[2] ***Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).***

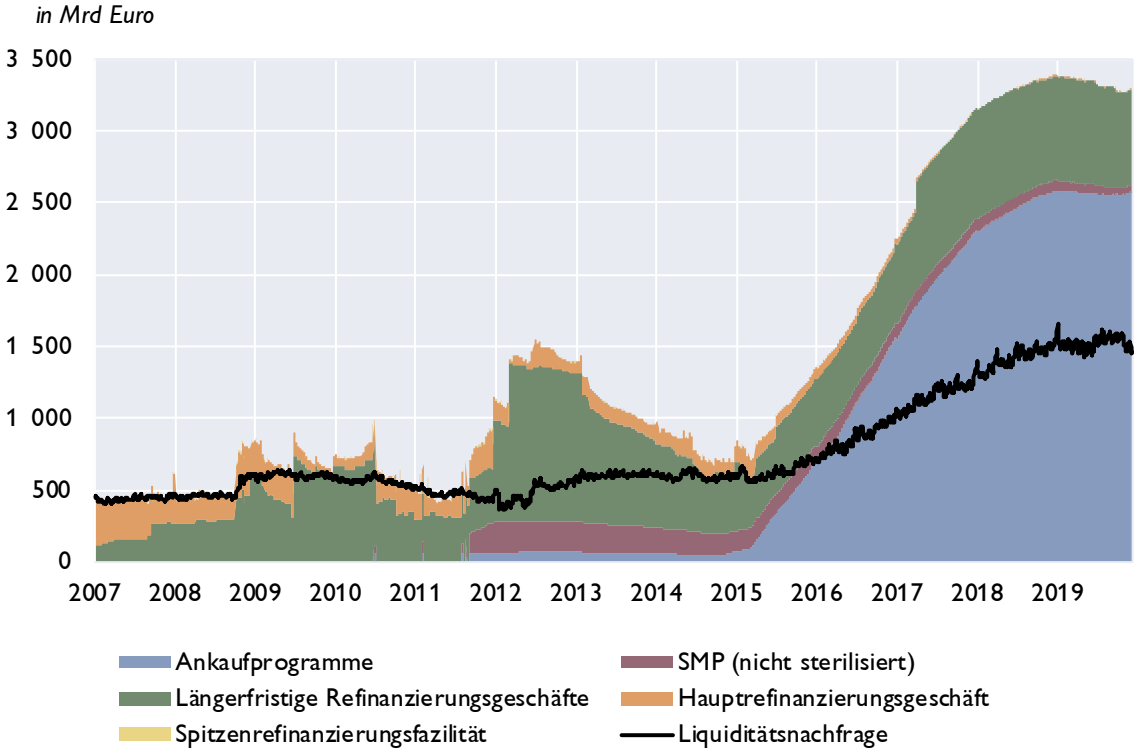
[3] ***Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).***

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und EONIA



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

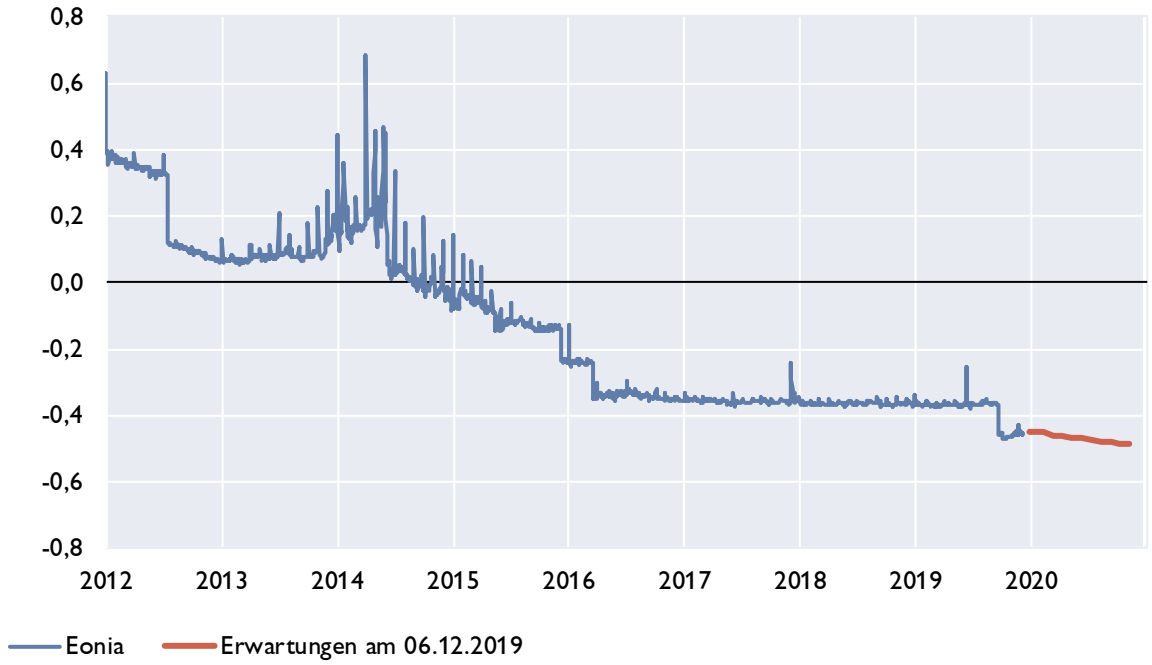


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

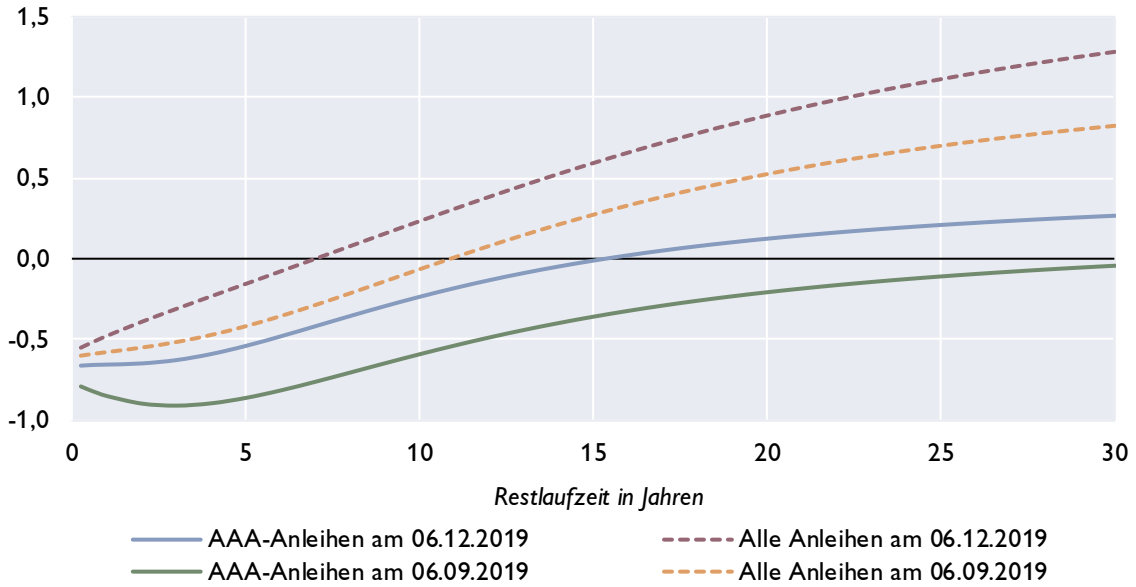
Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Euro Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

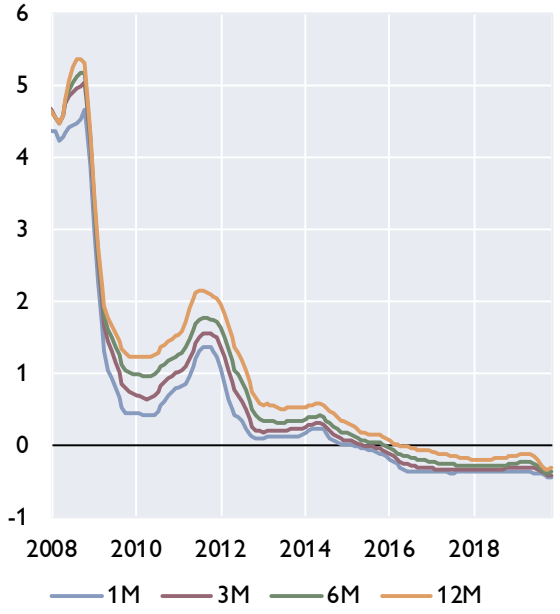


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

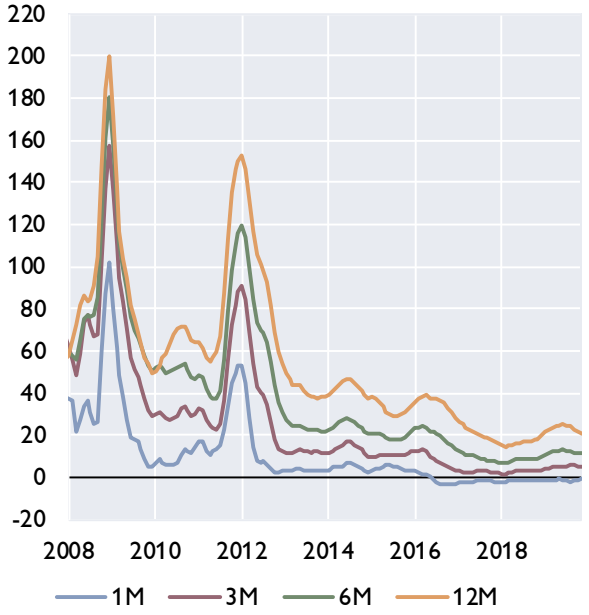
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



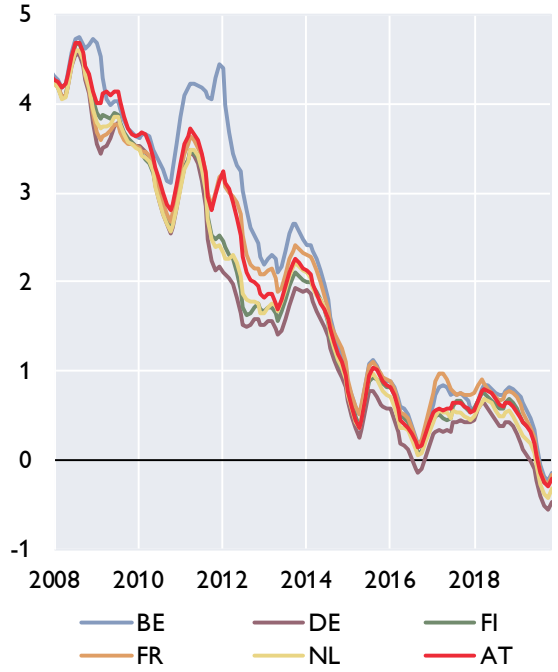
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



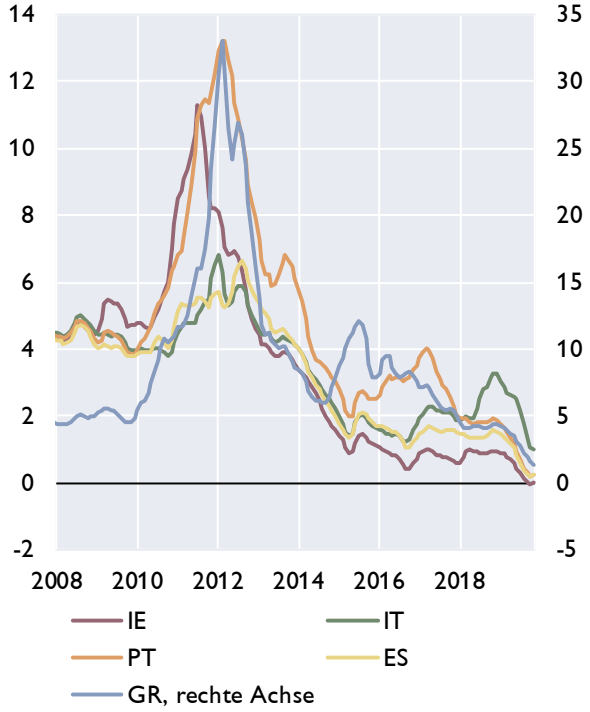
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

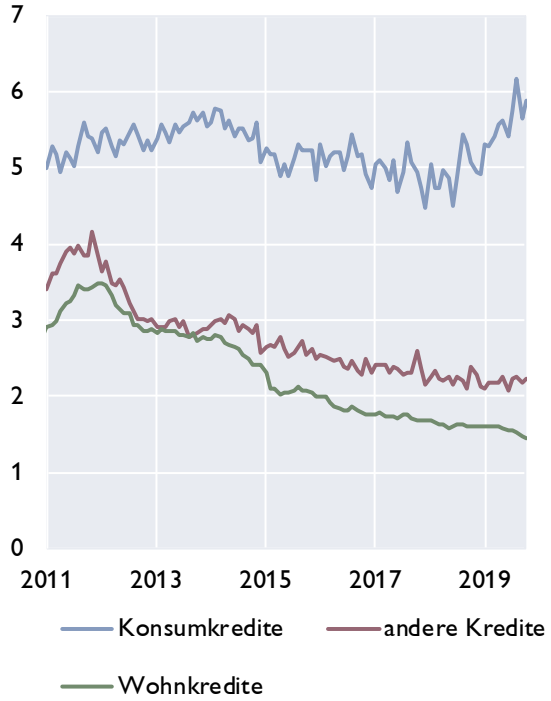


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

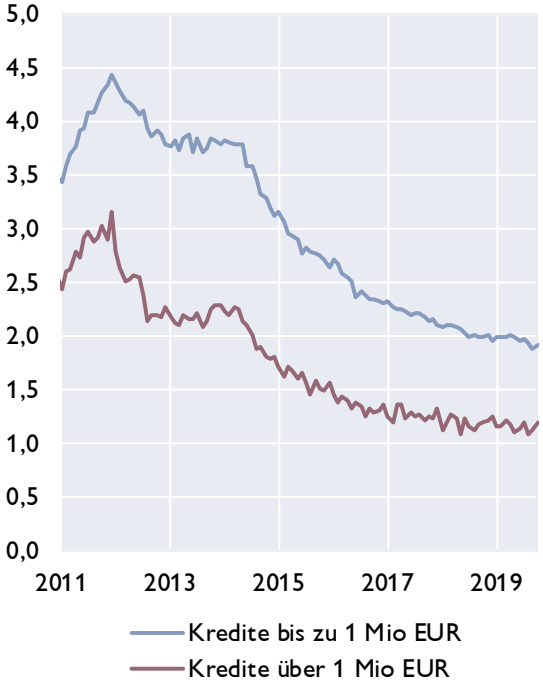
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



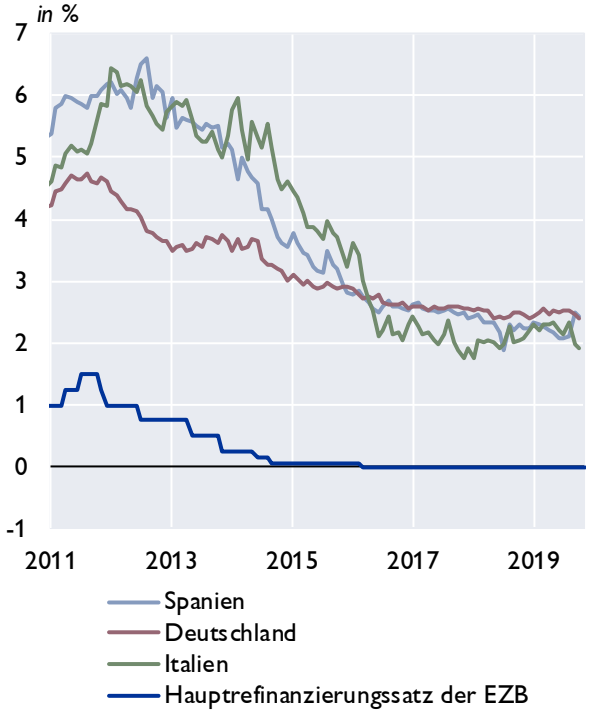
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



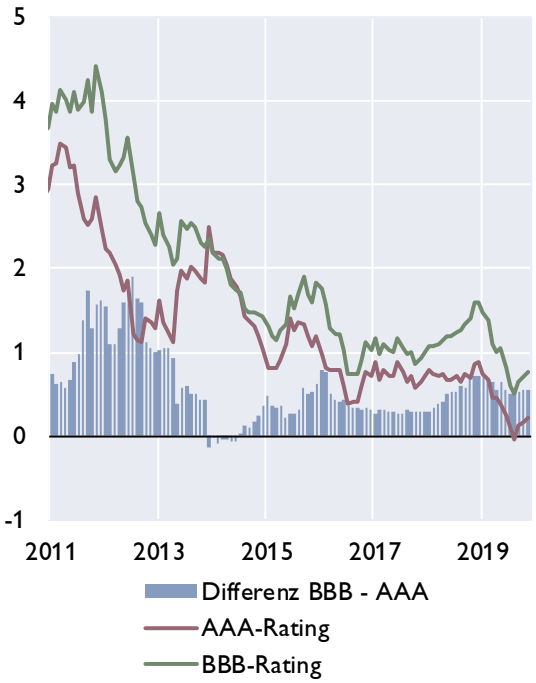
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

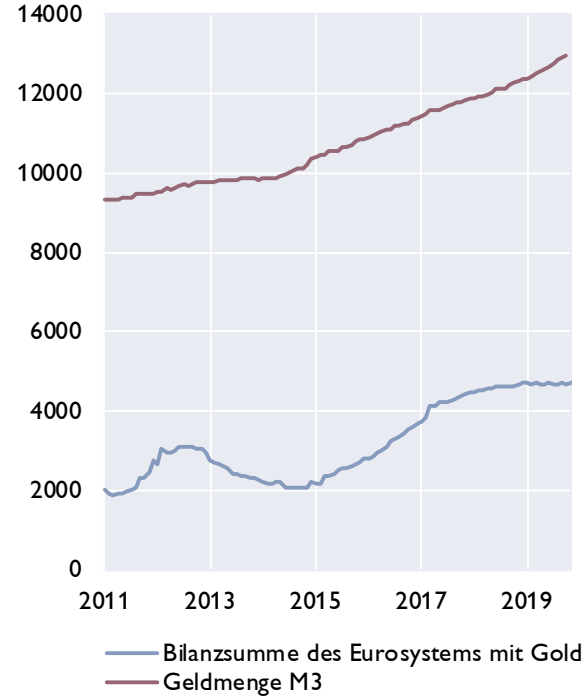


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

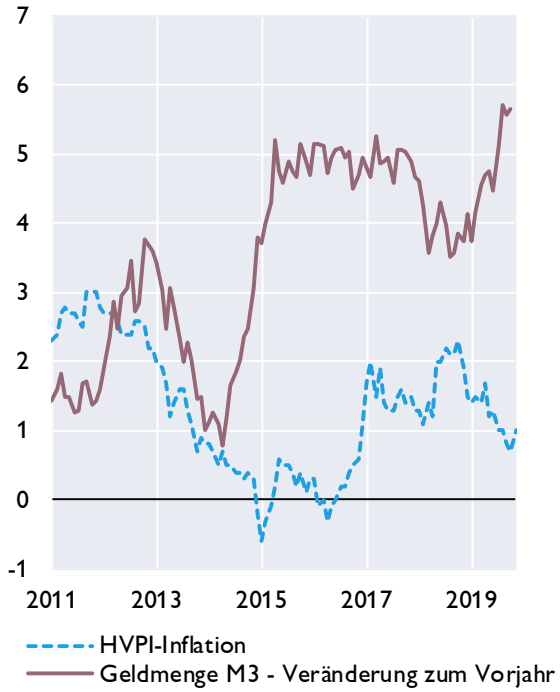
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



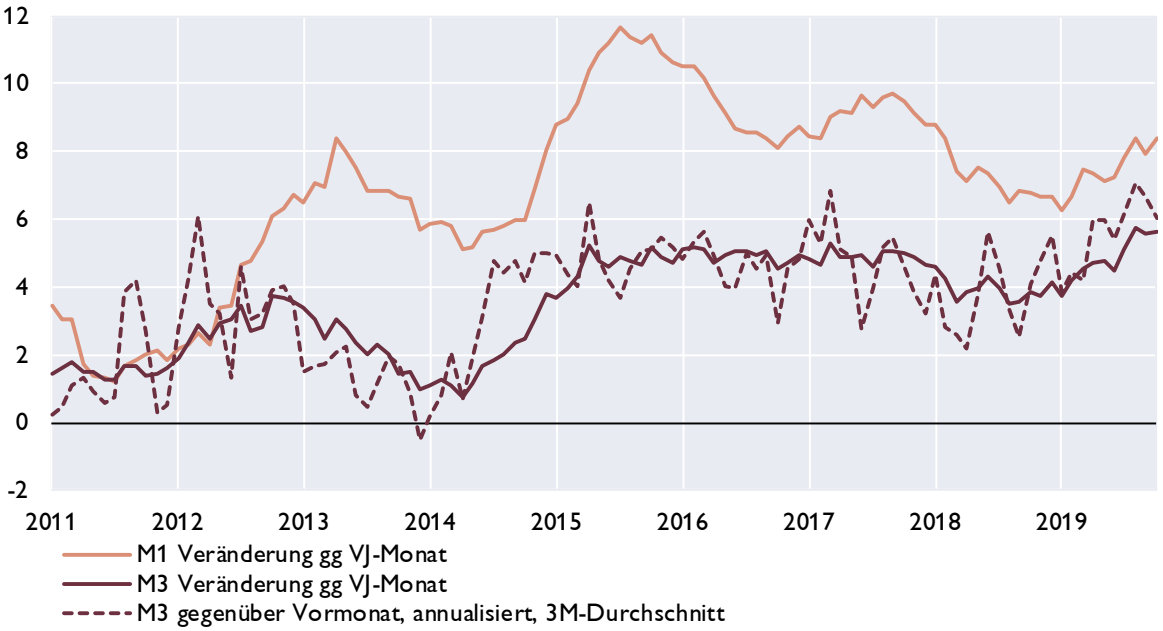
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

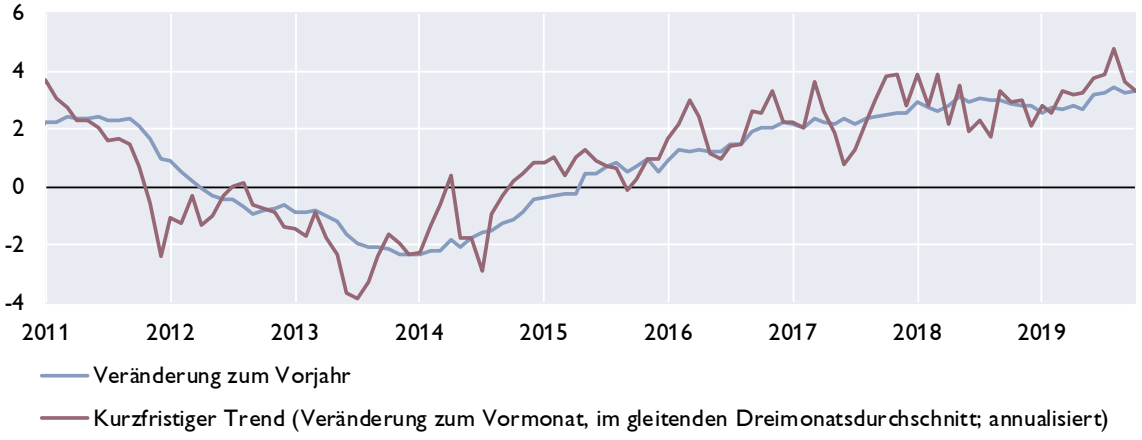
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2017	2018	Mai.19	Jun.19	Jul.19	Aug.19	Sep.19	Okt.19
Aktiva	Kredite	3,8	2,6	2,1	2,2	2,0	2,1	2,1	2,0
	Kredite an öffentliche Haushalte	6,6	2,0	0,6	−0,2	−0,5	−0,6	−1,1	−1,4
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	2,8	2,9	2,6	3,1	2,9	3,1	3,2	3,2
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*2,6*	*2,8*	*2,7*	*3,2*	*3,2*	*3,5*	*3,2*	*3,3*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,9	4,3	4,1	5,2	7,2	7,5	7,2	6,1
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	7,2	3,4	−1,3	−0,1	1,1	1,2	1,5	−0,3
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	−1,1	0,8	1,4	2,2	2,0	1,7	1,9	1,5

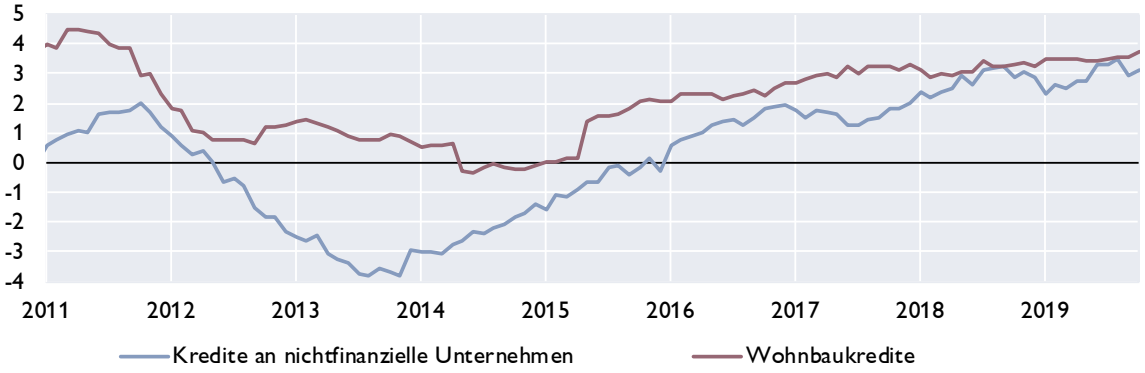
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



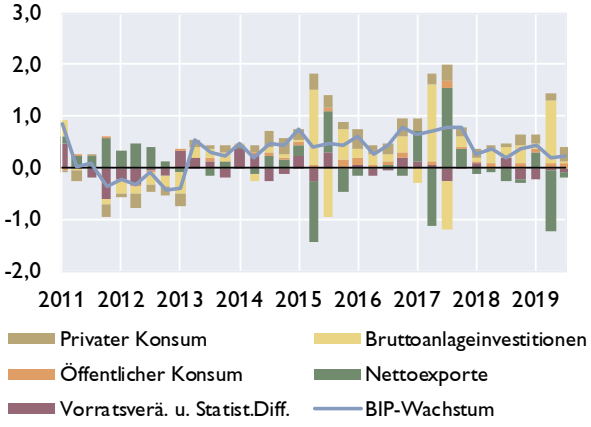
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

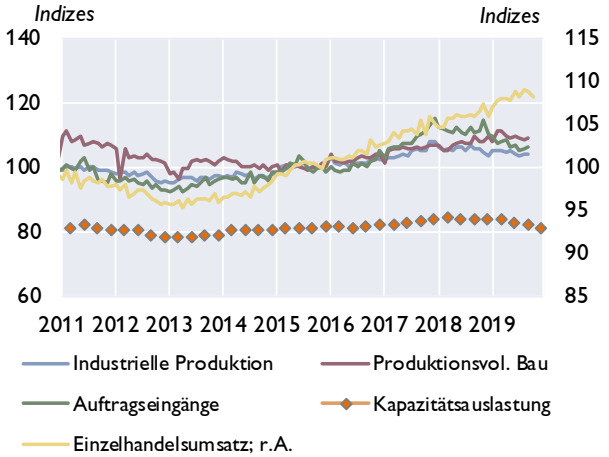
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

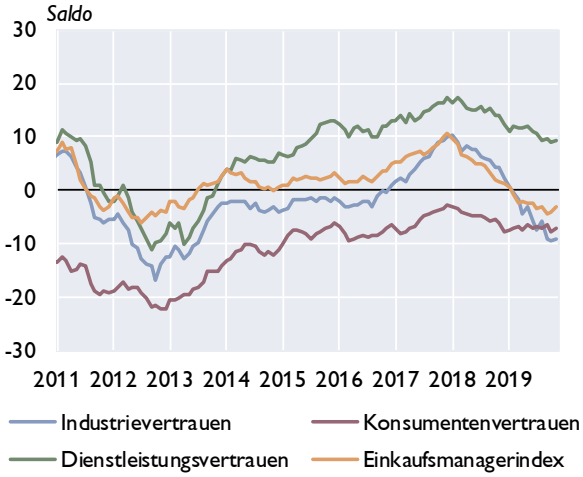
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



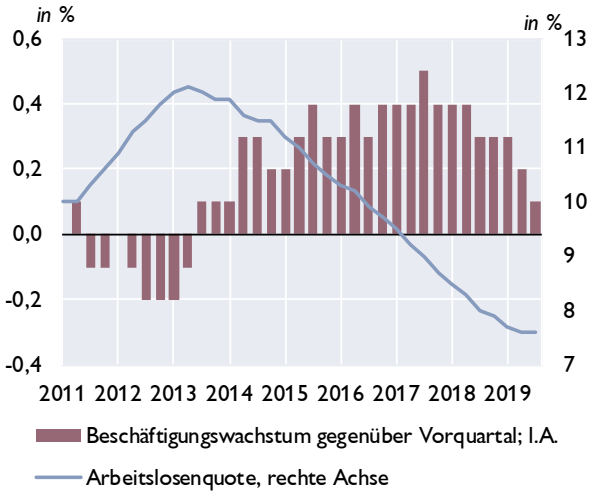
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2016	2017	2018	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19
Leistungsbilanz	351,6	352,5	78,6	90,0	111,2	67,7	42,3	94,3
Güter	362,0	346,9	77,7	65,0	81,3	71,6	84,4	82,3
Dienstleistungen	43,1	72,5	34,1	37,1	21,1	23,1	1,2	29,9
Einkommen	85,6	68,6	−5,0	22,8	51,7	26,5	−15,1	18,2
Laufende Transfers	−139,0	−135,5	−28,3	−34,9	−42,9	−53,5	−28,3	−36,0
Vermögensübertragungen	1,5	−19,7	−0,5	3,0	−42,3	−4,2	−15,2	2,2
Kapitalbilanz	360,0	336,4	42,7	94,1	63,8	51,4	37,0	77,2
Direktinvestitionen	98,2	3,3	−3,4	2,7	−108,8	55,0	−59,3	−15,0
Portfolioinvestitionen	563,1	331,2	66,7	34,4	130,0	−83,2	−41,8	−16,2
Finanzderivate	20,8	25,4	37,5	35,0	29,6	2,2	30,2	5,3
Sonstige Investiitionen	−337,4	−22,4	−64,6	20,7	7,2	74,6	105,2	101,4
Währungsreserven	15,3	−1,1	6,5	1,2	5,8	2,8	2,6	1,7
Statistische Differenz	6,8	3,6	−35,5	1,0	−5,1	−12,1	10,0	−19,3
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	3,2	3,1	3,1	2,6	2,8	3,1	2,4	2,6

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

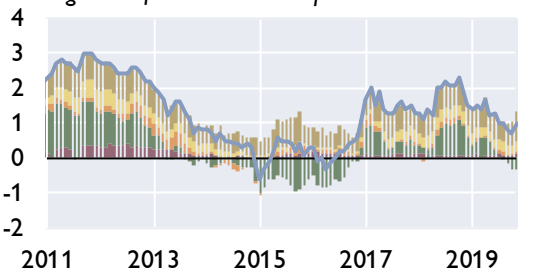
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2018	2017	2018	Aug.19	Sep.19	Okt.19	Nov.19
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	1,8	1,0	0,8	0,7	1,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,5	1,7	1,7	1,9	1,2	1,2	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	2,1	4,1	2,8	2,8	2,8	..
Bekleidung und Schuhe	5,9	0,5	0,1	1,2	0,5	0,6	..
Wohnung, Wasser, Energie	15,7	1,9	2,4	1,3	1,0	0,4	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,2	0,0	0,4	0,5	0,4	0,5	..
Gesundheitspflege	4,8	1,0	0,8	0,9	0,8	0,7	..
Verkehr	15,4	3,2	3,3	0,6	0,0	−0,2	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	−1,5	−1,1	−2,1	−1,8	−1,5	..
Freizeit und Kultur	9,2	1,1	1,0	−0,9	−0,1	−0,1	..
Bildungswesen	1,0	−0,1	−1,8	0,8	0,6	1,0	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,8	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	0,7	1,4	1,7	1,7	1,7	..

Sondergruppen des HVPI

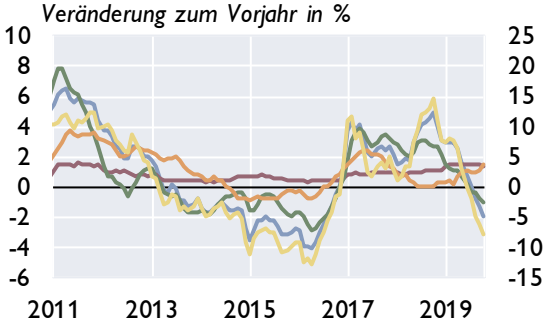
Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Dienstleistungen
Bearb. Lebensmittel einschl. Alkohol u. Tabak
Unbearbeitete Lebensmittel
Energie
Industrielle nichtenergetische Güter
Gesamt (Inflationsrate)

Erzeugerpreise

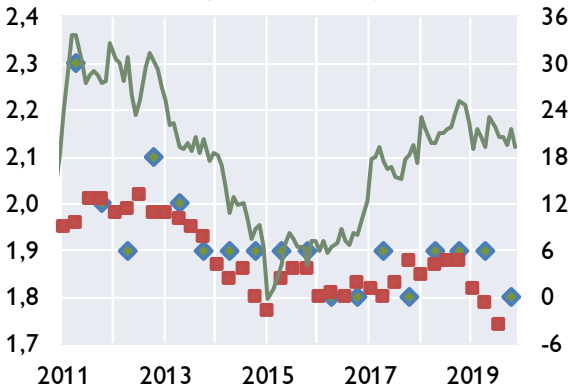
Veränderung zum Vorjahr in %



Industrie ges. ohne Baugewerbe; I.A.
Investitionsgüter; I.A.
Vorleistungsgüter; I.A.
Ge- und Verbrauchsgüter; I.A.
Energie; r.A.

Umfragebasierte Inflationserwartungen

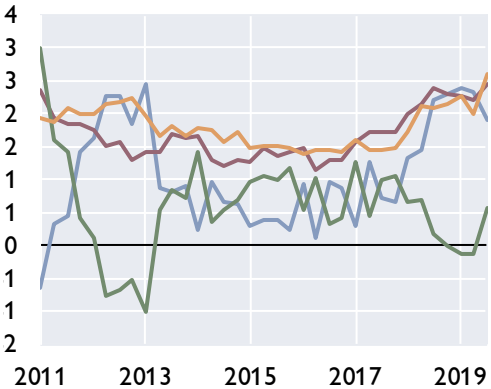
in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Inflationserwartungen (5 Jahre; CF); I.A.
Inflationserwartung (5 Jahre; EZB); I.A.
Konsumenteneinschätzung (12 Mon.; EK.); r.A.

Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

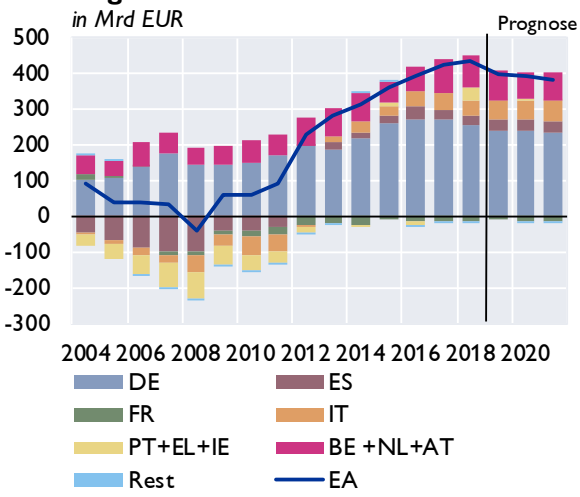


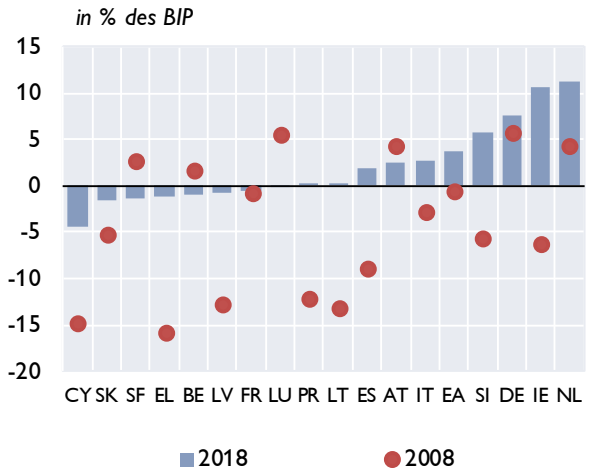
Lohnstückkosten
Arbeitnehmerentgelt
Arbeitsproduktivität
Tariflöhne

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts. **) Schnellschätzung.*

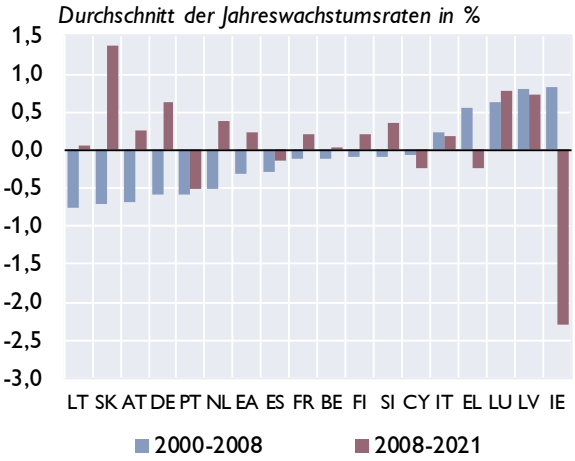
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

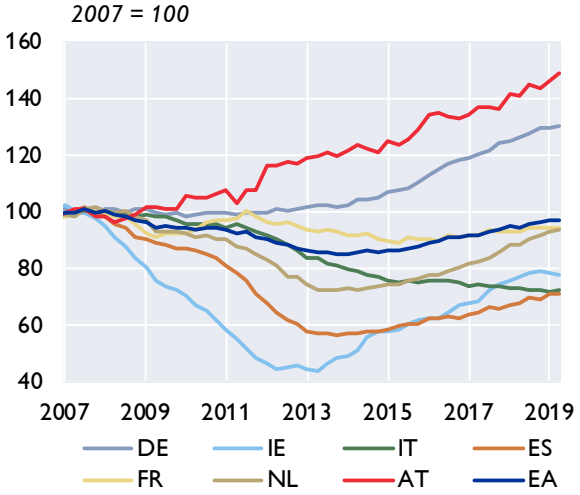




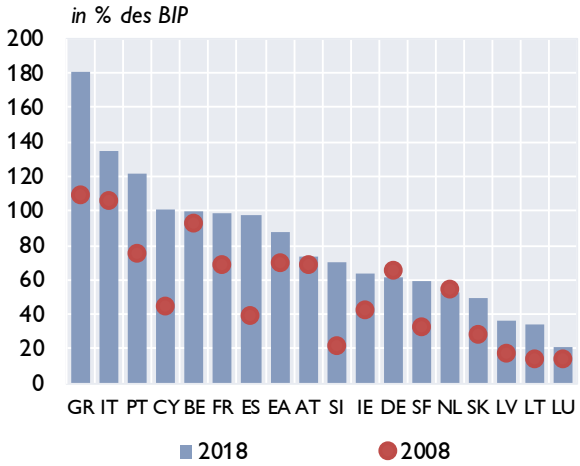
Lohnstückkosten[1]



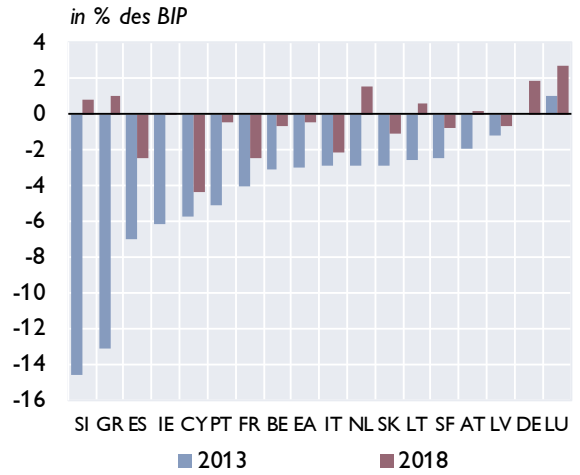
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



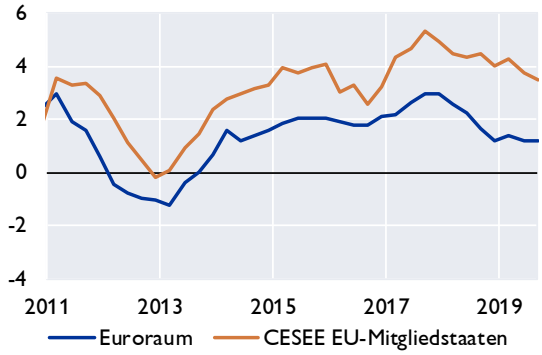
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose November 2019.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

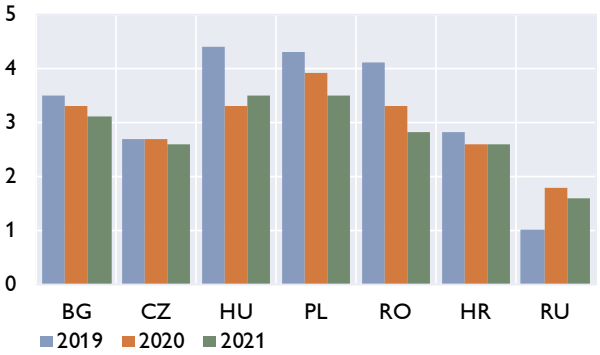
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



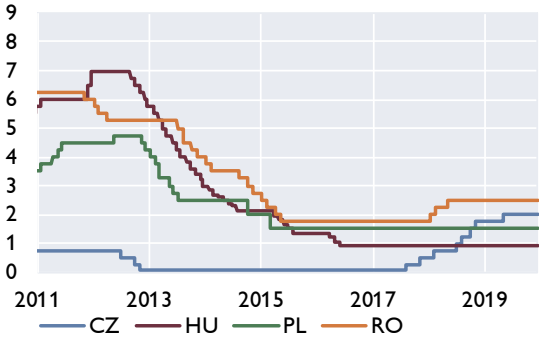
OeNB-BOFIT[1] Prognose Oktober 2019

reales BIP-Wachstum in %



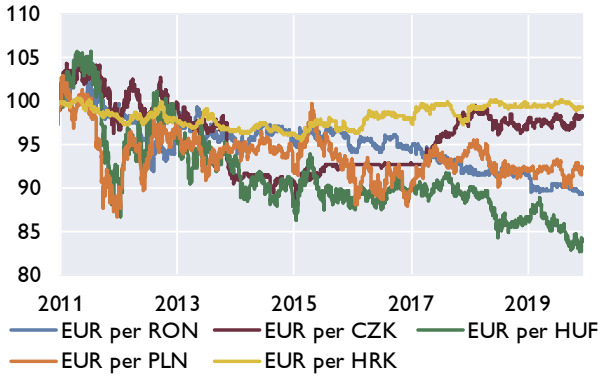
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2011=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	Oktober 2019		November 2019		Oktober 2019		November 2019	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020	2019	2020
Bulgarien	3,5	3,3	3,6	3,0	3,7	3,2	3,5	2,7
Estland	x	x	3,2	2,1	3,2	2,9	3,3	2,6
Kroatien	2,8	2,6	2,9	2,6	3,0	2,7	2,9	2,7
Lettland	x	x	2,6	2,6	2,8	2,8	2,8	2,2
Litauen	x	x	3,8	2,4	3,4	2,7	3,6	2,4
Polen	4,3	3,9	4,1	3,3	4,0	3,1	4,4	3,5
Rumänien	4,1	3,3	4,1	3,6	4,0	3,5	4,2	3,3
Russland	1,0	1,8	1,0	1,4	1,1	1,9	1,1	1,7
Slowakei	x	x	2,7	2,6	2,6	2,7	2,3	2,2
Slowenien	x	x	2,6	2,7	2,9	2,9	2,9	2,8
Tschechische Republik	2,7	2,7	2,5	2,2	2,5	2,6	2,5	2,4
Ungarn	4,4	3,3	4,6	2,8	4,6	3,3	4,3	3,1

[1] *Bank of Finland Institute for Economies in Transition.*

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2018	2019	Prognose[1] 2020	2021	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	1,5	1,1	1,0	1,0	1,5	1,5	1,3	1,3	1,6
Deutschland	1,5	0,4	1,0	1,0	1,1	0,6	1,0	0,3	0,5
Estland	4,8	3,2	2,1	2,4	4,9	5,0	4,7	4,2	4,1
Irland	8,2	5,6	3,5	3,2	7,2	3,8	7,2	6,0	..
Griechenland	1,9	1,8	2,3	2,0	2,0	1,6	1,4	2,8	2,3
Spanien	2,4	1,9	1,5	1,4	2,2	2,1	2,2	2,0	2,0
Frankreich	1,7	1,3	1,3	1,2	1,5	1,2	1,3	1,4	1,4
Italien	0,8	0,1	0,4	0,7	0,4	−0,1	0,0	0,1	0,3
Zypern	4,1	2,9	2,6	2,3	3,9	3,5	3,4	3,2	3,4
Lettland	4,6	2,5	2,6	2,7	5,1	5,3	3,1	2,5	1,9
Litauen	3,6	3,8	2,4	2,4	3,4	3,8	4,3	4,0	3,6
Luxemburg	3,1	2,6	2,6	2,6	2,7	1,2	1,0	3,7	..
Malta	7,0	5,0	4,2	3,8	8,0	7,8	5,9	4,8	3,6
Niederlande	2,6	1,7	1,3	1,3	2,3	2,1	1,9	1,6	1,8
Österreich	2,4	1,5	1,4	1,4	1,9	2,2	1,9	1,7	1,5
Portugal	2,4	2,0	1,7	1,7	2,4	2,0	2,1	1,9	1,9
Slowenien	4,1	2,6	2,7	2,7	4,7	3,2	3,5	2,3	2,0
Slowakische Republik	4,0	2,7	2,6	2,7	4,4	3,6	3,3	2,4	1,8
Finnland	1,7	1,4	1,1	1,0	1,6	0,5	0,6	1,4	2,2
Euroraum	1,9	1,1	1,2	1,2	1,6	1,2	1,4	1,2	1,2
Bulgarien	3,1	3,6	3,0	2,9	3,2	3,4	3,9	3,8	3,7
Tschechische Republik	3,0	2,5	2,2	2,1	2,5	2,7	2,7	2,7	2,5
Dänemark	2,4	2,0	1,5	1,6	3,2	3,0	1,8	2,5	2,2
Kroatien	2,7	2,9	2,6	2,4	2,6	2,5	3,8	2,5	..
Ungarn	5,1	4,6	2,8	2,8	5,5	5,1	5,2	5,2	4,8
Polen	5,1	4,1	3,3	3,3	5,6	4,5	4,7	4,1	4,1
Rumänien	4,0	4,1	3,6	3,3	3,8	4,1	4,9	4,3	3,2
Schweden	2,2	1,1	1,0	1,4	1,1	2,1	1,4	1,0	1,7
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	1,4	1,4	1,6	1,5	2,1	1,3	1,0
EU	2,0	1,4	1,4	1,4	1,8	1,5	1,7	1,4	1,4
Türkei	2,8	0,3	3,1	3,5	2,3	−2,8	−2,3	-1,6	0,9
USA	2,9	2,3	1,8	1,6	2,9	1,1	3,1	2,0	2,1
Japan	0,3	0,9	0,4	0,6	−0,3	−0,3	0,8	0,8	1,9
Schweiz	2,8	1,0	1,6	1,3	2,6	1,5	0,8	0,3	1,0
Russland	2,3	1,0	1,4	1,5	2,2	2,7	0,5	0,9	..
Brasilien	1,1	0,8	1,5	1,8	1,5	1,2	0,6	1,1	1,2
China	6,8	6,1	5,8	5,6	6,5	6,4	6,4	6,2	6,0
Indien	6,2	5,6	6,1	6,3	7,0	6,6	5,8	5,0	4,5

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

[1] *EK-Prognose November 2019.*

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2018	2019	Prognose[2] 2020	2021	Jul.19	Aug.19	Sep.19	Okt.19	Nov.19
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	2,3	1,3	1,4	1,4	1,2	0,9	0,6	0,2	0,4
Deutschland	1,9	1,3	1,2	1,4	1,1	1,0	0,9	0,9	1,2
Estland	3,4	2,4	2,1	2,2	2,0	2,1	2,2	1,4	..
Irland	0,7	0,8	1,1	1,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,8
Griechenland	0,8	0,5	0,6	0,9	0,4	0,1	0,2	−0,3	0,6
Spanien	1,7	0,9	1,1	1,4	0,6	0,4	0,2	0,2	0,5
Frankreich	2,1	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,1	0,9	1,2
Italien	1,2	0,6	0,8	1,1	0,3	0,5	0,2	0,2	0,4
Zypern	0,8	0,6	0,7	1,3	0,1	0,6	−0,5	−0,5	0,4
Lettland	2,6	3,1	2,5	2,3	3,0	3,1	2,3	2,2	2,0
Litauen	2,5	2,4	2,2	2,1	2,5	2,5	2,0	1,5	1,7
Luxemburg	2,0	1,7	1,6	1,9	1,6	1,4	1,1	0,8	1,0
Malta	1,7	1,6	1,7	1,7	1,8	1,9	1,6	1,4	1,3
Niederlande	1,6	2,6	1,4	1,5	2,6	3,1	2,7	2,8	2,6
Österreich	2,1	1,5	1,6	1,6	1,4	1,5	1,2	1,0	..
Portugal	1,2	0,3	1,1	1,4	−0,7	−0,1	−0,3	−0,1	0,2
Slowenien	1,9	1,8	1,9	2,0	2,0	2,4	1,7	1,5	1,4
Slowakische Republik	2,5	2,7	2,5	2,2	3,0	3,0	3,0	2,9	3,2
Finnland	1,2	1,2	1,4	1,5	1,0	1,2	1,0	0,9	0,8
Euroraum	1,8	1,2	1,2	1,3	1,0	1,0	0,8	0,7	1,0 *)
Bulgarien	2,6	2,4	1,6	2,1	2,6	2,5	1,6	1,6	..
Tschechische Republik	2,0	2,6	2,3	2,0	2,6	2,6	2,6	2,6	..
Dänemark	0,7	0,8	1,3	1,4	0,4	0,5	0,4	0,6	..
Kroatien	1,6	0,9	1,4	1,5	0,9	0,6	0,6	0,6	..
Ungarn	2,9	3,4	3,1	3,0	3,3	3,2	2,9	3,0	..
Polen	1,2	2,2	2,6	2,5	2,5	2,6	2,4	2,3	2,5
Rumänien	4,1	3,9	3,5	3,4	4,1	4,1	3,5	3,2	..
Schweden	2,0	1,7	1,5	1,6	1,5	1,3	1,3	1,6	..
Vereinigtes Königreich	2,5	1,8	2,0	2,2	2,1	1,7	1,7	1,5	..
EU	1,9	1,5	1,5	1,7	1,4	1,4	1,2	1,1	..
Türkei	16,3	15,3	10,3	9,3	16,7	15,0	9,3	8,6	..
USA	2,4	1,8	2,1	2,0	1,8	1,8	1,7	1,8	..
Japan	1,0	0,5	1,1	0,7	0,5	0,3	0,2	0,2	..
Schweiz	0,9	0,8	1,3	1,3	0,4	0,5	0,1	−0,3	..
Russland	2,9	4,5	3,7	4,0	4,6	4,3	4,0	3,7	3,6
Brasilien	3,7	3,8	3,5	x	3,2	3,4	2,9	2,5	..
China[3)]	2,1	1,7	1,7	2,1	2,8	2,8	3,0	3,8	..
Indien	4,9	3,4	4,1	x	6,0	6,3	7,0	7,6	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter. **) Schnellschätzung.*

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *EK-Prognose November 2019; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose Oktober 2019.*

[3] *China: GDP-Deflator.*

Arbeitslosenquoten[1]

	2018	2019	Prognose[2] 2020	2021	Jun.19	Jul.19	Aug.19	Sep.19	Okt.19
	in %								
Belgien	6,0	5,5	5,4	5,3	5,5	5,5	5,6	5,6	5,6
Deutschland	3,4	3,2	3,4	3,5	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1
Estland	5,4	5,1	5,4	5,8	4,6	4,2	3,9	4,3	..
Irland	5,8	5,2	5,0	5,0	5,2	5,1	4,9	4,9	4,8
Griechenland	19,3	17,3	15,4	14,0	17,1	16,9	16,7	..	..
Spanien	15,3	13,9	13,3	12,8	14,2	14,3	14,3	14,2	14,2
Frankreich	9,1	8,5	8,2	8,0	8,5	8,6	8,6	8,6	8,5
Italien	10,6	10,0	10,0	10,0	9,8	9,9	9,6	9,9	9,7
Zypern	8,4	7,2	6,3	5,7	7,2	7,1	7,0	7,0	7,1
Lettland	7,4	6,6	6,4	6,4	6,4	6,3	6,2	6,1	6,1
Litauen	6,2	6,2	6,2	6,2	6,2	6,5	6,7	6,6	6,4
Luxemburg	5,5	5,3	5,3	5,3	5,7	5,6	5,6	5,4	5,4
Malta	3,7	3,6	3,5	3,6	3,3	3,3	3,3	3,4	3,4
Niederlande	3,8	3,5	3,7	4,1	3,4	3,4	3,5	3,5	3,5
Österreich	4,9	4,6	4,6	4,6	4,5	4,5	4,5	4,5	4,6
Portugal	7,0	6,3	5,9	5,6	6,6	6,5	6,4	6,5	6,5
Slowenien	5,1	4,4	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,3	4,3
Slowakische Republik	6,5	5,8	5,7	5,6	5,7	5,6	5,6	5,6	5,6
Finnland	7,4	6,7	6,5	6,4	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7
Euroraum	8,2	7,6	7,4	7,3	7,5	7,6	7,5	7,6	7,5
Bulgarien	5,2	4,4	4,1	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,2
Tschechische Republik	2,2	2,1	2,2	2,3	1,9	2,1	2,1	2,1	2,2
Dänemark	5,1	4,9	4,8	4,7	4,7	4,8	5,0	5,3	5,3
Kroatien	8,4	6,9	5,8	4,9	7,0	6,9	6,9	6,7	6,6
Ungarn	3,7	3,4	3,4	3,4	3,5	3,4	3,4	3,5	..
Polen	3,9	3,5	3,6	3,5	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Rumänien	4,2	3,9	4,2	4,3	3,8	4,0	3,9	4,1	4,0
Schweden	6,3	6,8	7,1	7,2	6,5	7,1	7,2	6,6	6,6
Vereinigtes Königreich	4,0	3,8	4,0	4,1	3,8	3,8	3,8	..	..
EU	6,8	6,3	6,2	6,2	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3
Türkei	11,0	13,7	13,3	12,9	14,0	14,3	14,2	..	..
USA	3,9	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,5	3,6
Japan	2,4	2,3	2,2	2,2	2,3	2,2	2,2	2,4	2,4
Schweiz	2,5	4,6	4,8	5,0	2,3	2,3	2,3	2,3	..
Russland	4,8	5,1	4,9	4,7	4,4	4,5	4,3	4,5	4,6
Brasilien	12,3	11,8	10,8	x	12,0	11,8	11,8	11,8	11,6
China	3,8	3,8	3,8	x	3,6	3,6	3,6	3,6	..
Indien	6,0	x	x	x	7,9	7,3	8,2	7,2	8,5

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *EK-Prognose November 2019; BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2019.*

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Prognose[1] 2019	2020	2021
	in % des BIP								
Belgien	1,8	1,5	1,4	0,6	1,2	−1,0	−0,8	−0,9	−1,0
Deutschland	6,6	7,4	8,6	8,7	8,3	7,7	7,0	6,8	6,4
Estland	0,3	0,7	1,8	1,7	2,7	2,0	1,4	1,6	1,6
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	0,5	10,6	0,8	1,3	1,7
Griechenland	−2,2	−2,1	−0,2	−1,1	−1,0	−1,1	−0,8	−1,1	−0,9
Spanien	2,0	1,7	2,0	3,2	2,7	1,9	2,4	2,5	2,6
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,6	−0,6	−0,6	−0,4	−0,6	−0,6
Italien	1,1	1,9	1,4	2,6	2,7	2,6	2,9	2,9	2,9
Zypern	−1,5	−4,1	−0,5	−4,2	−5,1	−4,4	−8,1	−10,6	−11,1
Lettland	−2,5	−2,3	−0,9	1,4	1,0	−0,7	−0,8	−1,4	−1,8
Litauen	1,7	3,5	−2,4	−1,1	0,5	0,3	1,2	1,5	1,8
Luxemburg	−1,4	−1,0	0,3	0,2	−0,9	−0,0	4,4	4,4	4,4
Malta	0,2	5,8	2,8	3,8	10,5	9,8	9,0	8,6	8,2
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,8	11,2	9,8	9,0	8,6
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,9	1,7	2,5	2,2	2,1	2,2
Portugal	1,0	−0,1	−0,0	0,6	1,0	0,1	−0,4	−0,7	−1,0
Slowenien	2,3	5,1	3,9	4,9	6,3	5,8	5,8	5,5	5,1
Slowakische Republik	3,1	2,6	−0,6	−2,0	−1,9	−1,6	−2,4	−2,6	−2,3
Finnland	−2,0	−1,4	−0,8	−1,9	−0,8	−1,4	−1,3	−1,5	−1,8
Euroraum	2,8	3,1	3,4	3,6	3,8	3,8	3,3	3,2	3,1
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,1	4,6	5,5	5,5	5,4
Tschechische Republik	−1,1	−1,2	−1,5	0,1	0,3	−0,2	−0,1	0,5	0,7
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,9	8,0	5,7	7,1	6,7	6,7
Kroatien	1,6	2,0	4,6	2,5	4,1	2,9	1,6	0,7	0,3
Ungarn	3,5	1,2	2,3	4,7	2,3	−0,3	−1,2	−0,8	−0,7
Polen	−0,5	−1,4	0,2	−0,0	0,2	−0,4	−0,4	−0,4	−0,1
Rumänien	−1,0	−0,5	−1,1	−2,0	−3,4	−4,4	−5,1	−5,3	−5,4
Schweden	4,6	3,9	3,4	3,1	3,3	2,4	3,6	4,1	4,5
Vereinigtes Königreich	−4,8	−4,7	−4,9	−5,2	−3,5	−4,3	−4,4	−4,2	−4,2
EU	1,3	1,7	1,8	2,0	2,5	2,2	1,9	1,8	1,8
Türkei	−6,6	−4,6	−3,6	−3,8	−5,5	−3,6	−0,6	−0,7	−1,0
USA	−2,1	−2,1	−2,2	−2,3	−2,3	−2,4	−2,5	−2,5	−2,5
Japan	0,9	0,8	3,1	4,0	4,3	3,5	3,5	3,4	3,3
Schweiz	11,6	8,8	11,2	9,0	6,2	10,1	10,1	10,4	10,5
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	2,0	6,9	5,2	4,6	4,0
Brasilien	−3,2	−4,1	−3,0	−1,3	−0,4	−0,8	−1,2	−1,0	x
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,6	0,4	0,8	0,7	0,6
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−2,0	−2,3	x

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose November 2019; BR, IN: IWF-Prognose Oktober 2019.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden					Staatsschulden				
			Prognose[1]					Prognose[1]		
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021
	in % des BIP									
Belgien	−0,7	−0,7	−1,7	−2,3	−2,6	101,8	100,1	99,5	99,6	100,0
Deutschland	1,2	1,9	1,2	0,6	0,2	65,3	61,9	59,2	56,8	55,0
Estland	−0,8	−0,6	−0,2	−0,2	−0,2	9,3	8,4	8,7	8,4	8,2
Irland	−0,3	0,1	0,2	0,3	0,6	67,8	63,6	59,0	53,9	52,6
Griechenland	0,7	1,0	1,3	1,0	1,1	176,2	181,2	175,2	169,3	163,1
Spanien	−3,0	−2,5	−2,3	−2,2	−2,1	98,6	97,6	96,7	96,6	96,0
Frankreich	−2,8	−2,5	−3,1	−2,3	−2,2	98,4	98,4	98,9	98,9	99,2
Italien	−2,4	−2,2	−2,2	−2,3	−2,7	134,1	134,8	136,2	136,8	137,4
Zypern	1,7	−4,4	3,7	2,6	2,4	93,9	100,6	93,8	87,8	81,8
Lettland	−0,5	−0,7	−0,6	−0,6	−0,6	38,6	36,4	36,0	35,3	32,9
Litauen	0,5	0,6	0,0	0,0	0,0	39,3	34,1	36,3	35,1	34,8
Luxemburg	1,4	2,7	2,3	1,4	1,4	22,4	21,0	19,6	19,2	18,6
Malta	3,4	1,9	1,2	1,0	1,0	50,3	45,8	43,3	41,0	38,8
Niederlande	1,3	1,5	1,5	0,5	0,4	56,9	52,4	48,9	47,1	45,6
Österreich	−0,7	0,2	0,4	0,3	0,4	78,3	74,0	69,9	67,2	64,6
Portugal	−3,0	−0,5	−0,1	0,0	0,6	126,0	122,2	119,5	117,1	113,7
Slowenien	0,0	0,8	0,5	0,5	0,6	74,1	70,4	66,7	63,1	59,5
Slowakische Republik	−1,0	−1,1	−0,9	−1,2	−1,3	51,3	49,4	48,1	47,3	46,9
Finnland	−0,7	−0,8	−1,1	−1,4	−1,6	60,9	59,0	59,2	59,3	59,8
Euroraum	−0,9	−0,5	−0,8	−0,9	−1,1	89,8	87,9	86,4	85,1	84,1
Bulgarien	1,1	1,8	1,1	0,9	0,9	25,3	22,3	21,1	19,9	18,6
Tschechische Republik	1,6	1,1	0,2	−0,1	−0,3	34,7	32,6	31,5	30,7	30,1
Dänemark	1,7	0,8	2,2	0,5	0,0	35,5	34,2	33,0	32,3	31,7
Kroatien	0,8	0,3	0,1	0,0	0,0	78,0	74,8	71,2	67,7	64,4
Ungarn	−2,4	−2,3	−1,8	−1,0	−0,8	72,9	70,2	68,2	66,7	64,4
Polen	−1,5	−0,2	−1,0	−0,2	−0,9	50,6	48,9	47,4	45,5	44,3
Rumänien	−2,6	−3,0	−3,6	−4,4	−6,1	35,1	35,0	35,5	37,2	40,6
Schweden	1,4	0,8	0,3	0,1	0,1	40,7	38,8	34,6	33,4	32,0
Vereinigtes Königreich	−2,4	−2,3	−2,2	−2,4	−2,3	86,3	85,9	85,2	84,7	84,2
EU	−1,0	−0,7	−1,0	−1,1	−1,2	83,6	81,9	80,6	79,4	78,4
Türkei	−2,8	−3,2	−3,0	−3,5	−3,3	28,2	30,1	31,4	33,0	34,3
USA	−4,3	−6,6	−6,7	−6,7	−6,7	106,0	108,3	110,8	113,6	116,7
Japan	−3,0	−3,0	−2,9	−2,7	−2,4	235,0	236,9	236,8	237,3	236,3
Schweiz	1,2	1,4	0,0	0,0	0,0	33,5	31,2	30,8	30,0	29,3
Russland	−1,5	2,9	2,1	1,5	1,1	15,6	14,3	15,3	15,7	16,3
Brasilien	−7,9	−7,2	−7,5	−6,9	×	84,1	87,9	91,6	93,9	×
China	−3,9	−4,8	−6,1	−6,3	×	46,8	50,6	55,6	60,9	×
Indien	−7,0	−6,4	−7,5	−7,2	×	67,8	68,1	69,0	68,5	×

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose November 2019; BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2019.*

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB				WIFO		IHS		OECD			IWF		EU-Kommission		
	Dezember 2019				Oktober 2019		Oktober 2019		November 2019			Oktober 2019		November 2019		
	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2019	2020	2019	20120	2021	2019	2020	2019	2020	2021
	Veränderung zum Vorjahr in %															
BIP, real	1,6	1,1	1,5	1,6	1,7	1,4	1,5	1,3	1,5	1,3	1,3	1,6	1,7	1,5	1,4	1,4
Privater Konsum, real	1,2	1,3	1,3	1,4	1,5	1,6	1,5	1,3	1,3	1,6	1,6	×	×	1,5	1,5	1,3
Öffentlicher Konsum, real	0,1	1,1	1,0	1,0	1,3	0,9	0,5	1,0	0,1	0,2	0,9	×	×	0,9	1,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	2,9	1,0	1,3	1,5	2,9	1,5	2,5	1,1	2,9	1,7	1,5	×	×	2,9	1,2	1,1
Exporte, real	3,1	1,7	2,8	2,9	2,3	2,3	2,2	1,7	3,3	1,4	1,3	1,8	1,3	2,3	2,3	2,3
Importe, real	3,4	1,8	2,4	2,5	2,4	2,5	2,2	1,5	3,4	2,0	1,5	1,2	1,1	2,6	2,3	2,0
Arbeitsproduktivität[1]	0,4	0,4	0,8	0,8	0,5	0,4	0,0	0,5	0,5	0,6	0,5	×	×	0,5	0,7	0,8
	Veränderung zum Vorjahr in %															
BIP Deflator	1,8	1,6	1,5	1,7	1,9	1,7	1,9	1,6	1,6	1,4	1,4	1,6	1,8	1,9	1,7	1,7
VPI	×	×	×	×	1,6	1,7	1,5	1,5	×	×	×	×	×	×	×	×
HVPI[1)]	1,5	1,4	1,5	1,6	1,6	1,7	1,5	1,5	1,6	1,5	1,4	1,5	1,9	1,5	1,6	1,6
Lohnstückkosten	2,4	1,7	1,2	1,5	2,4	1,5	2,6	1,6	×	×	×	×	×	2,3	1,3	1,1
	Veränderung zum Vorjahr in %															
Beschäftigte	1,5	0,9	0,9	1,0	1,6	1,0	1,6	0,8	0,9	0,8	0,8	0,7	1,1	1,1	0,7	0,6
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition															
Arbeitslosenquote	4,6	4,7	4,8	4,7	4,6	4,6	4,6	4,8	4,6	4,5	4,6	5,1	5,0	4,6	4,6	4,6
	in % des nominellen BIP															
Leistungsbilanz	2,2	2,3	2,5	2,9	2,5	2,3	×	×	1,4	0,7	0,6	1,6	1,8	2,2	2,1	2,2
Finanzierungssaldo des Staates	0,5	0,2	0,2	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,1	−0,2	0,4	0,2	0,4
	Prognoseannahmen															
Erdölpreis in USD/Barrel	63,8	59,6	57,4	56,8	66,0	63,0	64,0	60,0	63,4	60,0	60,0	61,8	57,9	63,3	57,4	56,1
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,4	−0,4	−0,4	−0,3	−0,4	−0,5	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4	−0,6	−0,4	−0,5	−0,5
USD/EUR-Wechselkurs	1,12	1,10	1,10	1,10	1,12	1,10	1,12	1,11	1,12	1,11	1,11	1,1	1,1	1,12	1,11	1,11
	Veränderung zum Vorjahr in %															
BIP, real Euroraum	1,2	1,1	1,4	1,4	1,2	1,3	1,1	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	1,4	1,1	1,2	1,2
BIP, real USA	2,3	2,0	1,8	1,7	2,3	1,8	2,3	1,7	2,3	2,0	2,0	2,4	2,1	2,3	1,8	1,6
BIP, real Welt	2,7	2,9	3,1	3,1	×	×	3,0	3,1	2,9	2,9	3,0	3,0	3,4	2,9	3,0	3,1
Welthandel[2]	0,6	1,4	2,6	2,9	×	×	−0,5	1,3	1,2	1,6	2,3	1,2	3,2	1,4	2,3	2,6

[1] *OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.*

[2] *IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.*

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

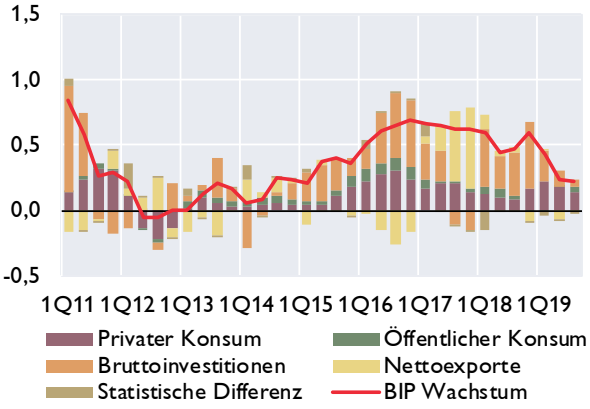
	2017	2018	2018 Q4	2019 Q1	2019 Q2	2019 Q3	2019 Q4	2019 Aug.	2019 Sep.	2019 Okt.	2019 Nov.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,2	2,1	2,1	1,6	1,7	1,3	..	1,5	1,2	1,0	..
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,2	1,9	1,7	1,5	1,7	1,5	..	1,6	1,5	1,5	..
Nationaler VPI	2,1	2,0	2,1	1,7	1,7	1,4	..	1,5	1,2	1,1	..
Deflator des privaten Konsums	1,4	2,0	2,1	1,9	1,7	1,6	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,7	1,1	1,8	1,8	1,7	1,6	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	1,9	2,4	2,6	1,5	0,6	−0,7	..	−0,8	−1,1	−1,4	..
Großhandelspreisindex	4,6	4,2	4,0	2,0	0,9	−1,0	..	−1,2	−1,5	−2,8	−2,7
Tariflohnindex	1,4	2,7	2,7	3,0	3,1	3,1	..	3,1	3,1	3,1	..
BIP je Erwerbstätigen	2,3	1,9	2,7	2,1	2,3	2,1	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	0,8	2,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	−2,3	1,1	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	2,0	2,6	0,6	0,4	0,2	0,2	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,6	1,7	0,3	0,4	0,4	0,3	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,6	1,2	−0,1	−0,1	0,0	0,2	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,8	3,7	1,2	0,9	0,2	0,1	..	×	×	×	×
Exporte	3,2	5,0	0,8	0,8	0,6	0,7	..	×	×	×	×
Importe	4,1	4,6	0,9	0,9	0,7	0,7	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	2,1	2,5	2,5	1,9	1,8	1,5	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,9	1,4	1,4	0,9	1,1	1,5	..	×	×	×	×
Nettoexporte	−0,2	0,2	−0,3	−0,1	0,5	−0,3	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,4	0,9	1,4	1,1	0,3	0,4	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	8,2	5,7	4,8	4,5	1,9	2,0	..	−3,0	2,9	..	..
Importe	8,8	5,8	6,9	5,8	0,9	2,8	..	−4,9	2,4	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	13,2	11,8	2,2	6,4	1,2	..	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	8,6	8,7	2,0	5,6	0,7	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	9,7	5,7	1,8	4,9	−0,4	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,7	1,6	1,8	5,0	−0,4	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	112,5	114,0	111,1	106,2	104,3	103,5	..	103,1	104,1	101,7	100,0
Industrievertrauen (%-Saldo)	5,5	8,6	4,8	−2,4	−4,4	−5,4	..	−4,5	−4,8	−9,1	−9,4
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	5,1	4,7	4,4	5,6	0,0	−0,6	..	−1,0	−1,2	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	86,7	88,5	87,0	87,2	86,7	85,3	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	8,8	13,2	16,0	12,5	12,4	11,3	..	10,3	9,3	8,9	12,3
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	26,6	26,7	23,9	20,3	16,9	15,7	..	11,7	17,2	13,9	12,3
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−1,1	0,9	−0,2	−1,6	−2,3	−3,2	..	−2,0	−3,7	−2,9	−4,3
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−5,3	−10,0	−11,5	−9,8	−13,1	−10,8	..	−9,1	−5,0	−9,0	−13,8
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,7	0,1	0,8	−1,7	1,4	2,7	..	1,0	1,4	0,8	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,9	2,4	2,1	2,0	1,7	1,2	..	0,7	1,5	1,2	1,2
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−4,9	−8,2	−6,1	−4,7	−3,4	−3,2	..	−3,1	−2,8	−2,8	−2,5
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,5	7,7	7,9	8,3	6,9	6,6	..	6,8	6,6	7,0	7,3
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,5	4,9	4,7	4,7	4,6	4,5	..	4,5	4,5	4,6	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,5	8,0	7,9	6,3	6,8	6,1	..	6,0	5,7	5,3	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	6,1	6,1	5,7	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	1,9	5,2	5,2	3,8	3,5	3,8	..	3,9	3,8	3,5	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	−0,4	..	−0,4	−0,4	−0,4	−0,4
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,6	0,7	0,6	0,4	0,2	−0,3	..	−0,4	−0,3	−0,2	−0,1
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 096	3 330	3 094	2 985	3 055	2 964	..	2 895	2 997	3 043	3 192
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−0,9	−0,1	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	−0,7	0,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	78,3	74,0	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

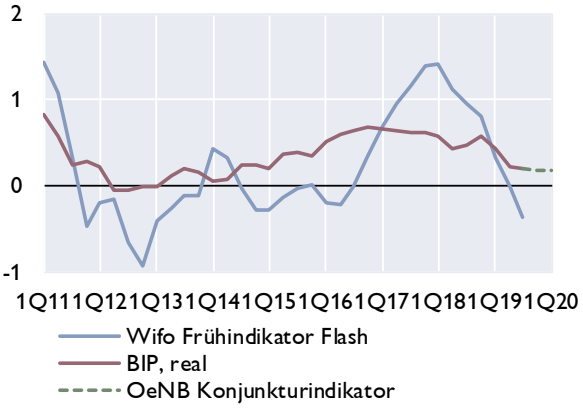
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



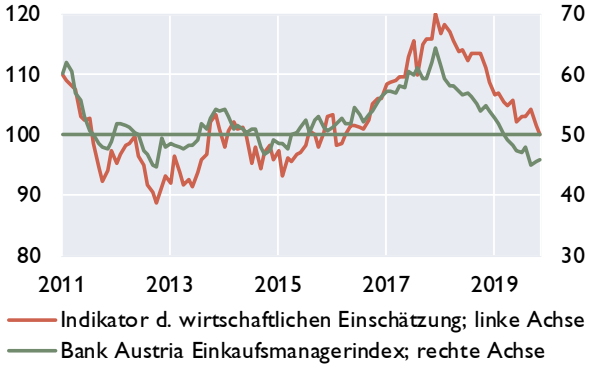
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



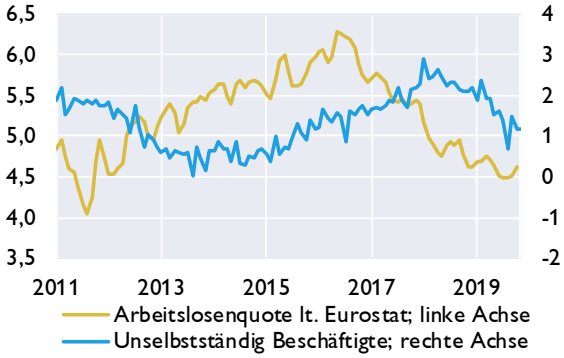
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	9,7	5,7	9,0	0,5	1,0	1,8	4,9	−0,4
Güter	2,6	1,5	3,6	1,8	0,9	−0,1	0,7	0,9
Dienstleistungen	10,6	10,3	10,3	0,6	1,3	2,3	5,7	0,3
Primäreinkommen	0,0	−3,3	−1,1	−0,9	−0,4	0,6	−0,2	−0,9
Sekundäreinkommen	−3,4	−2,7	−3,9	−1,0	−0,8	−1,0	−1,3	−0,7
Vermögensübertragungen	−0,4	−0,3	−0,2	0,0	0,0	−0,1	−0,1	0,0
Kapitalbilanz	10,8	8,1	10,3	−1,1	4,1	0,4	6,4	0,1
Direktinvestitionen	1,9	−3,0	2,7	−0,2	1,1	2,5	2,1	1,2
Portfolioinvestitionen	23,8	19,4	3,5	−0,4	1,9	0,5	−1,2	−2,7
Finanzderivate	−0,4	−0,9	−0,8	−0,4	−0,1	0,1	0,0	0,1
Sonstige Investiitionen	−15,0	−4,3	2,7	0,1	1,6	−2,6	5,5	1,3
Währungsreserven[3]	0,5	−3,1	2,1	−0,2	−0,4	−0,1	0,0	0,2
Statistische Differenz	1,5	2,6	1,6	−1,6	3,1	−1,3	1,6	0,5
Leistungsbilanz in % des BIP	2,7	1,6	2,3	0,6	1,0	1,8	5,0	−0,4

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2016 endgültige Daten, 2017 und 2018 revidierte Daten, 2019 provisorische Daten.*

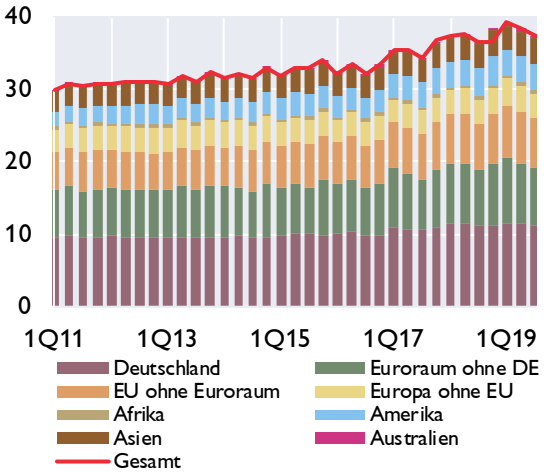
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2016	131 125	135 667	−4541,9	−0,3	1,6
2017	141 940	147 542	−5602,5	8,2	8,8
2018	150 071	156 056	−5985,1	5,7	5,8
Jän.-Sep. 18	111 657	115 452	−3794,7	6,1	5,4
Jän.-Sep. 19	114 784	119 065	−4281,2	2,8	3,1
Apr. 19	13 018	13 576	−558,0	6,0	7,2
Mai 19	13 220	13 694	−474,2	8,2	4,9
Juni 19	12 114	12 219	−104,3	−7,8	−9,1
Juli 19	13 464	14 427	−963,0	5,4	10,2
Aug. 19	10 936	11 457	−520,5	−3,0	−4,9
Sep. 19	12 889	13 077	−187,2	2,9	2,4

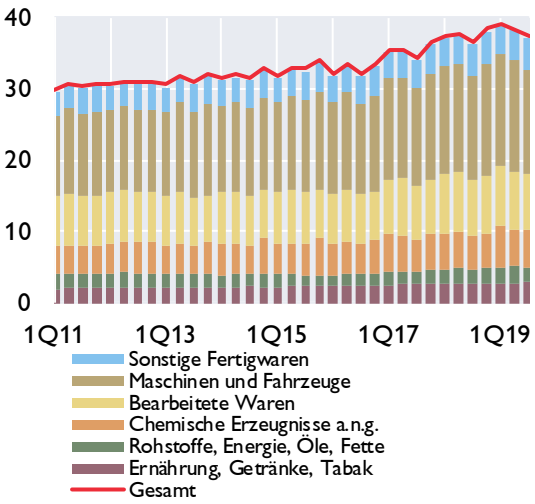
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

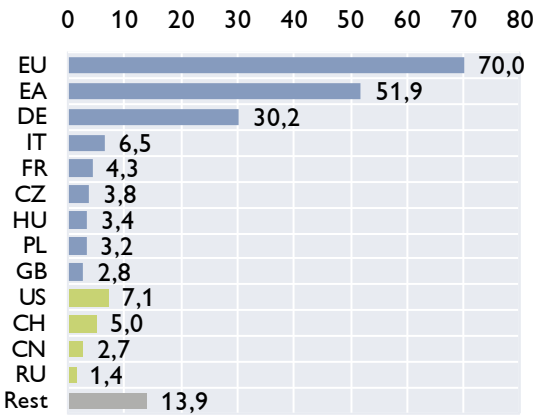
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2018

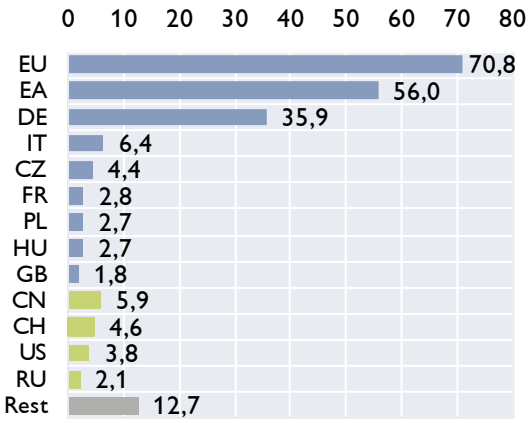
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



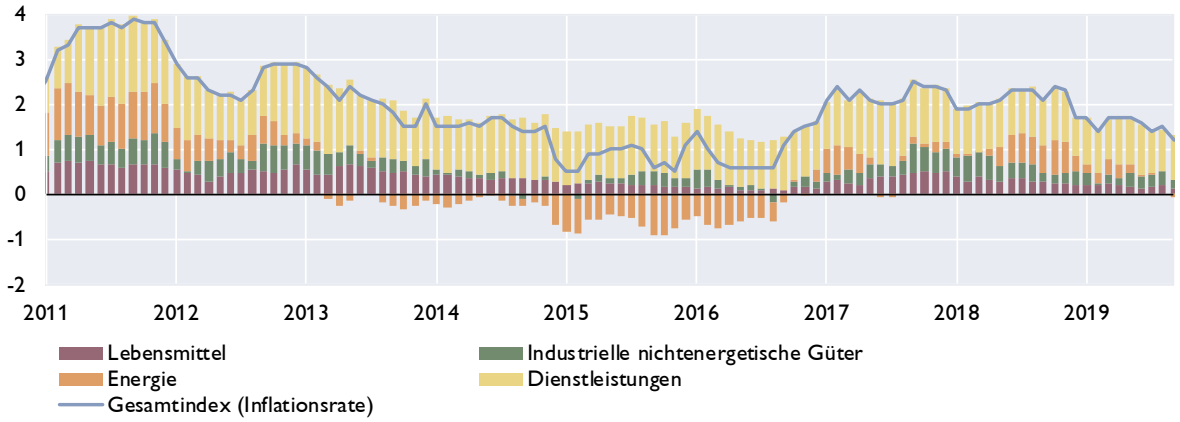
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2019	2017	2018	Jun.19	Jul.19	Aug.19	Sep.19	Okt.19
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,2	2,1	1,6	1,4	1,5	1,2	1,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	2,3	1,5	1,0	1,2	1,7	0,9	0,8
Alkoholische Getränke und Tabak	3,6	3,2	3,9	0,5	0,5	0,3	0,6	0,5
Bekleidung und Schuhe	7,4	1,6	0,6	−0,4	0,8	2,5	0,9	1,6
Wohnung, Wasser, Energie	14,5	1,6	2,5	3,1	3,0	3,0	2,7	1,6
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,1	0,7	2,3	1,4	1,1	1,3	1,0	1,4
Gesundheitspflege	5,4	1,5	2,2	1,5	0,6	0,9	0,9	0,9
Verkehr	13,8	3,7	2,9	0,6	−0,2	−0,6	−0,5	−1,6
Nachrichtenübermittlung	2,1	0,2	−2,3	−2,5	−4,3	−3,9	−4,1	−4,0
Freizeit und Kultur	10,3	2,5	1,2	1,5	1,0	0,8	0,9	1,6
Bildungswesen	1,1	1,9	2,9	2,4	2,5	2,5	2,1	2,2
Hotels, Cafes und Restaurants	15,6	2,8	3,0	3,0	3,0	2,9	3,0	2,8
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,7	1,5	2,0	2,0	1,5	1,2	1,5	1,6

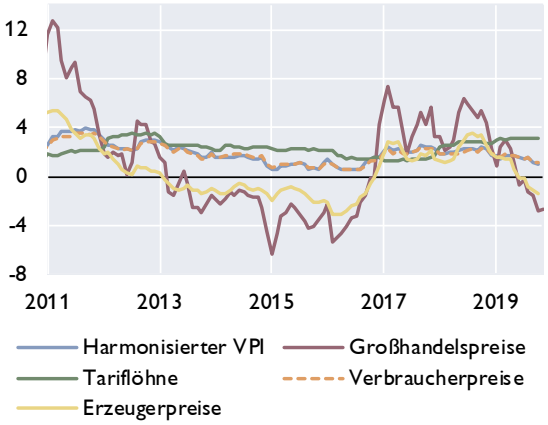
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2017	2018	2019[1]	2020[1]
Stundenproduktivität	1,4	0,4	0,5	0,4
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,6	2,7	2,9	1,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	1,0	1,7	−0,8	0,0
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	0,9	2,5	2,4	1,5
Sachgütererzeugung	−2,2	1,1	3,3	1,0

[1]WIFO-Prognose Oktober 2019.
[2]Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2016	2017	2018	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19	3Q19
Gesamt	**140 828**	**144 500**	**149 819**	**49 416**	**24 688**	**47 999**	**28 352**	**50 377**
Inländer	38 003	38 523	39 390	13 528	7 439	9 447	9 169	13 705
Ausländer	102 825	105 977	110 430	35 888	17 249	38 552	19 184	36 672
darunter								
Deutschland	52 632	53 576	56 285	18 923	8 366	18 450	322 296	19 363
Osteuropa	10 814	11 640	12 499	2 986	2 277	5 508	180 026	3 190
Niederlande	9 506	9 765	10 036	3 045	1 077	5 133	27 259	3 129
Schweiz	5 078	5 063	4 975	1 543	980	1 490	42 184	1 562
Vereinigtes Königreich	3 703	3 740	3 802	851	612	1 605	62 260	805
Italien	2 874	2 897	2 863	1 388	596	481	41 243	1 336
Belgien	2 741	2 783	2 826	967	284	1 155	12 197	976
Frankreich	1 766	1 804	1 797	694	267	486	40 239	699
Dänemark	1 544	1 576	1 559	389	136	991	6 814	397
USA	1 642	1 783	1 926	677	436	326	125 170	707
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**4,2**	**2,6**	**3,7**	**1,3**	**6,4**	**−2,4**	**6,7**	**1,9**
Inländer	4,3	1,4	2,2	1,3	2,7	−0,8	3,0	1,3
Ausländer	4,1	3,1	4,2	1,3	8,1	−2,7	8,6	2,2

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
Deutschland	8 271	8 435	9 007	1 452	2 529	1 737	3 146	1 504
Niederlande	1 167	1 224	1 262	93	297	167	745	99
Schweiz	1 160	1 225	1 402	214	377	289	513	228
Italien	768	751	780	140	282	187	181	176
CESEE[1]	2 503	2 740	3 000	530	687	683	1 141	574
Restl. Europa	2 144	2 214	2 393	354	559	391	1 160	364
Rest der Welt	1 388	1 523	1 715	388	599	371	393	430
Gesamt	**17 401**	**18 112**	**19 559**	**3 171**	**5 330**	**3 825**	**7 279**	**3 375**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2016	2017	2018	2Q18	3Q18	4Q18	1Q19	2Q19
Deutschland	2 182	2 221	2 271	665	713	467	464	628
Italien	1 432	1 414	1 537	456	690	227	152	452
Kroatien	815	826	944	214	642	42	39	212
Europäische Mittelmeerländer[2]	965	1 084	1 088	232	531	183	105	303
Restl. Europa	2 233	2 533	2 868	756	1 001	569	496	767
Rest der Welt	1 173	1 376	1 435	307	425	375	394	266
Gesamt	**8 800**	**9 454**	**10 143**	**2 630**	**4 002**	**1 863**	**1 650**	**2 628**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

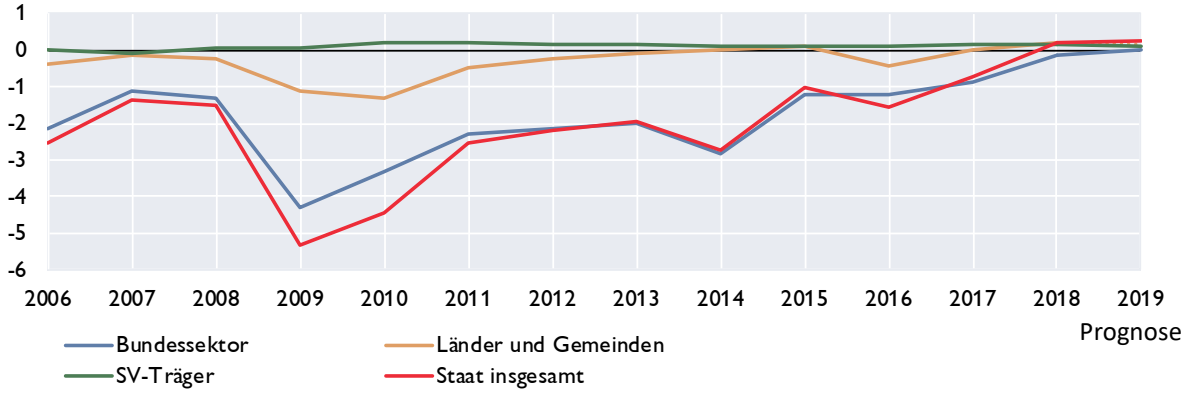
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2015	−4,1	0,4	0,3	−3,5	−1,2	0,1	0,1	−1,0
2016	−4,4	−1,5	0,4	−5,5	−1,2	−0,4	0,1	−1,5
2017	−3,2	−0,1	0,5	−2,8	−0,9	−0,0	0,1	−0,7
2018	−0,5	0,7	0,6	0,8	−0,1	0,2	0,1	0,2
2019[1]	0,0	0,7	0,4	1,0	0,0	0,2	0,1	0,3

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

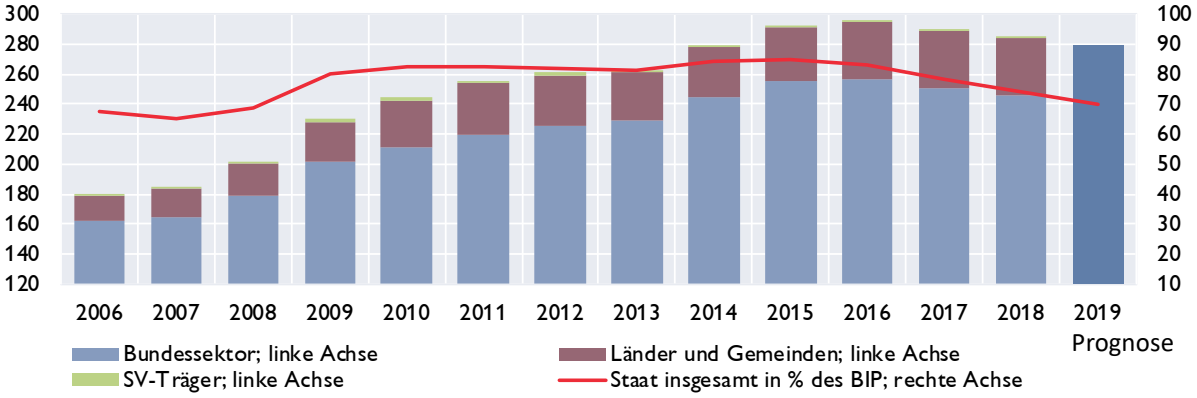


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2015	255,4	35,7	1,1	292,3	74,2	10,4	0,3	84,9
2016	257,3	37,8	1,1	296,2	72,0	10,6	0,3	82,9
2017	251,2	37,7	0,9	289,8	67,8	10,2	0,2	78,3
2018	246,2	37,8	1,3	285,3	63,8	9,8	0,3	74,0
2019[1]	.	.	.	279,7	.	.	.	70,0

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



[1] *BMF-Prognose.*

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1] Allgemeine Gebarung	Jänner bis Oktober 2018	Jänner bis Oktober 2019	Erfolg 2018	Voranschlag 2019	Veränderung 2019/2018
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	62 779	62 945	77 983	79 174	1,5
Einzahlungen	61 992	65 468	76 879	79 689	3,7
Nettofinanzierungsbedarf[2]	–788	2 523	–1 104	515	.

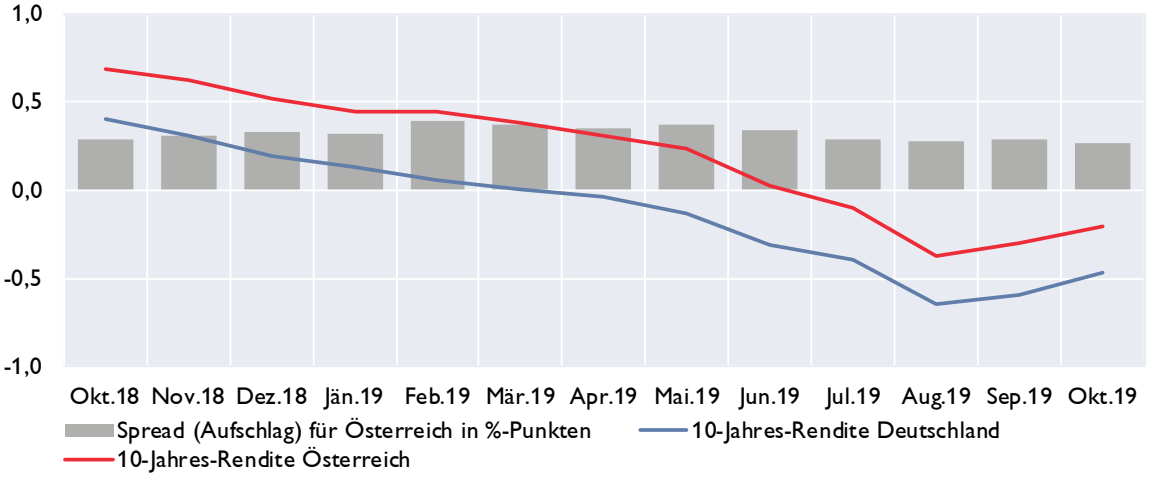
Abgaben des Bundes

	Jänner bis Oktober 2018	Jänner bis Oktober 2019	Erfolg 2018	Voranschlag 2019	Veränderung 2019/2018
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	34 353	35 945	44 050	44 562	1,2
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*2 775*	*3 209*	*4 280*	*4 200*	*–1,9*
Körperschaftsteuer	*6 959*	*7 055*	*9 163*	*9 000*	*–1,8*
Lohnsteuer	*21 862*	*23 003*	*27 177*	*27 900*	*2,7*
Kapitalertragsteuern	*2 425*	*2 392*	*3 072*	*3 150*	*2,5*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	35 675	36 228	43 344	44 307	2,2
davon: Umsatzsteuer	*24 326*	*24 686*	*29 347*	*30 300*	*3,2*
Öffentliche Abgaben brutto	71 099	73 561	88 204	89 510	1,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	25 606	26 894	31 328	31 888	1,8
Überweisungen an die Europäische Union	2 424	1 749	3 636	3 100	–14,7
Öffentliche Abgaben netto[3]	43 069	44 918	53 240	54 522	2,4

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*
[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*
[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

Rendite in %



Quelle: BMF, EZB.

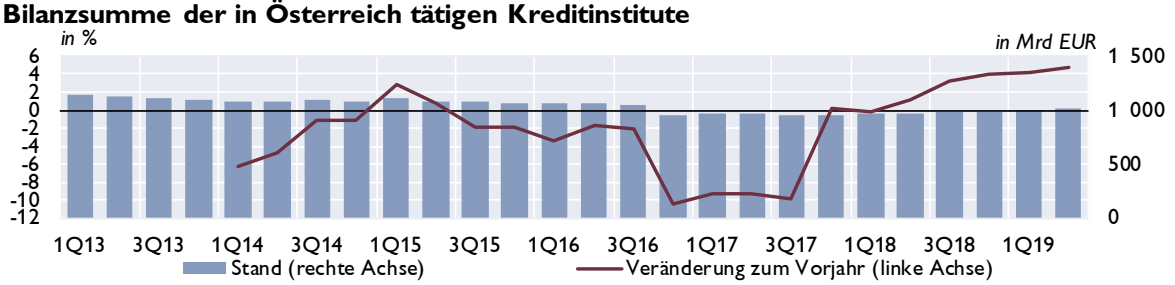
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert[1]

Vermögenslage	2. Quartal 2019	2. Quartal 2018	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	*in Mio EUR*			*in %*
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	74 901	73 089	1 812	2,5
Darlehen und Kredite	729 198	684 833	44 365	6,5
Schuldverschreibungen	132 455	130 827	1 628	1,2
Eigenkapitalinstrumente	6 329	6 346	−17	−0,3
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	22 477	20 515	1 962	9,6
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21 159	20 275	884	4,4
Materielle Vermögenswerte	12 091	16 965	−4 874	−28,7
Immaterielle Vermögenswerte	2 989	2 906	83	2,9
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	17 365	16 693	672	4,0
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 018 964	972 449	46 515	4,8
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	21 924	24 049	−2 125	−8,8
Einlagen von Kreditinstituten	111 500	106 264	5 236	4,9
Einlagen von Nichtbanken	595 036	565 658	29 378	5,2
Begebene Schuldverschreibungen	146 307	136 682	9 625	7,0
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	15 590	13 388	2 202	16,4
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	688	921	−233	−25,3
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital2)	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten2)	518	8 070	−7 552	−93,6
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	25 327	21 464	3 863	18,0
Rückstellungen	12 701	12 214	487	4,0
Eigenkapital und Minderheitenanteile	89 373	83 740	5 633	6,7
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis2)*	−6 885	−5 966	−919	−15,4
**hievon: Minderheitenanteile*	6 530	6 182	348	5,6
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 018 964	972 449	46 515	4,8

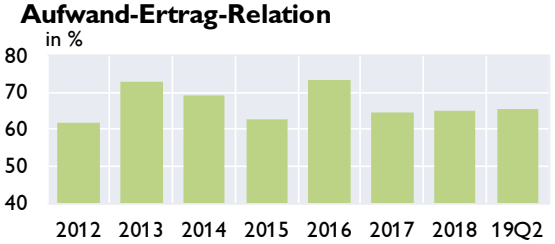
[1] *Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.*

[2] *Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.*

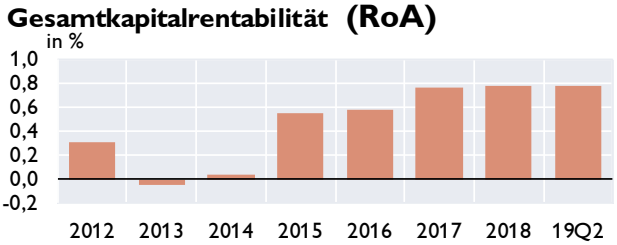
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.*

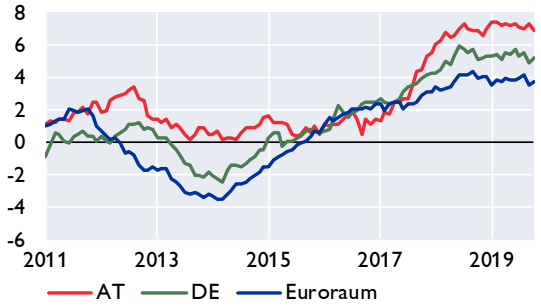
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2016	152,5	5 454	3,2	2,0	135,6	4 301	1,5	2,4
2017	156,4	5 604	3,1	2,9	143,8	4 315	5,5	3,2
2018	162,0	5 747	3,5	3,2	153,1	4 397	7,0	4,0
Jän.19	161,6	5 752	3,7	3,2	154,7	4 407	7,4	3,5
Feb.19	161,8	5 756	3,7	3,3	155,7	4 421	7,4	3,9
Mär.19	162,6	5 777	4,0	3,3	156,7	4 426	7,2	3,7
Apr.19	162,4	5 790	3,9	3,3	157,0	4 447	7,4	3,9
Mai.19	163,4	5 798	3,6	3,3	158,3	4 472	7,2	3,9
Jun.19	164,6	5 831	4,5	3,3	159,1	4 472	7,3	3,9
Jul.19	165,4	5 850	4,4	3,4	159,8	4 499	7,1	4,0
Aug.19	165,9	5 865	4,3	3,4	160,4	4 494	7,0	4,2
Sep.19	167,3	5 882	4,3	3,4	161,8	4 479	7,3	3,6
Okt.19	167,2	5 900	4,3	3,5	162,2	4 497	6,9	3,8

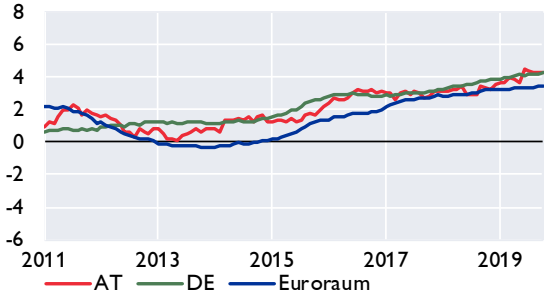
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



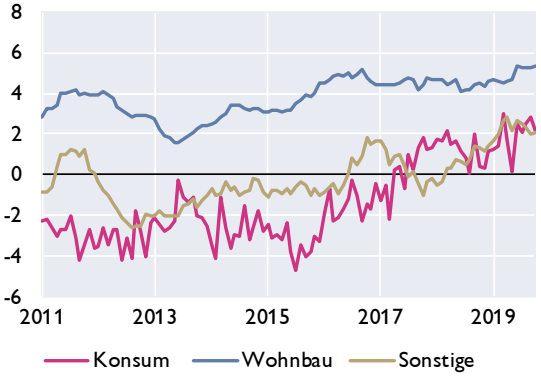
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



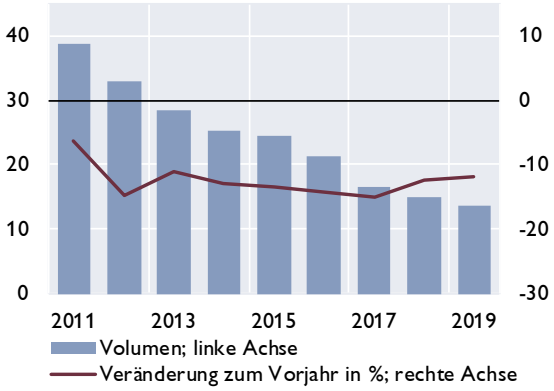
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

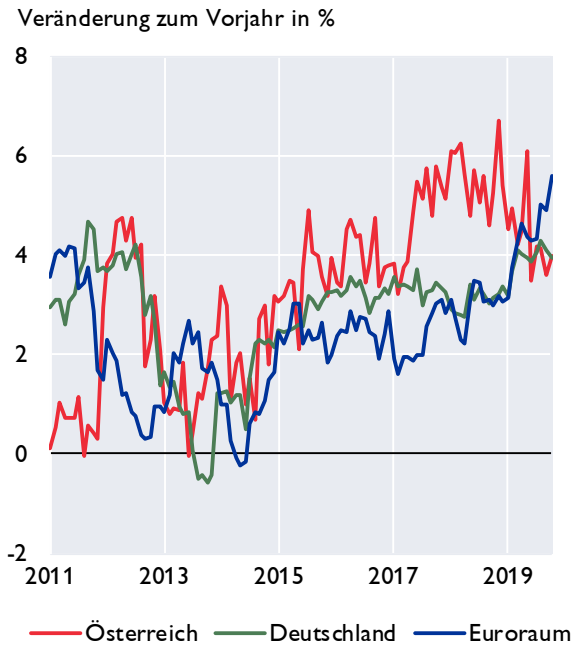
in Mrd EUR in %



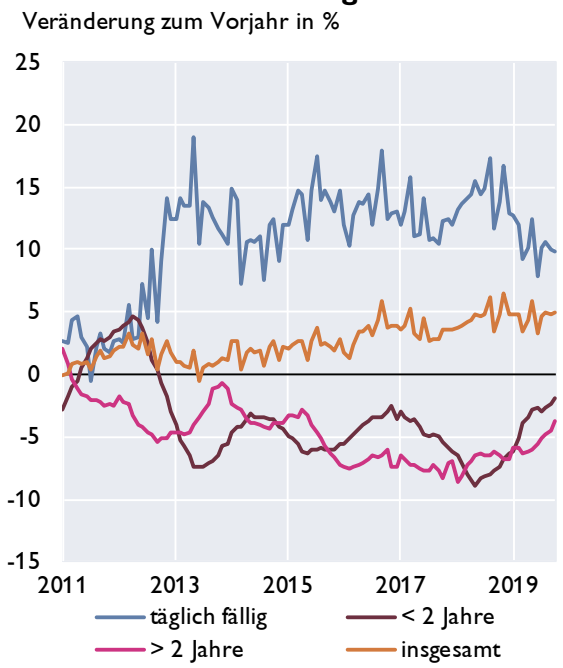
Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

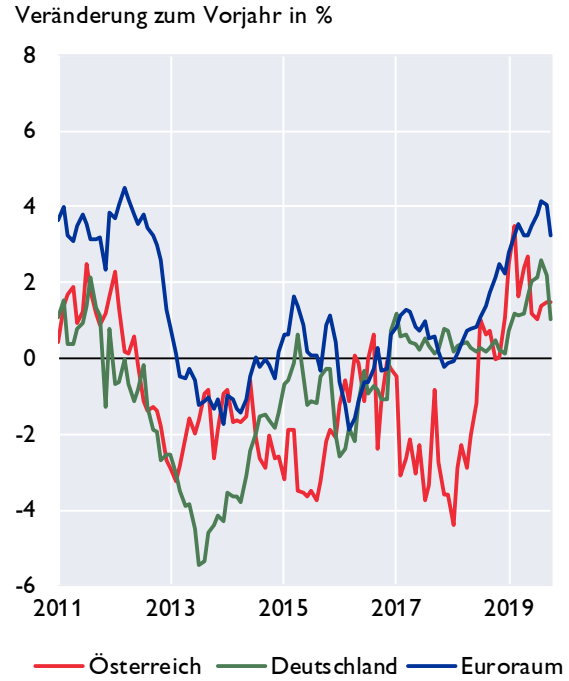
Einlagen von Nichtbanken



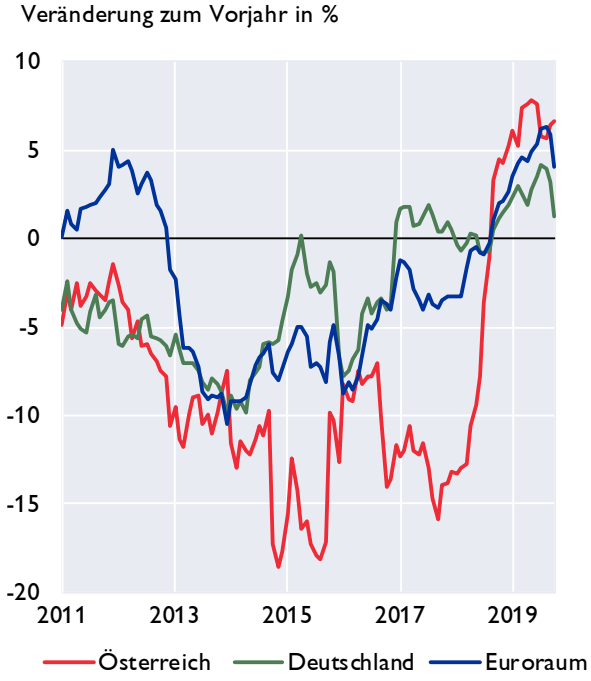
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten



Wertpapierumlauf



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

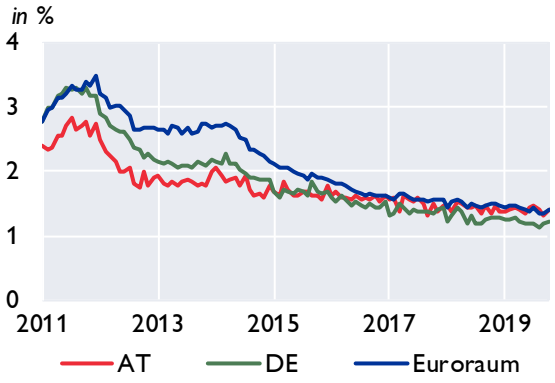


Quelle: OeNB, EZB

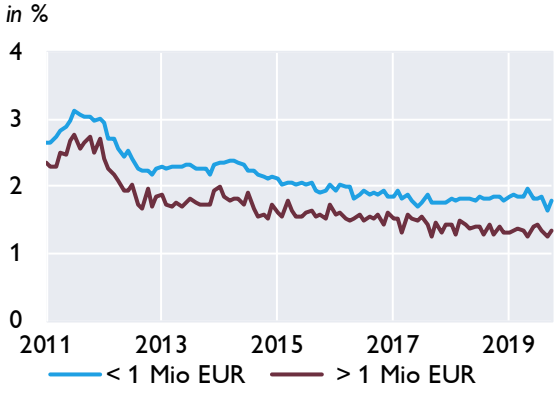
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

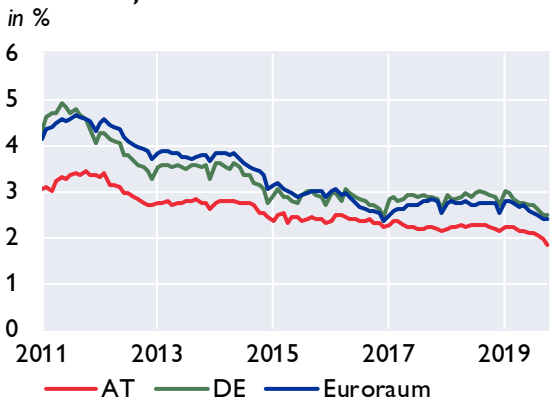


Nach Kredithöhe in Österreich

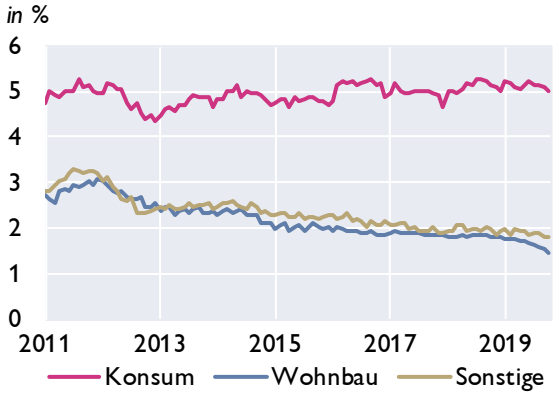


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

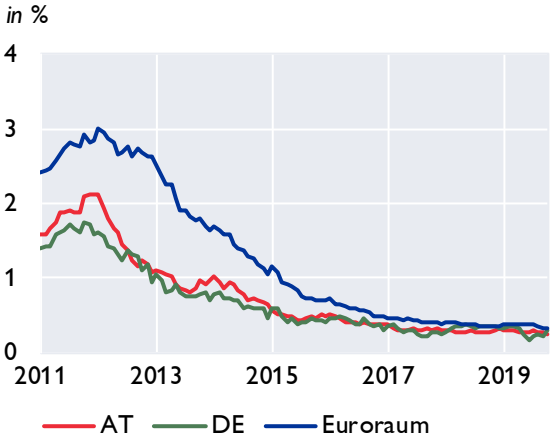


Nach Verwendungszweck in Österreich

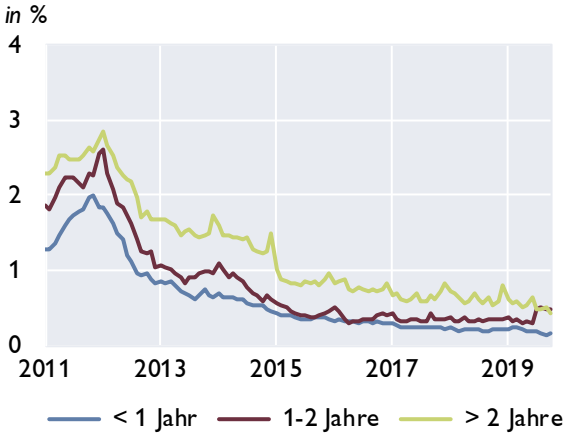


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert[1]

Ertragslage	2. Quartal 2019 in Mio EUR	2. Quartal 2018	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	7 681	7 484	197	2,6
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*11 979*	*11 709*	*270*	*2,3*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*4 298*	*4 225*	*73*	*1,7*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)2)	0	0	-	-
Dividendenerträge	321	305	16	5,2
Provisionsergebnis, netto	3 494	3 536	−42	−1,2
**hievon: Provisionserträge*	*4 648*	*4 756*	*−108*	*−2,3*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*1 154*	*1 219*	*−65*	*−5,3*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	167	96	71	74,0
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken	0	0	-	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−239	−449	210	46,8
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto2)	194	−53	247	466,0
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	373	689	−316	−45,9
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	3	6	−3	−50,0
Sonstige betriebliche Erträge	1 612	1 521	91	6,0
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1 510	1 459	51	3,5
Betriebserträge, netto	**12 097**	**11 677**	**420**	**3,6**
(Verwaltungsaufwendungen)	7 083	7 126	−43	−0,6
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*4 224*	*4 188*	*36*	*0,9*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*2 860*	*2 938*	*−78*	*−2,7*
(Abschreibungen)	646	522	124	23,8
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	36	7	29	414,3
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	138	73	65	89,0
Betriebsergebnis	**4 194**	**3 948**	**246**	**6,2**
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	−71	−50	−21	−42,0
(Sonstige Rückstellungen)	113	−40	153	382,5
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	64	−127	191	150,4
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	−13	1	−14	−1400,0
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	1	0	1	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	528	609	−81	−13,3
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen2)	1	−102	103	101,0
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS2)	8	−6	14	233,3
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**4 638**	**4 666**	**−28**	**−0,6**
(Ertragssteuern)	787	789	−2	−0,3
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**3 850**	**3 877**	**−27**	**−0,7**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	2	1	1	100,0
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern2)	3	14	−11	−78,6
(Minderheitenanteile)	334	299	35	11,7
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**3 521**	**3 592**	**−71**	**−2,0**

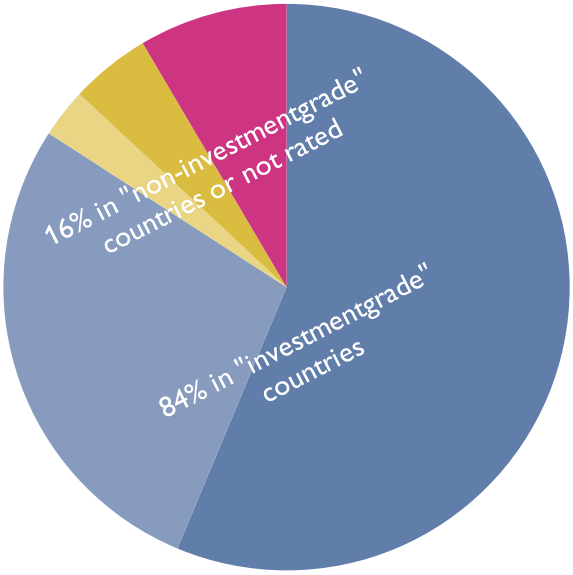
Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

[1] *Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.*

[2] *Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.*

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019Q2
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	47 001	44 221	48 558	55 827	69 914	75 815	79 306
Slowakei	25 093	26 319	29 261	30 149	31 127	33 256	34 492
Rumänien	25 778	25 896	23 498	24 454	24 555	25 737	25 734
Kroatien	22 038	18 878	18 167	17 147	16 841	17 328	18 007
Ungarn	18 109	15 460	14 263	14 485	15 901	16 817	17 818
Polen	17 017	16 688	19 121	16 574	16 311	7 985	8 644
Republik Serbien	4 865	3 565	4 029	4 210	4 579	5 376	5 015
Slowenien	8 079	5 494	4 716	4 488	4 805	4 823	6 448
Bulgarien	3 626	3 456	3 368	3 476	3 759	4 173	4 206
Bosnien Herzgowina	4 124	3 438	3 238	3 277	3 337	3 620	3 725
Republik Montenegro	865	392	346	405	811	892	923
Türkei	929	1011	889	924	859	737	563
Mazedonien	350	306	292	330	345	396	442
Aserbeidschan	144	247	239	293	267	244	222
Litauen	161	144	131	124	164	171	225
Lettland	126	53	77	132	119	140	129
Estland	50	51	14	17	14	14	11
Andere	23 411	19 151	16 190	16 958	16 504	19 553	20 457
Gesamt	201 768	184 768	186 397	193 269	210 215	217 078	226 368

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 2. Quartal 2019	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	13 236	*13 236*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 121
Bargeld	1 610	7 496	*7 443*	*0*	*19*	*34*	*0*	23 891	0	5 108
Täglich fällige Einlagen	58 100	126 411	*106 528*	*6 541*	*10 416*	*2 406*	*519*	159 377	5 965	97 501
Sonstige Einlagen	18 637	174 926	*162 242*	*1 085*	*10 725*	*415*	*460*	100 207	1 354	47 717
Kurzfristige Kredite	38 630	74 837	*68 947*	*4*	*4 905*	*971*	*9*	2 266	0	21 806
Langfristige Kredite	109 344	416 176	*388 266*	*190*	*22 485*	*5 220*	*15*	150	12	85 671
Handelskredite	54 906	75	*2*	*0*	*73*	*0*	*0*	1	2	19 747
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	108	2 440	*2 089*	*308*	*43*	*0*	*0*	1 872	0	11 141
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5 348	317 461	*176 961*	*81 253*	*3 161*	*55 673*	*413*	27 502	1 292	311 116
Börsennotierte Aktien	25 805	55 042	*4 507*	*28 332*	*20 987*	*1 216*	*0*	25 381	812	51 442
Nicht börsennotierte Aktien	38 872	87 357	*23 641*	*171*	*55 743*	*7 768*	*34*	6 494	20	25 162
Investmentzertifikate	13 072	157 026	*16 177*	*60 248*	*22 493*	*35 504*	*22 603*	61 814	2 875	20 935
Sonstige Anteilsrechte	178 783	117 433	*28 345*	*1 904*	*82 615*	*4 570*	*0*	138 230	2 036	179 163
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	83 202	x	1 846
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	2 365	4 389	*0*	*0*	*0*	*4 389*	*0*	3 010	0	2 083
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	46 513	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	12 432	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	9 248	13 086	*6 049*	*6*	*5 689*	*1 024*	*318*	8 486	169	7 809
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	554 826	1 567 393	*1 004 433*	*180 042*	*239 356*	*119 190*	*24 371*	700 826	14 537	890 370
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	66	*66*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	46	1 238	*1 238*	*0*	*-8*	*8*	*0*	791	0	1 283
Täglich fällige Einlagen	3 740	5 314	*6 492*	*399*	*38*	*-1 245*	*-370*	11 818	335	2 139
Sonstige Einlagen	1 048	5 214	*3 883*	*-28*	*1 144*	*-85*	*299*	-3 752	-92	3 740
Kurzfristige Kredite	2 093	4 496	*2 861*	*-2*	*1 622*	*6*	*9*	104	0	353
Langfristige Kredite	6 561	22 003	*19 895*	*-6*	*1 990*	*125*	*0*	-55	0	-3 018
Handelskredite	4 935	-91	*-100*	*0*	*9*	*0*	*0*	0	1	1 051
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	74	525	*769*	*-253*	*34*	*-26*	*0*	422	-9	2 436
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	88	2 024	*4 210*	*-1 744*	*1*	*-475*	*32*	-609	-64	4 667
Börsennotierte Aktien	-674	1 431	*316*	*694*	*262*	*159*	*0*	814	9	433
Nicht börsennotierte Aktien	-574	128	*913*	*56*	*-1 032*	*190*	*0*	146	0	-21
Investmentzertifikate	138	410	*-222*	*-824*	*1 000*	*-117*	*573*	993	89	41
Sonstige Anteilsrechte	1 730	950	*145*	*-97*	*812*	*89*	*0*	675	9	1 693
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-1 297	x	-106
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	63	-264	*0*	*0*	*0*	*-264*	*0*	80	0	72
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	533	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 145	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-510	-2 392	*-1 259*	*33*	*-1 341*	*-23*	*198*	241	-9	-1 334
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	18 757	41 051	*39 207*	*-1 771*	*4 531*	*-1 657*	*740*	12 051	267	13 429
Nettogeldvermögen	-314 735	21 228	*20 605*	*-5 184*	*-4 792*	*9 149*	*1 448*	507 514	11 430	-26 617
Finanzierungssaldo	-2 595	6 282	*1 747*	*-1 453*	*4 135*	*1 593*	*260*	5 406	531	-10 983

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 2. Quartal 2019	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	2 121	*2 121*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	13 236
Bargeld	x	35 574	*35 574*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 623
Täglich fällige Einlagen	x	434 917	*434 917*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	31 639
Sonstige Einlagen	x	255 624	*255 624*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	96 374
Kurzfristige Kredite	48 242	10 808	*0*	*122*	*9 090*	*1 596*	*1*	9 442	437	67 719
Langfristige Kredite	272 373	30 131	*0*	*254*	*29 177*	*692*	*8*	181 744	2 457	120 023
Handelskredite	51 106	50	*0*	*0*	*50*	*0*	*0*	1	1	22 555
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	627	5 242	*5 169*	*x*	*73*	*0*	*0*	x	x	2 300
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	44 101	157 142	*139 592*	*0*	*14 167*	*3 383*	*0*	x	x	190 482
Börsennotierte Aktien	84 739	35 780	*25 838*	*x*	*4 525*	*5 417*	*x*	x	x	54 796
Nicht börsennotierte Aktien	36 957	65 466	*50 054*	*444*	*9 225*	*5 562*	*180*	x	x	78 179
Investmentzertifikate	x	184 339	*0*	*184 339*	*0*	*0*	*x*	x	x	81 941
Sonstige Anteilsrechte	298 571	183 396	*20 622*	*68*	*162 604*	*102*	*0*	x	12	138 867
Lebensversicherungsansprüche	x	80 515	*x*	*x*	*0*	*80 515*	*x*	x	x	4 533
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 351	*x*	*x*	*0*	*9 351*	*x*	x	x	2 496
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 148	33 239	*7 969*	*x*	*0*	*2 537*	*22 734*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	12 432	*0*	*0*	*12 432*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	19 698	10 039	*6 347*	*0*	*2 805*	*887*	*0*	2 125	200	9 223
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	869 561	1 546 166	*983 828*	*185 226*	*244 148*	*110 041*	*22 923*	193 312	3 107	916 987
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	66
Bargeld	x	3 368	*3 368*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-23
Täglich fällige Einlagen	x	15 500	*15 500*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	3 883
Sonstige Einlagen	x	5 169	*5 169*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 700
Kurzfristige Kredite	1 829	-2 548	*0*	*-47*	*-1 047*	*-1 448*	*-6*	-122	-31	7 488
Langfristige Kredite	10 831	-1 660	*0*	*50*	*-1 718*	*1*	*6*	7 002	146	8 267
Handelskredite	5 063	8	*0*	*0*	*8*	*0*	*0*	0	0	554
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-15	1 349	*1 329*	*x*	*20*	*0*	*0*	x	x	362
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	3 156	10 557	*10 421*	*x*	*832*	*-696*	*0*	x	x	31
Börsennotierte Aktien	581	137	*76*	*x*	*61*	*0*	*0*	x	x	1 298
Nicht börsennotierte Aktien	185	381	*446*	*x*	*-13*	*-20*	*0*	x	x	-880
Investmentzertifikate	x	-264	*0*	*-264*	*0*	*0*	*0*	x	x	2 356
Sonstige Anteilsrechte	191	3 819	*1 911*	*2*	*1 720*	*185*	*0*	x	1	995
Lebensversicherungsansprüche	x	-1 631	*0*	*x*	*0*	*-1 631*	*0*	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	246	*0*	*x*	*0*	*246*	*0*	x	x	-294
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-48	582	*-3*	*x*	*0*	*104*	*480*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 145	*0*	*0*	*1 145*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-421	-1 388	*-756*	*-27*	*-612*	*7*	*0*	-235	-380	-2 618
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	21 353	34 769	*37 460*	*-317*	*396*	*-3 250*	*480*	6 645	-263	24 412
Nettogeldvermögen	-314 735	21 228	*20 605*	*-5 184*	*-4 792*	*9 149*	*1 448*	507 514	11 430	-26 617
Finanzierungssaldo	-2 595	6 282	*1 747*	*-1 453*	*4 135*	*1 593*	*260*	5 406	531	-10 983

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*